



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Konsum und Sparen 2020

Demografischer Wandel

Verdienste 2021



Fotonachweis

Titelfoto : © Krakenimages.com – stock.adobe.com

Im Corona-Jahr 2020 brachen die privaten Konsumausgaben trotz steigendem verfügbaren Einkommen ein und es kam zu deutlichen Änderungen im Konsumverhalten. Die Konsumquote sank auf einen historischen Tiefstand. Im Gegenzug stieg das Sparvolumen erheblich an und die Sparquote erreichte einen neuen Höchstwert.

10 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell 667

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus
Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Einkommen
Soziales ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 688

Konjunktur aktuell 692

Verbraucherpreise 694

Rheinland-Pfalz in Karten: Siedlungsfläche 2021 695

Private Konsumausgaben und Sparen – Starker Rückgang der Konsumausgaben und kräftiger Anstieg des Sparvolumens im Corona-Jahr 2020 696**Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Ergebnisse der Projektion bis 2040 auf der Kreisebene 706****Verdienste 2021 – Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung 719****Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 733****Neuerscheinungen 749**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Leichter Rückgang der Industrieproduktion im Juli

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Juli 2022 leicht ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent.

Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich unterschiedlich: Der Output der Vorleistungsgüterproduzenten stieg im Juli um 1,6 Prozent. Dagegen lag die Produktion der Konsumgüterhersteller 3,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. In der Investitionsgüterindustrie war der Güterausstoß ebenfalls rückläufig (-1,6 Prozent).

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen konnten zwei ihre Produktion im Juli steigern: In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die umsatzstärkste Branche ist, stieg die Güterausbringung um 3,4 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, nahm der Output um 1,8 Prozent zu. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zu den Investitionsgüterherstellern gehört und die zweitgrößte Industriebranche ist, verzeichnete hingegen einen deutlichen Produktionsrückgang gegenüber dem Vormonat (-8,2 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jul 2022		Jan bis Jul 2022
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Jun 2022	Jul 2021	Jan bis Jul 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,3 %	-4,2%	0,4 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,6 %	-5,8 %	-2,9 %
Investitionsgüterproduzenten	-1,6 %	9,2 %	1,3 %
Konsumgüterproduzenten	-3,2 %	-15,1 %	8,3 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,4 %	-9,8 %	-4,3 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-8,2 %	23,5 %	3,6 %
Maschinenbau	1,8 %	2,0 %	0,1 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-9,5 %	-17,3 %	-4,2 %
Inland	-11,7 %	-20,0 %	2,9 %
Ausland	-8,1 %	-15,5 %	-8,4 %
Vorleistungsgüterproduzenten	-4,3 %	-11,1 %	-7,4 %
Investitionsgüterproduzenten	-1,0 %	-17,9 %	-7,2 %
Konsumgüterproduzenten	-40,2 %	-33,0 %	16,5 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-5,5 %	-14,7 %	-10,9 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-1,2 %	-15,9 %	-7,0 %
Maschinenbau	-0,5 %	-20,7 %	-9,5 %
1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.			

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Produktionsleistung lag in Rheinland-Pfalz im Juli 2022 um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war der Output geringer als im Juli 2021. Die kräftigsten

Einbußen mussten die Konsumgüterproduzenten hinnehmen. Auch in der Vorleistungsgüterindustrie lag die Ausbringung unter dem Niveau des Vorjahresmonats, was insbesondere mit der gedrosselten Produktion in der Chemie-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





industrie zusammenhängt. Der Güterausstoß der Investitionsgüterhersteller stieg hingegen deutlich, wozu vor allem die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie beitrug, die ihre Produktion um fast ein Viertel steigerte.

Deutlicher Rückgang der Auftrags-eingänge im Juli

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Juli 2022 deutlich niedriger als im Vormonat. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 9,5 Prozent unter dem Niveau von Juni 2022. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Bestellungen ein. Das Ordervolumen aus dem Inland sank um zwölf Prozent; das Volumen neuer Aufträge aus dem Ausland ging um 8,1 Prozent zurück.

Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten einen Rückgang der Nachfrage. Bei den Konsumgüterherstellern, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, gingen im Juli 40 Prozent weniger Aufträge ein als im Monat zuvor. Die Auftragseingänge der Vorleistungsgüter- und Investitionsgüterhersteller nahmen um 4,3 bzw. ein Prozent ab.

Der Nachfragerückgang in der Vorleistungsgüterindustrie ist unter anderem auf die schwache Entwicklung der Chemiebranche zurückzuführen. In der Chemieindustrie verringerten sich die Auftragseingänge um 5,5 Prozent. Auch die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie erhielten im Juli weniger neue Bestellungen als im Vormonat: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sank das Ordervolumen um 1,2 Prozent. Im

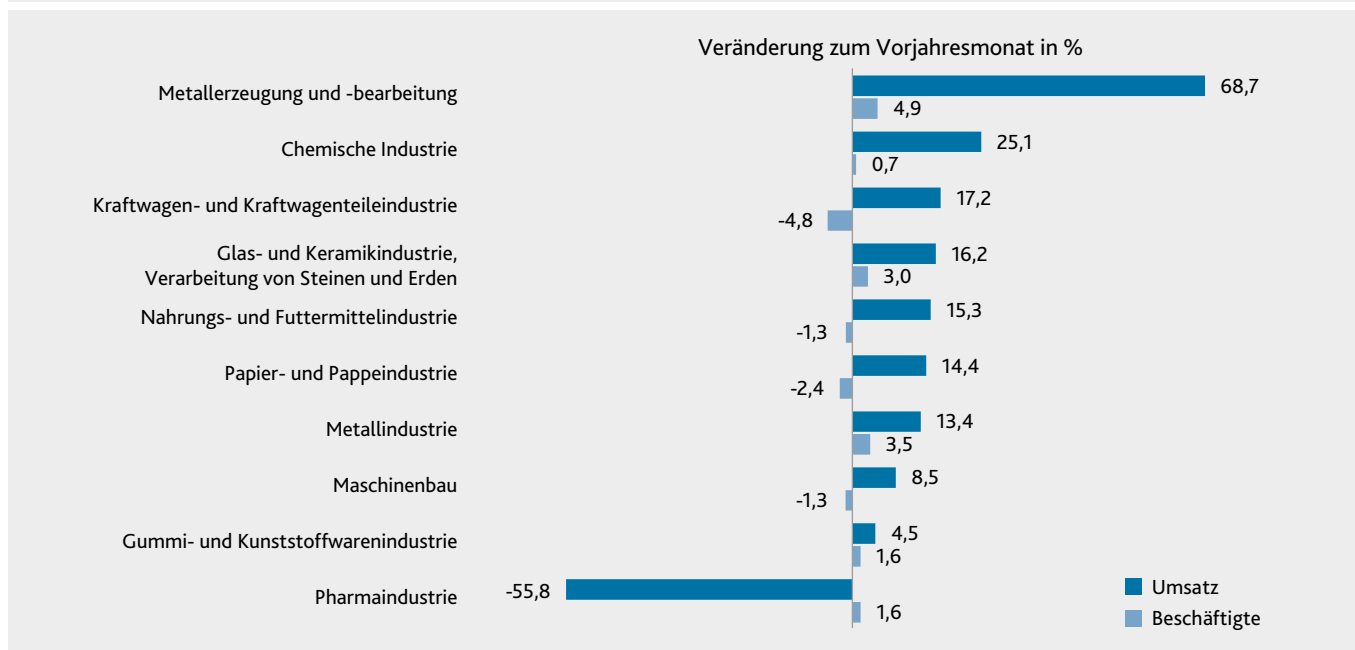
Maschinenbau nahmen die Bestellungen leicht um 0,5 Prozent ab.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Juli 2022 um 17 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Inlands- und Auslandsgeschäft liefen deutlich schlechter als ein Jahr zuvor. In allen drei Güterhauptgruppen schrumpfte das Ordervolumen mit zweistelliger Rate. Die Nachfrage nach Konsumgütern ging am stärksten zurück (–33 Prozent). Die drei größten Industriebranchen mussten allesamt Einbußen hinnehmen. Besonders kräftig war das Minus im Maschinenbau – dort nahmen die Bestellungen gegenüber dem Vorjahresmonat um 21 Prozent ab.

Industrieumsätze steigen im Juli

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe setzten im Juli 2022 mehr

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Juli 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen





um. Die Umsätze legten gegenüber dem Vorjahresmonat um rund zwölf Prozent zu (Deutschland: +14 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,8 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent).

Im Juli 2022 setzten die Industriebetriebe Waren im Wert von 9,7 Milliarden Euro um. Die Umsätze aus dem In- und Ausland stiegen um zwölf bzw. 13 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Erlöse aus dem Ausland um 14 Prozent und die aus dem Inland um 15 Prozent zu. Die Exportquote stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 56,4 Prozent.

Neun der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige erhöhten ihre Erlöse. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse steigerten ihre Einnahmen um ein Viertel. Ein Plus von 17 Prozent verzeichneten die Produzenten von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Im Maschinenbau sowie in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie lagen die Zuwächse unter der Zehn-Prozent-Marke (+8,5 bzw. +4,5 Prozent). Einzig die Pharmabranche erzielte gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres weniger Umsätze. Das Minus fiel mit 56 Prozent deutlich aus; allerdings hatte im Jahr 2021 unter anderem die Lieferung von Corona-Impfstoffen für einen erkennbaren Erlösanstieg gesorgt.

Im Juli 2022 lag die Zahl der Beschäftigten bei rund 258 000 und damit um 2 000 höher als im Juli 2021 (+0,8 Prozent). Sechs der umsatzstärksten Wirtschaftszweige stockten die Belegschaft auf. Die

höchsten Zuwächse gab es in den Metallbranchen: Die Metallerzeuger und -bearbeiter erhöhten den Mitarbeiterstamm um 4,9 Prozent, die Hersteller von Metallerzeugnissen um 3,5 Prozent. Den höchsten Personalabbau gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-4,8 Prozent).

Im Zeitraum Januar bis Juli 2022 erwirtschaftete die rheinland-pfälzische Industrie rund 70,5 Milliarden Euro; das waren 25 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Umsätze aus dem Inland stiegen um ein Viertel, die aus dem Ausland um 24 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten legte um 0,9 Prozent zu.

Bauhauptgewerbe: Leichtes Plus bei den Auftragseingängen im Juli, kräftiger Umsatzzuwachs

Die Auftragseingänge des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes stiegen im Juli 2022 nur geringfügig. Sie lagen kalender- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich deutlich um 7,2 Prozent.

Verglichen mit dem Vorjahresmonat schrumpfte der Wert der neuen Bestellungen um 17 Prozent. Die Umsätze lagen hingegen 16 Prozent über dem Niveau von Juli 2021. Bei den Ergebnissen handelt es sich um nominale, d. h. nicht preisbereinigte, Werte. Um Preisveränderungen bereinigt dürfte die Entwicklung bei den Auftragseingängen und den Umsätzen deutlich schwächer ver-

laufen sein, da die Preise für Bauleistungen in den vergangenen Monaten stark anzogen.

Der Tiefbau erhielt im Juli 2022 kalender- und saisonbereinigt mehr neue Aufträge als im Vormonat (+4,6 Prozent). Dazu trugen der Straßenbau und der sonstige öffentliche Tiefbau (+13 bzw. +7,9 Prozent) bei. Dagegen sank das Ordervolumen des gewerblichen Tiefbaus um 14 Prozent. Im Hochbau ging der Wert der neuen Bestellungen im Juli um drei Prozent zurück. Dies ist auf eine schrumpfende Nachfrage im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau zurückzuführen (-9,2 bzw. -5,6 Prozent), die ein deutlicher Zuwachs im öffentlichen Hochbau nicht ausgleichen konnte (+29 Prozent).

Verglichen mit Juli 2021 sank das Ordervolumen im Hochbau um 18 Prozent. Im Tiefbau belief sich das Minus gegenüber dem Vorjahresmonat auf 15 Prozent.

Der Hochbau erzielte im Juli 2022 höhere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt setzte der Bereich 8,1 Prozent mehr um als im Juni. Am kräftigsten stiegen die Erlöse im gewerblichen Hochbau (+24 Prozent). Auch die Umsätze im öffentlichen Hochbau legten zu (+1,9 Prozent). Dagegen verbuchten die Unternehmen im Teilbereich Wohnungsbau einen Umsatzrückgang (-5 Prozent). Die Erlöse im Tiefbau stiegen um 6,3 Prozent. Alle drei Teilbereiche erwirtschafteten im Juli ein Umsatzplus. Den größten Zuwachs erreichte

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jul 2022		Jan bis Jul 2022	
	Veränderung des Wertes ¹ zu			
	Jun 2022	Jul 2021	Jan bis Jul 2021	
Auftragseingang	0,3 %	-16,6 %	6,8 %	
Hochbau insgesamt	-3,0 %	-17,7 %	3,8 %	
Wohnungsbau	-9,2 %	-52,3 %	-8,8 %	
gewerblicher Hochbau	-5,6 %	44,7 %	10,9 %	
öffentlicher Hochbau	29,1 %	33,4 %	19,4 %	
Tiefbau insgesamt	4,6 %	-15,4 %	9,9 %	
gewerblicher Tiefbau	-14,4 %	-36,5 %	-2,8 %	
Straßenbau	13,5 %	-17,3 %	23,1 %	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	7,9 %	9,6 %	0,7 %	
Baugewerblicher Umsatz	7,2 %	16,4 %	7,6 %	
Hochbau insgesamt	8,1 %	11,8 %	3,1 %	
Wohnungsbau	-5,0 %	17,4 %	24,0 %	
gewerblicher Hochbau	24,0 %	14,7 %	-12,0 %	
öffentlicher Hochbau	1,9 %	-10,2 %	4,3 %	
Tiefbau insgesamt	6,3 %	21,2 %	12,4 %	
gewerblicher Tiefbau	4,7 %	27,8 %	11,5 %	
Straßenbau	9,3 %	18,8 %	11,7 %	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	3,3 %	19,2 %	14,5 %	
1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.				

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

der Straßenbau (+9,3 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau nahmen die Erlöse um 4,7 bzw. 3,3 Prozent zu.

Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Erlöse im Tiefbau um 21 Prozent und im Hochbau um zwölf Prozent.

Bruttoinlandsprodukt steigt im ersten Halbjahr um 6,4 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft befindet sich nach dem Rekordwachstum 2021 weiter auf Expansionskurs. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Halbjahr 2022 – trotz schwieriger Rahmenbedingungen (unter

anderem russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, extreme Preissteigerungen auf den Energiemärkten) – gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres preisbereinigt um 6,4 Prozent. Das ist im Ländervergleich der Spitzenplatz.

Im Bundesdurchschnitt nahm die Wirtschaftsleistung um 2,8 Prozent zu (Westdeutschland ohne Berlin: +2,7 Prozent). Der im Vergleich zu Deutschland stark überdurchschnittliche Anstieg ist zu einem beträchtlichen Teil auf einzelne Branchen zurückzuführen, die von der Entwicklung und der Produktion eines Impfstoffes gegen das Corona-Virus profitieren.

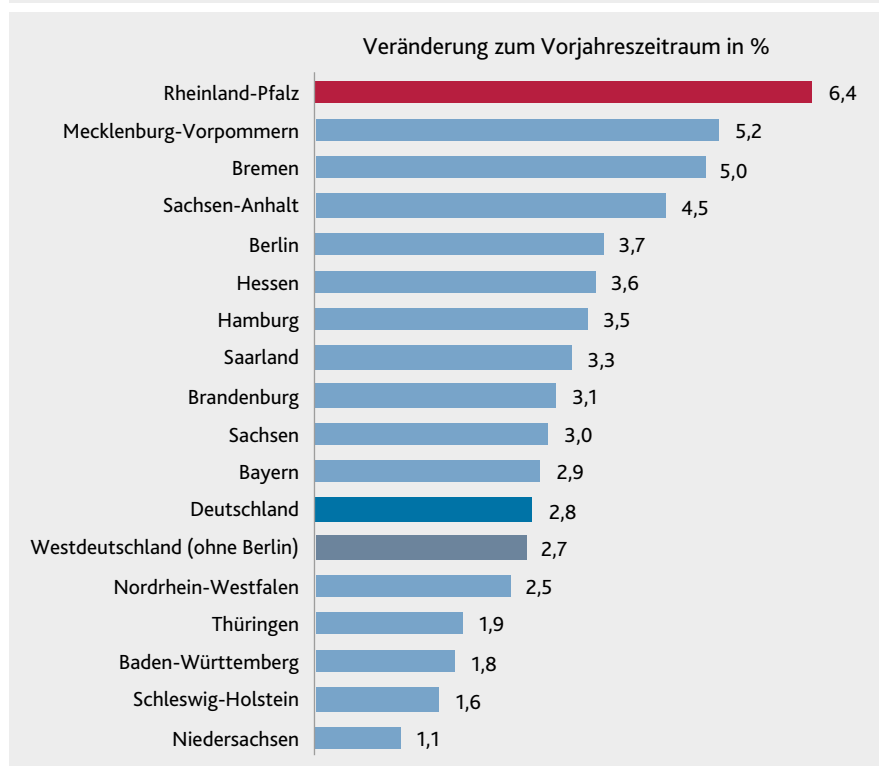
Die starken Preissteigerungen spiegeln sich in dem großen Abstand zwischen nominalem und realem Wachstum wider: In jeweiligen Preisen war die Zuwachsrate im ersten Halbjahr mit +13 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die preisbereinigte Veränderung (Deutschland: +8,2 Prozent; Westdeutschland ohne Berlin: +7,9 Prozent). Die Angaben basieren auf einer ersten, vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Die rheinland-pfälzische Industrie, die im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittlich zur gesamten Wertschöpfung beiträgt, leistete einen erheblichen Beitrag zur positiven Wirtschaftsentwicklung. Der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten nahm gegenüber den ersten sechs Monaten 2021 in jeweiligen Preisen um 26 Prozent zu (Deutschland: +15 Prozent). Die Inlandsumsätze stiegen mit +27 Prozent etwas stärker als die Auslandsumsätze mit +25 Prozent (Deutschland: +18 bzw. +12 Prozent).

Die mit Abstand größten Umsatzsteigerungen erzielten die Metallherzeugung und -bearbeitung sowie die Pharmazeutische Industrie mit einem Plus von jeweils 84 Prozent (Deutschland: +29 bzw. +14 Prozent). Die Chemische Industrie generiert in Rheinland-Pfalz etwa ein Drittel der gesamten Industrieumsätze. Sie verzeichnete im ersten Halbjahr 2022 ein Plus von 30 Prozent (Deutschland:



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2022 nach Bundesländern



+23 Prozent). Auch die Kfz-Industrie erzielte eine kräftige Umsatzsteigerung. Mit +25 Prozent fiel der Zuwachs wesentlich höher aus als im Bundesdurchschnitt (+4,4 Prozent). Im Maschinenbau nahmen die Erlöse nur um 4,2 Prozent zu.

Innerhalb des Baugewerbes hat sich vor allem das Ausbaugewerbe im ersten Halbjahr günstig entwickelt. Die Erlöse nahmen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Halbjahr 2021 um 15 Prozent zu (Deutschland: +13 Prozent). Im Bauhauptgewerbe stiegen die Umsätze in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 7,8 Prozent (Deutschland: +13 Prozent). Wachstumsimpulse kamen aus dem Tiefbau (+14 Prozent) und dort insbesondere aus dem sonsti-

gen öffentlichen Tiefbau und dem Straßenbau. Im Hochbau legten die Umsätze in den ersten sechs Monaten dagegen nur um 3,1 Prozent zu. Dort stand einem kräftigen Plus im Wohnungsbau ein deutlicher Rückgang im gewerblichen und industriellen Hochbau gegenüber. Das Baugewerbe trägt rund sechs Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

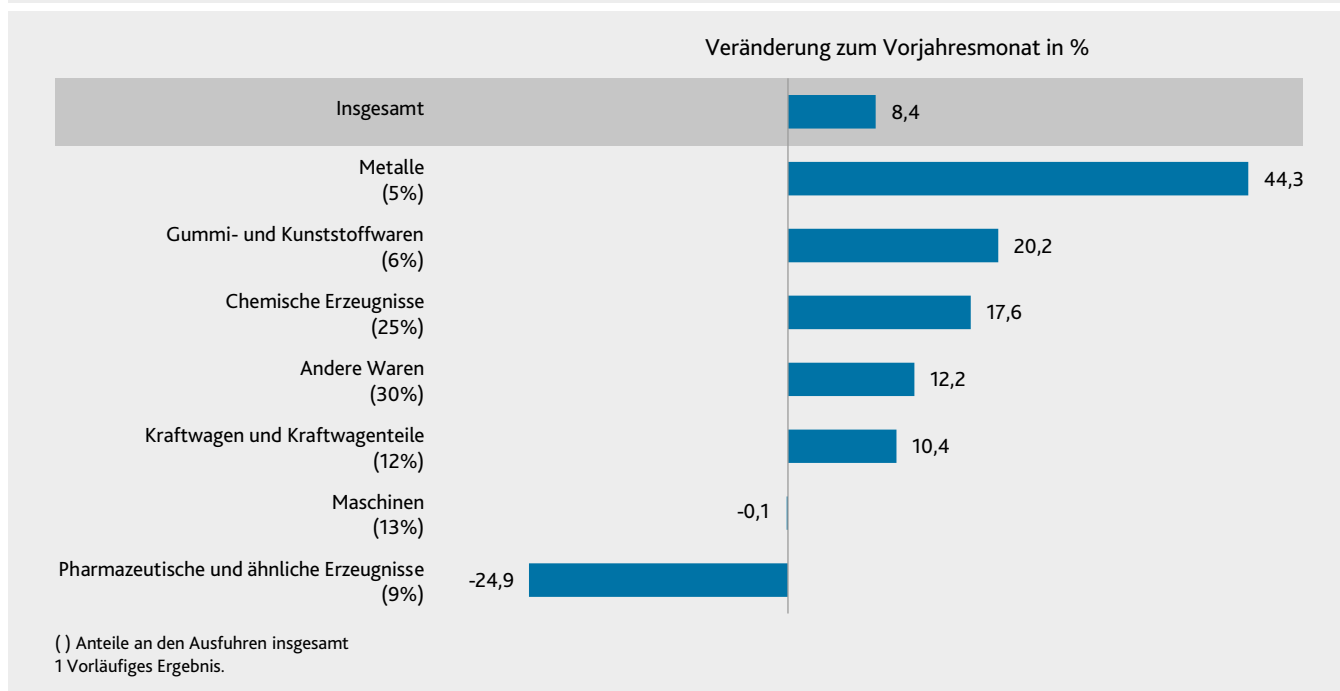
Auch der Dienstleistungssektor, der knapp zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, verzeichnete im ersten Halbjahr 2022 ein Wachstum. Dazu trug unter anderem das Gastgewerbe bei, dessen Umsätze sich nach dem coronabedingten Einbruch preisbereinigt mehr als verdoppelten (+124 Prozent; Deutschland: +99 Prozent). Im Groß-

und Einzelhandel legten die Umsätze mit +1,1 bzw. +0,7 Prozent nur leicht zu (Deutschland: +0,5 bzw. +1 Prozent). Einen Umsatzrückgang um 4,7 Prozent musste der Kfz-Handel hinnehmen (Deutschland: -1 Prozent).

Außenhandel im Juli weiterhin im Plus

Die rheinland-pfälzischen Ein- und Ausfuhren legten auch im Juli 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Nach vorläufigen Angaben stiegen die Exporte um 8,4 Prozent auf fünf Milliarden Euro. Der Warenwert der Importe nahm um zwölf Prozent zu und betrug vier Milliarden Euro. Deutschlandweit wurden elf Prozent mehr exportiert und 26 Prozent mehr importiert.

Rund 57 Prozent der Warenausfuhren gingen in die EU-Staaten. Die Zunahmen fielen hier im Vergleich zum Juli 2021, wie auch bei den Ausfuhren in die Euroländer, überdurchschnittlich aus (jeweils +14 Prozent). Deutliche Anstiege zeigten sich bei den Ausfuhren in die bedeutendsten europäischen Handelspartnerländer: Frankreich (+12 Prozent), Niederlande (+24 Prozent), Italien (+15 Prozent) und Belgien (+26 Prozent). Der Warenwert der Ausfuhren in die Mitgliedstaaten der Nicht-Eurozone stieg um 14 Prozent. Entgegen dieser Entwicklung wurde in die Ländergruppe des übrigen Europas 15 Prozent weniger exportiert. Ursächlich hierfür waren vor allem die deutlichen Exportrückgänge nach Russland und in die Türkei (-64 bzw. -51 Prozent).

Ausfuhren im Juli 2022¹ nach Güterabteilungen

Der klare Exportanstieg in die USA (+22 Prozent) führte zu einem deutlichen Ausfuhrplus mit dem amerikanischen Kontinent (+21 Prozent). Der Handel mit dem asiatischen Raum war leicht rückläufig (-2,2 Prozent).

In vier der sechs umsatzstärksten Güterabteilungen nahmen die Exporte zu. Die Metallexporte stiegen deutlich (+44 Prozent). Der Absatz der chemischen Erzeugnisse ins Ausland – gemessen am Umsatz die bedeutendste Güterabteilung – legte um 18 Prozent zu. Die Exporte der ebenfalls umsatzstarken Sparte der Kraftwagen und Kraftwagenteile lagen im Juli um zehn Prozent über den Vorjahresergebnissen. Die Nachfrage nach pharmazeutischen Erzeugnissen aus dem Ausland verringerte sich hingegen um ein Viertel.

Der Importwert nahm im Juli 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um zwölf Prozent auf vier Milliarden Euro zu. Der Importschwerpunkt konzentrierte sich mit 61 Prozent auf den Raum der EU-Länder. Die Zunahmen der Einfuhren aus der EU sowie den Mitgliedern der Eurozone lagen bei zwölf bzw. 14 Prozent. Importrückgänge aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz (-41 bzw. -14 Prozent) führten zu einem Einfuhrrückgang im übrigen Europa von 18 Prozent.

Eine positive Einfuhrbilanz zeigte sich mit Asien (+14 Prozent) aufgrund der Importsteigerungen aus China (+30 Prozent). Aus Amerika erreichten 25 Prozent mehr Einfuhren Rheinland-Pfalz (USA: +19 Prozent).

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine schlägt sich in den Außen-

handelszahlen nieder. Im überregionalen Warenaustausch mit Russland zeigten die Maßnahmen, die als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ergriffen wurden, ihre Wirkung: Die Exporte nach Russland nahmen im Vorjahresvergleich um 64 Prozent auf 22 Millionen Euro ab. Der Wert der eingeführten Waren betrug 15,1 Millionen Euro (-28 Prozent). Ein deutliches Plus zeigte sich bei den Ausfuhren in die Ukraine: Der Warenwert nahm hier um 86 Prozent zu und lag bei 33,9 Millionen Euro. Die Importe verringerten sich hingegen um 15 Prozent auf 3,4 Millionen Euro.

Die Werte der aus- und eingeführten Waren nahmen von Januar bis Juli gegenüber den Vorjahresergebnissen um 14 bzw. 18 Prozent zu. In die Länder der EU wurden 16 Prozent mehr



ausgeführt; bei den Importen waren es 18 Prozent.

Mehr Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz hat sich im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund sechs Prozent erhöht. Von Januar bis Juni stellten insgesamt 295 Unternehmen einen Insolvenzantrag; das waren 17 Anträge mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 1 472 Anträgen rund 24 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Aufgrund der beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten im ersten Halbjahr rund 1 900 Arbeitsplätze in Gefahr. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war das ein Rückgang um fast 50 Prozent, wobei 2021 einige größere Einzelfälle zum erhöhten Wert beitrugen. Das Gesamtvolumen der voraussicht-

lichen Forderungen der Gläubiger lag mit 313 Millionen Euro deutlich unter dem Vorjahreswert (–30 Prozent). Jedes Unternehmen hatte zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich etwa 1,06 Millionen Euro Schulden.

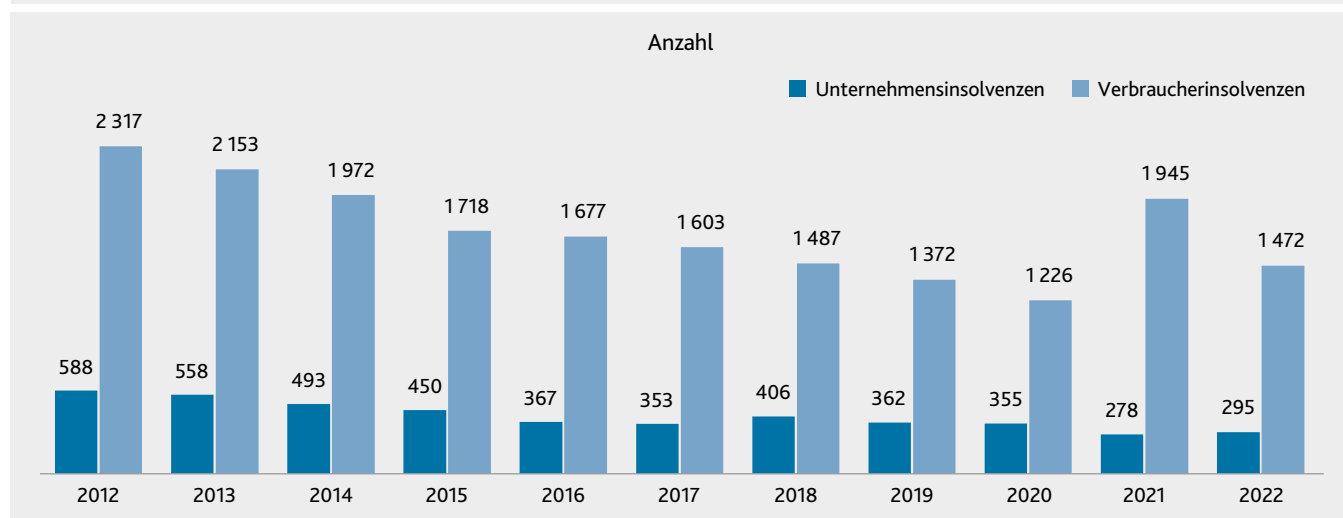
Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“ (48 Anträge). Es folgten „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ mit 41 Fällen und der Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit 39 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen, lag landesweit bei 2,1, wobei in den kreisfreien Städten (2,4) im Durchschnitt ein höherer Wert als in den Landkreisen (1,9) zu beobachten war. Insgesamt lagen die Werte damit über dem

Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres (Rheinland-Pfalz: 1,8; kreisfreie Städte: 2,2; Landkreise: 1,6).

Der deutliche Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen im ersten Halbjahr 2022 um fast ein Viertel ist auch auf die stark erhöhte Zahl an Insolvenzanträgen Anfang 2021 und den damit verbundenen Basiseffekt zurückzuführen. Wegen der Verkürzung der Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens von sechs auf drei Jahre haben vermutlich viele Betroffene die Verabschiedung des Gesetzes Ende 2020 abgewartet. In den Folgemonaten führte dies zu einem erheblichen Anstieg der Insolvenzanträge. Im längerfristigen Vergleich scheint sich der kontinuierliche Rückgang in den Verbraucherinsolvenzen bis zum Jahr 2020 nicht weiter fortzusetzen. Die sich verschlechternde reale Einkommenssituation vieler Haushalte, unter anderem bedingt durch die hohe Inflation, könnte hierbei eine Rolle gespielt haben.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 1. Halbjahr 2012–2022





Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wies im ersten Halbjahr 2022 die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 21 auf, die wenigsten der Rhein-Pfalz-Kreis (1,2) und der Kreis Cochem-Zell (1,3). Landesweit lag der Wert bei 3,6, wobei auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen kreisfreien Städten (5,5) und Landkreisen (2,9) zu verzeichnen ist.

Weniger Umsatz im Kfz-Handel im Juni

Der Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) setzte in Rheinland-Pfalz im Juni 2022 weniger um als ein Jahr zuvor. Preissteigerungen aufgrund höherer Energiekosten sowie Lieferengpässe führten zu deutlichen realen Erlös-

rückgängen. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also ohne Berücksichtigung der Preisanstiege, um 13 Prozent niedriger als im Juni 2021.

Nominal, also einschließlich Preisänderungen, betrug das Minus 5,8 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten blieb im Juni 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat konstant.

Die realen Erlösrückgänge fielen im umsatzstarken Kfz-Handel am stärksten aus (–18 Prozent; nominal: –11 Prozent). Diese Entwicklung dürfte durch die Lieferengpässe beeinflusst sein, durch die sich die Auslieferung von Neuwagen verzögert und in der Folge auch weniger Gebrauchtwagen verfügbar sind. Der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör lag real

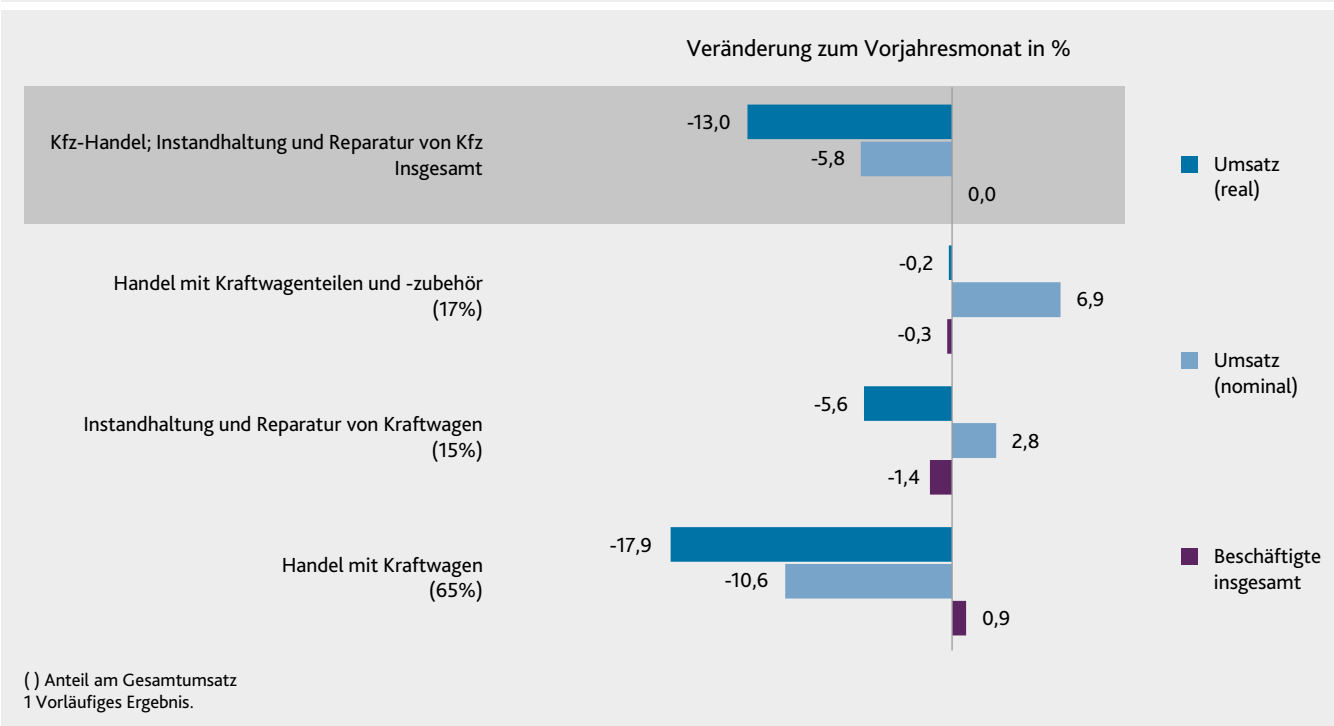
ebenfalls im Minus (–0,2 Prozent), legte nominal aber um 2,8 Prozent zu. Die Umsätze in der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen blieben nahezu unverändert (–5,6 Prozent; nominal: +6,9 Prozent).

Im ersten Halbjahr 2022 lagen die realen Umsätze 4,6 Prozent unter denen des Vorjahreszeitraums (nominal: +2,6 Prozent). Ausschlaggebend hierfür war die schlechte Geschäftslage im Handel mit Kraftfahrzeugen (–8,2 Prozent). Die Belegschaft reduzierte sich gegenüber Januar bis Juni 2021 um 1,2 Prozent.

Reale Umsatzeinbußen im Einzelhandel im Juli

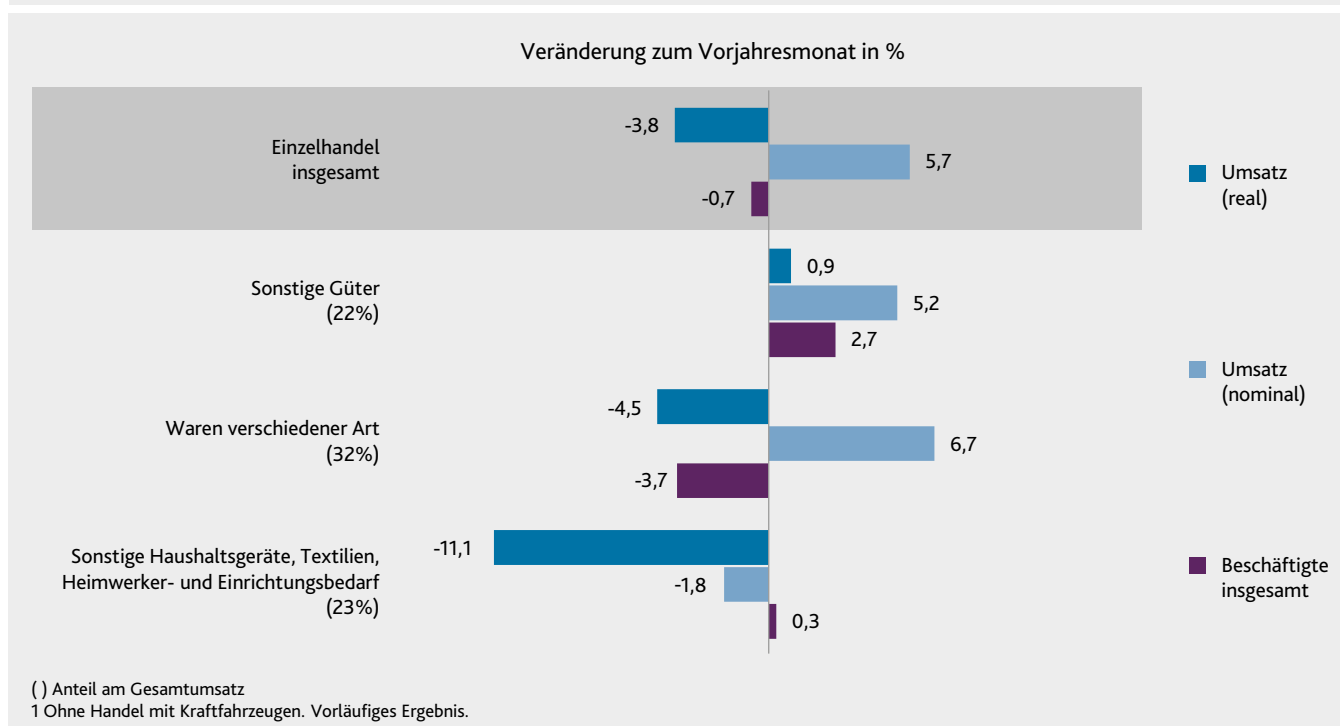
Die Preissteigerungen führten im Juli 2022 im rheinland-pfälzischen Einzelhandel zu wachsenden Umsätzen;

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im Juni 2022





Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Juli 2022



real lagen die Ergebnisse dagegen unter denen des Vorjahres. Nach vorläufigen Berechnungen verbuchte der Einzelhandel ein reales, also um Preisveränderungen bereinigtes, Umsatzminus von 3,8 Prozent gegenüber Juli 2021. Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen stiegen die Umsätze um 5,7 Prozent.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln gingen die realen Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,7 Prozent (nominal: +6,5 Prozent), im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 3,2 Prozent zurück (nominal: +5,1 Prozent).

Nur die realen Umsätze im Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, lagen gegen-

über Juli 2021 mit 0,9 Prozent im Plus. Im umsatzstarken Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen, dessen Schwerpunkt im Lebensmittelhandel liegt, wurden 4,5 Prozent weniger Erlöse erzielt; im Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf betrug der Rückgang elf Prozent. Die Umsätze im umsatzschwächeren Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sanken um 8,3 bzw. 8,7 Prozent.

Im Vergleich zu Juli 2021 lag die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um 0,7 Prozent niedriger. Zurückführen lassen sich diese Entwicklungen auf den Personalabbau im Handel mit Waren verschiedener Art sowie

im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (–3,7 bzw. –2,8 Prozent). Die übrigen Sparten erhöhten die Zahl der Beschäftigten. Die größten Veränderungen gab es im Bereich der Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie der sonstigen Güter (+5,6 bzw. +2,7 Prozent).

Die realen Umsätze im rheinland-pfälzischen Einzelhandel lagen in den ersten sieben Monaten knapp über denen des Vergleichszeitraums 2021 (+0,3 Prozent). Bedingt durch die Preissteigerungen betrug das nominale Umsatzplus 7,3 Prozent. Der Handel mit Nicht-Lebensmitteln erwirtschaftete real 5,3 Prozent mehr Erlöse. Dagegen generierte der Lebensmittelhandel 5,9 Prozent weniger Umsätze. Der Personalstand



fiel um 0,7 Prozent geringer aus als im Zeitraum Januar bis Juli 2021.

Gastgewerbeumsatz höher als im Vorjahr, aber niedriger als vor Corona-Pandemie

Die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes lagen im Juli dieses Jahres unter dem Vor-Corona-Wert von 2019, aber deutlich höher als im Juli 2021, in dem die Corona-Maßnahmen weitgehend weggefallen waren. Die um Preisveränderungen bereinigten Umsätze sanken gegenüber 2019 um 5,3 Prozent (nominal: +8,8 Prozent); der reale Anstieg gegenüber Juli 2021 betrug elf Prozent (nominal: +20 Prozent).

Im Beherbergungsgewerbe lagen die realen Umsätze 1,9 Prozent höher

als im Juli 2019 (nominal: +15 Prozent). Real rund zehn Prozent weniger Erlöse als im Juli 2019 verzeichneten die Gastronomiebetriebe (nominal: +4,5 Prozent). Gegenüber Juli 2021 erhöhten sich die realen Umsätze im Beherbergungsgewerbe um zwölf Prozent (nominal: +23 Prozent), die Gastronomie erlöste real knapp zehn Prozent mehr (nominal: 18 Prozent). Die starken Unterschiede zwischen nominaler und realer Entwicklung spiegeln die starken Preisanstiege der vergangenen Monate wider.

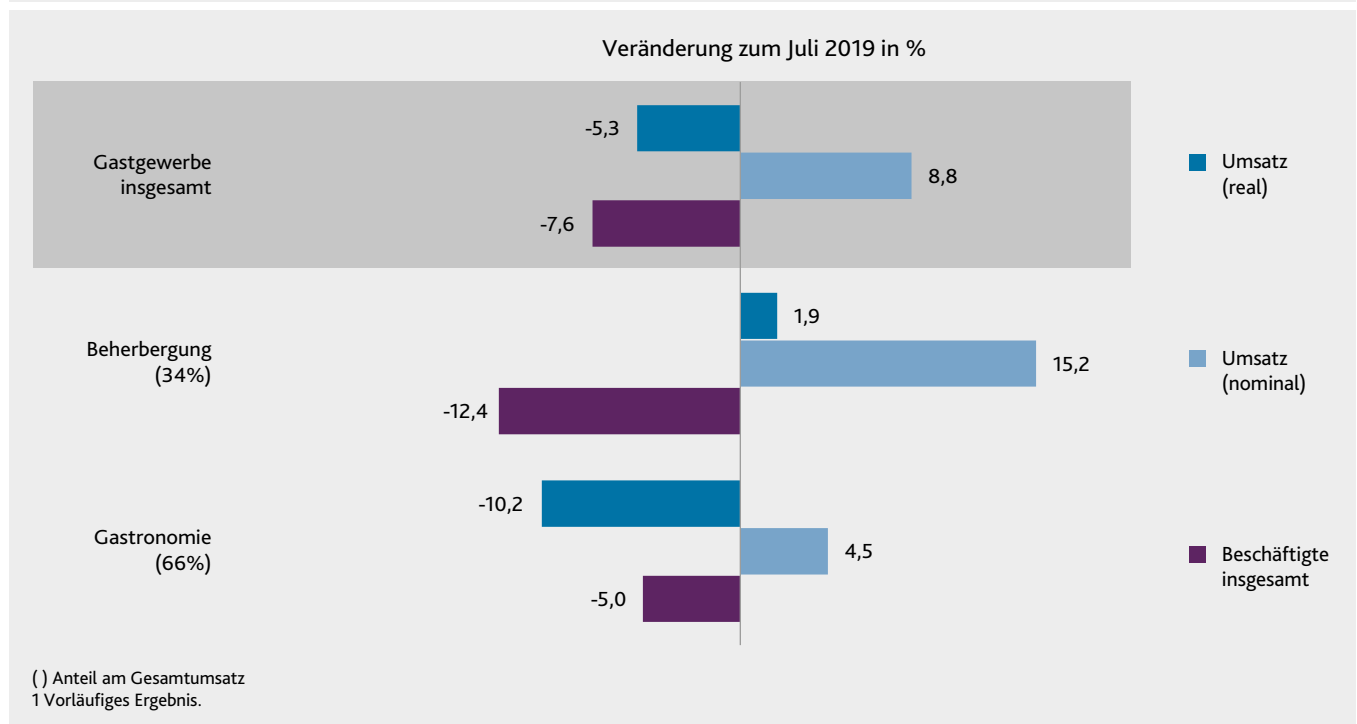
Die Zahl der Beschäftigten unterschritt das Vor-Corona-Niveau im Juli 2019 um 7,6 Prozent; gegenüber Juli 2021 nahm sie um 8,7 Prozent zu.

Gäste und Übernachtungen im Juli nur noch knapp unter Vor-Corona-Niveau

Die Gäste- und Übernachtungszahlen der rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe erreichten im Juli 2022 fast das Vor-Corona-Niveau. Es besuchten rund 966 600 Gäste Rheinland-Pfalz, das waren 0,7 Prozent weniger als im Juli 2019. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,6 Millionen um 2,8 Prozent niedriger als 2019. Im Vergleich zu Juli 2021 stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen deutlich (+39 bzw. +31 Prozent).

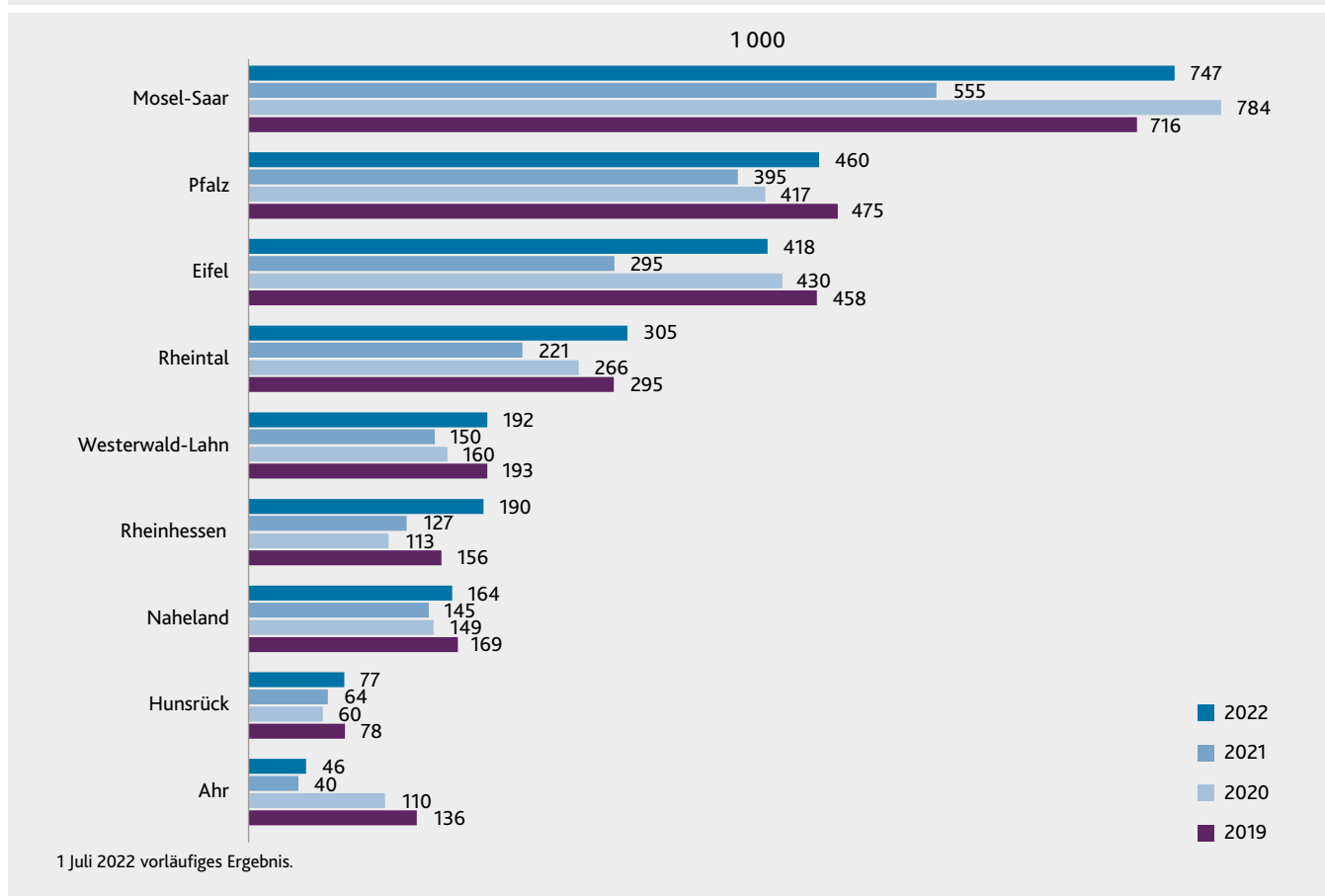
Im Zeitraum Januar bis Juli 2022 besuchten nahezu 4,3 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz, die insgesamt 11,3 Millionen Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vergleichs-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Juli 2022





Übernachtungen im Juli 2019–2022¹ nach Tourismusregionen



zeitraum 2019 waren das 15 Prozent weniger Besucherinnen und Besucher sowie elf Prozent weniger Übernachtungen.

Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen von Januar bis Juli 2022 in allen Tourismusregionen unter dem Vorkrisenniveau des Vergleichszeitraums 2019. Gemessen an den Übernachtungszahlen verliefen die Entwicklungen in den Regionen Mosel-Saar sowie Rheinhessen am besten: Die Übernachtungen unterschritten hier das Vor-Corona-Niveau um 1,5 bzw. 1,1 Prozent; es kamen 3,3 bzw. zwölf Prozent weniger Gäste. Die

Regionen Westerwald-Lahn und Pfalz erreichten nur 86 bzw. 88 Prozent der Übernachtungen und 81 bzw. 83 Prozent der Gäste gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2019. Die hohen Rückgänge in der Ahrregion sind zusätzlich noch auf die Folgen der Flutkatastrophe im Juli 2021 zurückzuführen (Gäste und Übernachtungen: jeweils –69 Prozent).

In den ersten sieben Monaten 2022 verbuchten vier der zehn Betriebsarten mehr Übernachtungen als im Vor-Corona-Zeitraum 2019: Das größte Übernachtungsplus gab es bei den Ferienhäusern und Ferien-

wohnungen sowie den Hotel garnis (+14 bzw. +13 Prozent). Die Campingplätze sowie Ferienzentren zählten 2,7 bzw. 1,2 Prozent mehr Übernachtungen. In den Hotels, die die beliebteste Betriebsart darstellen, nahmen die Übernachtungen um 17 Prozent ab. Noch größer fielen die Rückgänge in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken aus (–22 Prozent). In den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie Jugendherbergen und Hütten ging die Zahl der Übernachtungen um 24 bzw. 26 Prozent zurück.

Im Zeitraum von Januar bis Juli kamen rund 3,5 Millionen Gäste aus



dem Inland; das waren 82 Prozent aller Besucherinnen und Besucher (-11 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019). Deren Übernachtungen beliefen sich auf neun Millionen (-7,1 Prozent). Die Zahl ausländischer Gäste reduzierte sich um 28 Prozent, deren Übernachtungen um 22 Prozent.

Handwerk schließt zweites Quartal mit mehr Umsätzen

Das zulassungspflichtige Handwerk erzielte, nicht zuletzt aufgrund von steigenden Preisen, im zweiten Quartal 2022 mehr Einnahmen als im Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Angaben lagen die Umsätze von April bis Juni 2022 nominal, also ohne Berücksichtigung der Preisanstiege, um 6,8 Prozent über den Ergebnissen im

Vergleichsquartal 2021. (Deutschland: +7,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 0,8 Prozent (Deutschland: -0,9 Prozent).

Alle Gewerbegruppen verbuchten gegenüber dem Zeitraum April bis Juni 2021 gestiegene Umsätze. Die höchsten Zuwächse gab es im Lebensmittelgewerbe (+17 Prozent). Im Baugewerbe fiel der Anstieg im Ausbaugewerbe mit 9,8 Prozent größer aus als im Bauhauptgewerbe mit 7,3 Prozent. Knapp unter zehn Prozent lagen die Erlöszuwächse bei den Handwerken für den privaten Bedarf (+9,7 Prozent). Schlusslicht im Umsatz-Ranking bildete das Kraftfahrzeuggewerbe (+1,2 Prozent).

Trotz Umsatzanstiegen ging die Beschäftigung in allen Gewerbe-

gruppen zurück. Besonders deutlich reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-4,7 Prozent). Die Abnahmen in den anderen Gewerbegruppen lagen auf geringerem Niveau und bewegten sich in einem Korridor von -1,4 bis -0,3 Prozent im Gesundheitsgewerbe bzw. den Handwerken für den gewerblichen Bedarf.

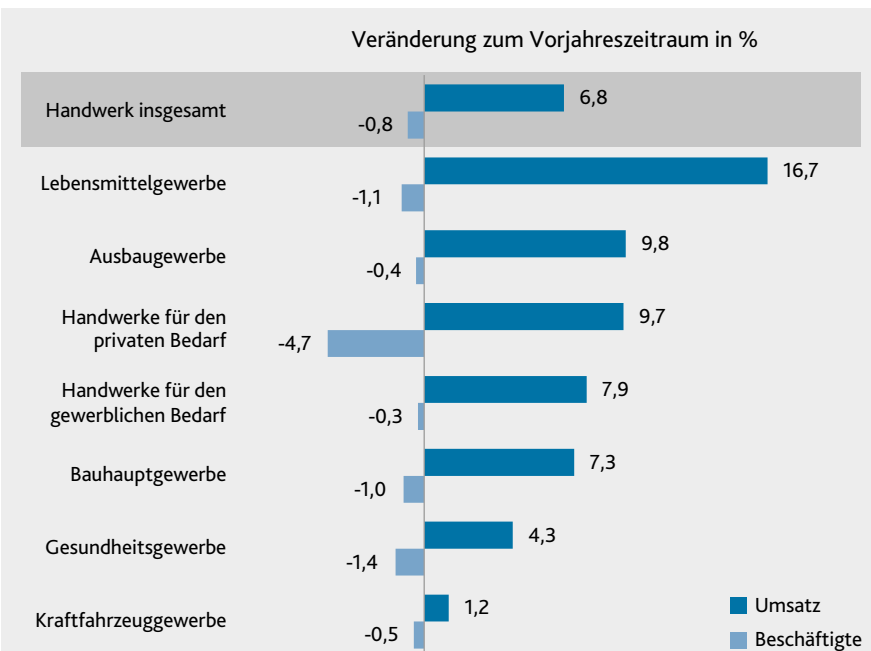
Schweinebestand nimmt um ein Fünftel ab

Sowohl der Bestand an Rindern als auch an Schweinen sank in Rheinland-Pfalz im Mai 2022 auf den niedrigsten bisher registrierten Stand. In landwirtschaftlichen Betrieben wurden rund 297 600 Rinder und 108 900 Schweine gehalten. Der Rinderbestand nahm im Vergleich zu Mai 2021 nur leicht um 2,7 Prozent ab, während der Schweinebestand mit -20 Prozent deutlich sank.

Im langjährigen Vergleich reduzierte sich auch der Rinderbestand deutlich; er lag um 17 Prozent unter dem Wert von 2013.

Im Mai 2022 gab es in Rheinland-Pfalz knapp 4 500 Rinderhaltungen, davon 1 400 mit Milchkühen (32 Prozent). Binnen Jahresfrist wurden knapp zwei Prozent der Rinderhaltungen komplett aufgegeben. Darunter ging die Zahl der Haltungen mit Milchkühen um gut drei Prozent zurück, der Milchkuhbestand verringerte sich um 2 600 oder 2,6 Prozent auf 97 400 Tiere.

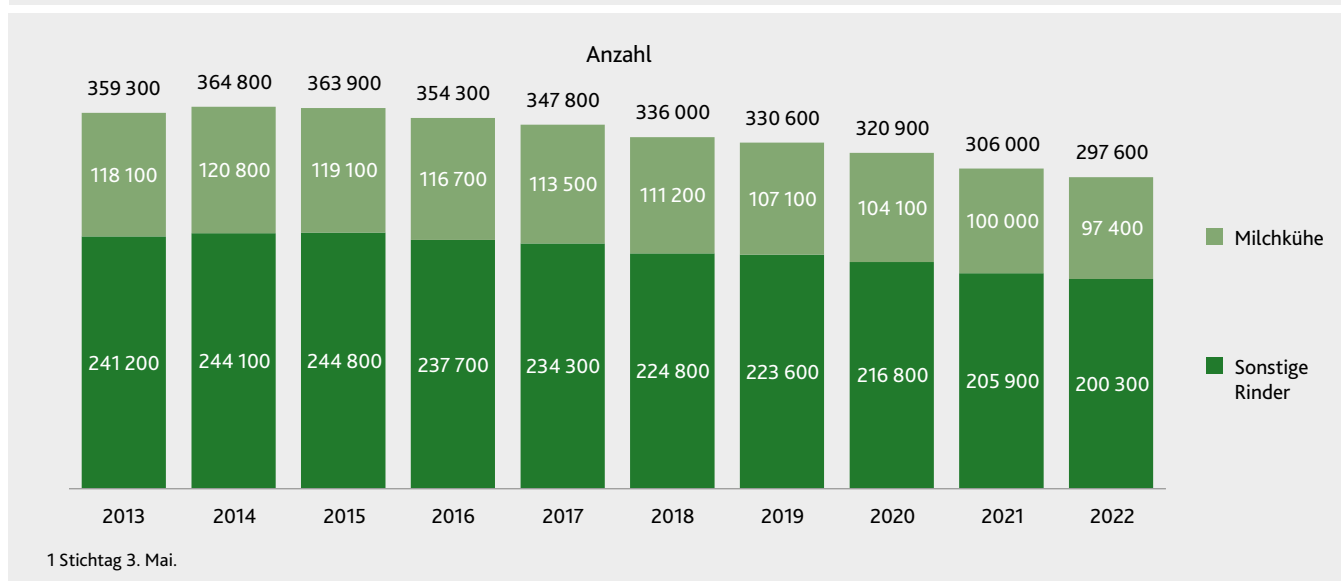
Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2022¹ nach Gewerbegruppen



¹ Vorläufiges Ergebnis.



Rinderbestand 2013–2022¹



Die Milchkuhhaltung ist vor allem in den Mittelgebirgslagen in Rheinland-Pfalz eine wichtige Einnahmequelle in der Landwirtschaft. Im Mai 2022 entfielen rund 46 Prozent der Milchkühe und 35 Prozent des gesamten Rinderbestandes auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm und den Landkreis Vulkaneifel.

Die Rinderrasse Holstein-Schwarzbunt hatte mit rund 44 Prozent die größte Verbreitung im Land, gefolgt von den Holstein-Rotbunt (9,4 Prozent). Beide Rassen werden vor allem auf die Erzeugung von hohen Milchmengen gezüchtet. Die größte Bedeutung zur Fleischproduktion entfiel mit zehn Prozent auf die Rasse Limousin.

Der Bestand an Schweinen in landwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen sank in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Mai 2013 um rund 48 Prozent.

Der Anteil an Mastschweinen, die am Stichtag bereits ein Lebendgewicht von wenigstens 50 Kilogramm erreicht hatten, betrug gut 48 Prozent und entsprach damit dem Vorjahresniveau; die absolute Zahl der Tiere sank jedoch um 12 800. Der Anteil an Jungschweinen nahm mit –19 Prozent im Vorjahresvergleich leicht ab. Ungefähr sechs Prozent des Bestandes entfielen auf Zuchtsauen. Der Anteil an Zuchtsauen blieb somit stabil; der Bestand sank binnen der Jahresfrist jedoch deutlich um gut 22 Prozent.

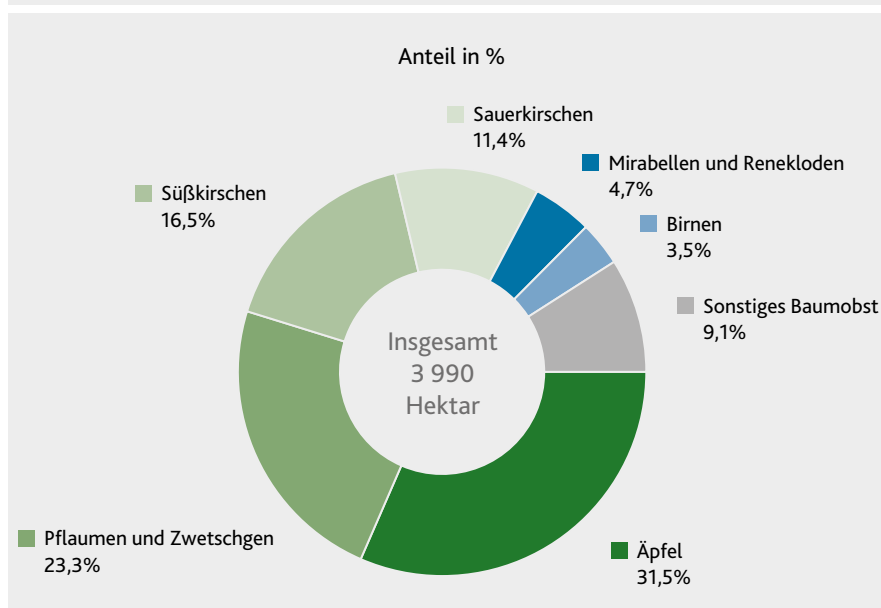
Rund 62 Prozent der Schweine wurden wie 2021 in Betrieben mit 1 000 und mehr Tieren gehalten. Die Anzahl der Betriebe mit Beständen von mehr als 1 000 Schweinen hat sich jedoch deutlich um 13 auf 37 Betriebe verringert (–26 Prozent). Daneben wurde die Schweinehaltung überwiegend in Betrieben mit Schweinebeständen

von unter 100 Schweinen eingestellt (–41 Prozent).

In Deutschland (ausgenommen der Stadtstaaten) wurden zum Stichtag 3. Mai gut 22,3 Millionen Schweine und knapp elf Millionen Rinder gehalten. Die Schweinehaltung konzentrierte sich auf die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit zusammen 60 Prozent des Gesamtbestands. Der größte Anteil der Rinderhaltung war in Bayern mit 26 Prozent und in Niedersachsen mit 21 Prozent des bundesdeutschen Bestands verortet. Der rheinland-pfälzische Anteil an den deutschen Beständen betrug 0,5 Prozent bei den Schweinen und 2,7 Prozent bei den Rindern.

Äpfel dominieren im Baumobst-anbau

Äpfeln kommt die größte Bedeutung im rheinland-pfälzischen Baumobst-

**Anbaufläche von Baumobst 2022 nach Obstarten**

anbau zu – aber auch Pflaumen und Zwetschgen machen einen hohen Anteil aus. Wie anhand der Ergebnisse der jüngsten Baumobsterhebung ermittelt wurde, bewirtschaften 487 Betriebe (–14 Prozent im Vergleich zu 2017) knapp 4 000 Hektar Anbaufläche (–0,2 Prozent im Vergleich zu 2017) für die erwerbsmäßige Erzeugung von Baumobst.

Die Baumobstbetriebe werden immer größer. Aktuell bewirtschaftet ein Betrieb durchschnittlich 8,2 Hektar Baumobstfläche. Vor fünf Jahren waren es lediglich 7,2 Hektar. Die 51 Betriebe mit 20 Hektar und mehr Baumobstfläche kommen auf einen immer größeren Flächenanteil. Sie bewirtschaften im laufenden Jahr rund 60 Prozent der Baumobstfläche.

Der Anbau von Äpfeln erfolgt auf knapp 31,5 Prozent der Fläche (1 255 Hektar); im Vergleich zu

2017 ist das ein Rückgang von rund zehn Prozent. Über 70 Prozent der Apfelanbaufläche dient der Produktion von Tafeläpfeln. Auf den größten Flächen werden die Sorten Elstar (18 Prozent bzw. 160 Hektar), Braeburn (16 Prozent bzw. 147 Hektar) und Gala (15 Prozent bzw. 134 Hektar) angebaut.

Neben den Äpfeln werden in Rheinland-Pfalz auf 926 Hektar Pflaumen und Zwetschgen angebaut; das sind 23 Prozent des gesamten Baumobstes. Dies entspricht einer Zunahme der Anbaufläche von knapp fünf Prozent im Vergleich zu 2017. Die Vermarktung erfolgt zu knapp 90 Prozent als Tafelobst. Süß- und Sauerkirschen kommen auf rund 28 Prozent der Fläche. Während die Anbaufläche an Süßkirschen mit 657 Hektar im Vergleich zu 2017 stabil blieb (+0,6 Prozent), nahm die Fläche an Sauerkirschen auf 455 Hektar

ab (–19 Prozent). Süßkirschen werden überwiegend als Tafelobst angebaut; der Schwerpunkt des Sauerkirschenanbaus liegt bei der Verwertung. Auch Mirabellen und Renekloden (188 Hektar) sowie Birnen (139 Hektar) werden in relevanten Maßen angebaut. In geringem Umfang gibt es auch Flächen mit Aprikosen, Walnüssen oder Pfirsichen.

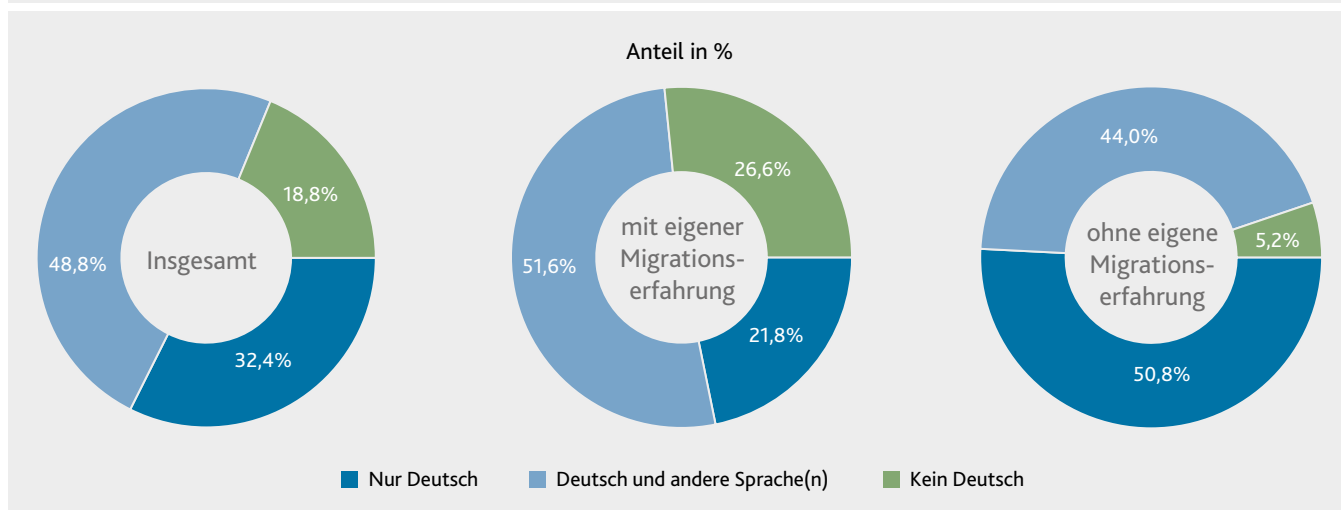
Mit einer vollständig ökologischen Wirtschaftsweise betreiben 54 Betriebe in Rheinland-Pfalz 2022 gut 13 Prozent der Baumobstfläche (528 Hektar). Der Anteil des Ökolanbaus stieg im Vergleich zu 2017 um drei Prozent. Für den Anbau von Äpfeln werden 64 Prozent der ökologisch bewirtschafteten Fläche genutzt. Von der ökologisch bewirtschafteten Apfelanbaufläche entfallen 66 Prozent bzw. 222 Hektar auf die Erzeugung von Wirtschaftsäpfeln, also Äpfeln, die zur weiteren Verarbeitung vorgesehen oder als Tafelobst nicht geeignet sind (z. B. Falläpfel). Im Vergleich dazu liegt der Flächenanteil der Wirtschaftsäpfel an der gesamten Apfelanbaufläche (konventionelle und ökologische Wirtschaftsweise) mit knapp 28 Prozent deutlich niedriger.

Ein Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund spricht zu Hause ausschließlich Deutsch

Im Jahr 2021 sprach annähernd ein Drittel der 1,1 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund zu Hause ausschließlich Deutsch (32 Prozent). Nach Erstergebnissen des Mikrozen-



Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 nach Migrationserfahrung und zu Hause gesprochener Sprache



sus waren mehr als die Hälfte dieses Personenkreises deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger, die in Deutschland geboren wurden (54 Prozent).

Fast jede bzw. jeder Zweite mit Migrationshintergrund gab an, neben Deutsch mindestens noch eine andere Sprache zu Hause zu sprechen (49 Prozent). Rund 32 Prozent dieser Personen sprachen in erster Linie Deutsch; am zweit- bzw. dritthäufigsten wurde Russisch (14 Prozent) bzw. Türkisch (elf Prozent) als vorwiegend zu Hause gesprochene Sprache genannt.

Beinahe ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund sprach zu Hause kein Deutsch (19 Prozent). Bei diesen Personen handelte es sich größtenteils um Ausländerinnen und Ausländer, die selbst zugewandert sind (79 Prozent). Die Menschen, die zu Hause kein Deutsch sprachen, unterhielten sich am häufigsten auf Arabisch und Polnisch (jeweils

zwölf Prozent), Rumänisch (9,3 Prozent) oder Russisch (8,7 Prozent).

Durchschnittlich knapp 2 000 Euro Schulden bei Energieunternehmen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, haben Zahlungsrückstände bei Energieunternehmen. Die Schulden bei diesen Unternehmen beliefen sich 2021 im Durchschnitt auf 1 934 Euro. Das waren 109 Euro mehr als im Jahr 2020 und 550 Euro mehr als im Jahr 2015 (+6 bzw. +40 Prozent). Die durchschnittliche Schuldenhöhe bei den Energieunternehmen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

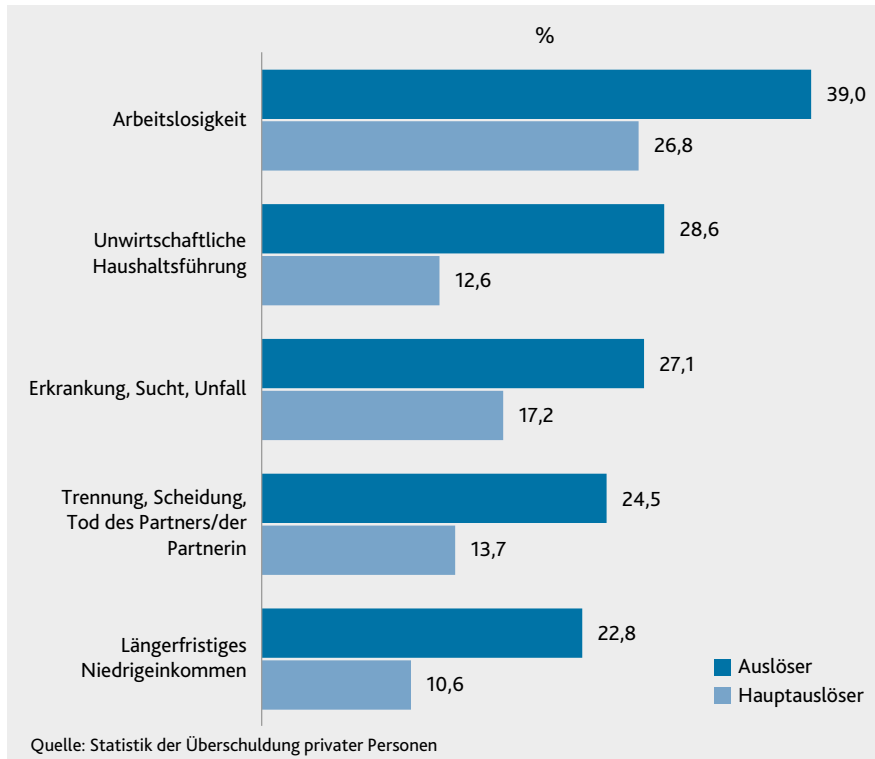
In der Mehrzahl der Fälle überstieg die Höhe der Forderungen der Energieunternehmen sowohl das persönliche Nettoeinkommen als auch das Haushaltsnettoeinkommen, mit dem die Schuldnerinnen und Schuldner monatlich wirtschaften konnten. Die Schuldnerinnen und Schuldner hätten

2021 im Durchschnitt mehr als zwei persönliche Monatseinkommen aufwenden müssen, um die Forderungen zu bedienen (2,1 Monatseinkommen). Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen betrugen die Schulden bei den Energieunternehmen im Durchschnitt das 1,8-Fache.

Neben den Forderungen der Energieunternehmen bestanden gegenüber den Schuldnerinnen und Schuldner zumeist weitere Forderungen anderer Gläubiger. Die durchschnittliche Gesamtverschuldung der Personen, die 2021 Schulden bei Energieunternehmen hatten und in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, lag bei knapp 36 100 Euro. Die durchschnittliche Gesamtschuldenhöhe stieg zwischen 2015 und 2021 somit schwächer als die Schuldenhöhe gegenüber den Energieunternehmen. Die Gesamtverschuldung schwankte seit 2015 zwischen 33 000 Euro im Jahr 2018 und 37 000 Euro im Jahr 2016.



Bei einer Schuldnerberatung beratene Personen mit Schulden bei Energieunternehmen 2021 nach ausgewählten Ursachen der Überschuldung



Insgesamt machten die Forderungen der Energieunternehmen 2021 im Durchschnitt knapp zwölf Prozent der Gesamtforderungshöhe gegenüber den Schuldnerinnen und Schuldnern aus. Dieser Anteil nahm seit 2015 nur leicht zu (+1 Prozentpunkt).

Der Anteil der Personen, der außer den Forderungen der Energieunternehmen keine weiteren Schulden zu bedienen hatte, fiel 2021 – bezogen auf alle beratenen Personen mit Schulden bei Energieunternehmen – mit knapp einem Prozent eher gering aus. Daran hat sich seit 2015 nur wenig geändert. Dagegen ist der Anteil der Personen mit Schulden bei Energieunternehmen an allen beratenen Personen seit 2015 vergleichsweise stark gestiegen – von 24 auf 35 Prozent.

Die Höhe der Forderungen der Energieunternehmen belastet die Haushaltsnettoeinkommen einzelner Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark. Im Jahr 2021 hätten beispielsweise Seniorinnen und Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren durchschnittlich das 2,8-fache ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens aufwenden müssen, um sämtliche Schulden bei Energieunternehmen zu begleichen, jüngere erwachsene Personen unter 25 Jahren dagegen nur das 1,3-fache. In den mittleren Altersgruppen schwankte die Einkommensbelastung durch die Energieschulden zwischen dem 1,5-fachen (35- bis 45-Jährige) und dem 1,9-fachen ihres Haushaltsnettoeinkommens (45- bis 55-Jährige und 55- bis 65-Jährige).

Zu den Gruppen mit erhöhter Schuldenbelastung zählten 2021 unter anderem Personen mit geringerer Qualifikation, d. h. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ohne (Fach-)Hochschulabschluss (Energieschuldenlast: 1,9 Monatseinkommen), sowie Personen, die arbeitslos gemeldet (1,8 Monatseinkommen) oder anderweitig nicht erwerbstätig waren (2,7 Monatseinkommen). Nur geringe Unterschiede gab es demgegenüber zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Wichtigste Ursache für die Überschuldung der beratenen Personen, die auch Forderungen gegenüber Energieunternehmen zu bedienen hatten, war 2021 Arbeitslosigkeit. Von den Personen mit Energieschulden nannten 39 Prozent diesen Grund als Auslöser; 27 Prozent gaben ihn sogar als Hauptauslöser an. Zu den weiteren Ursachen zählten 2021 eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (29 Prozent), Erkrankungen, Sucht oder Unfälle (27 Prozent), die Trennung, Scheidung oder der Tod der Partnerin oder des Partners (24 Prozent) sowie der längerfristige Bezug eines Niedrigeinkommens (23 Prozent).

Seit 2015 haben vor allem eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (+19 Prozentpunkte) und der längerfristige Bezug von Niedrigeinkommen (+10 Prozentpunkte) häufiger zur Überschuldung der beratenen Personen beigetragen. Arbeitslosigkeit (-3,6 Prozentpunkte) und die Tren-



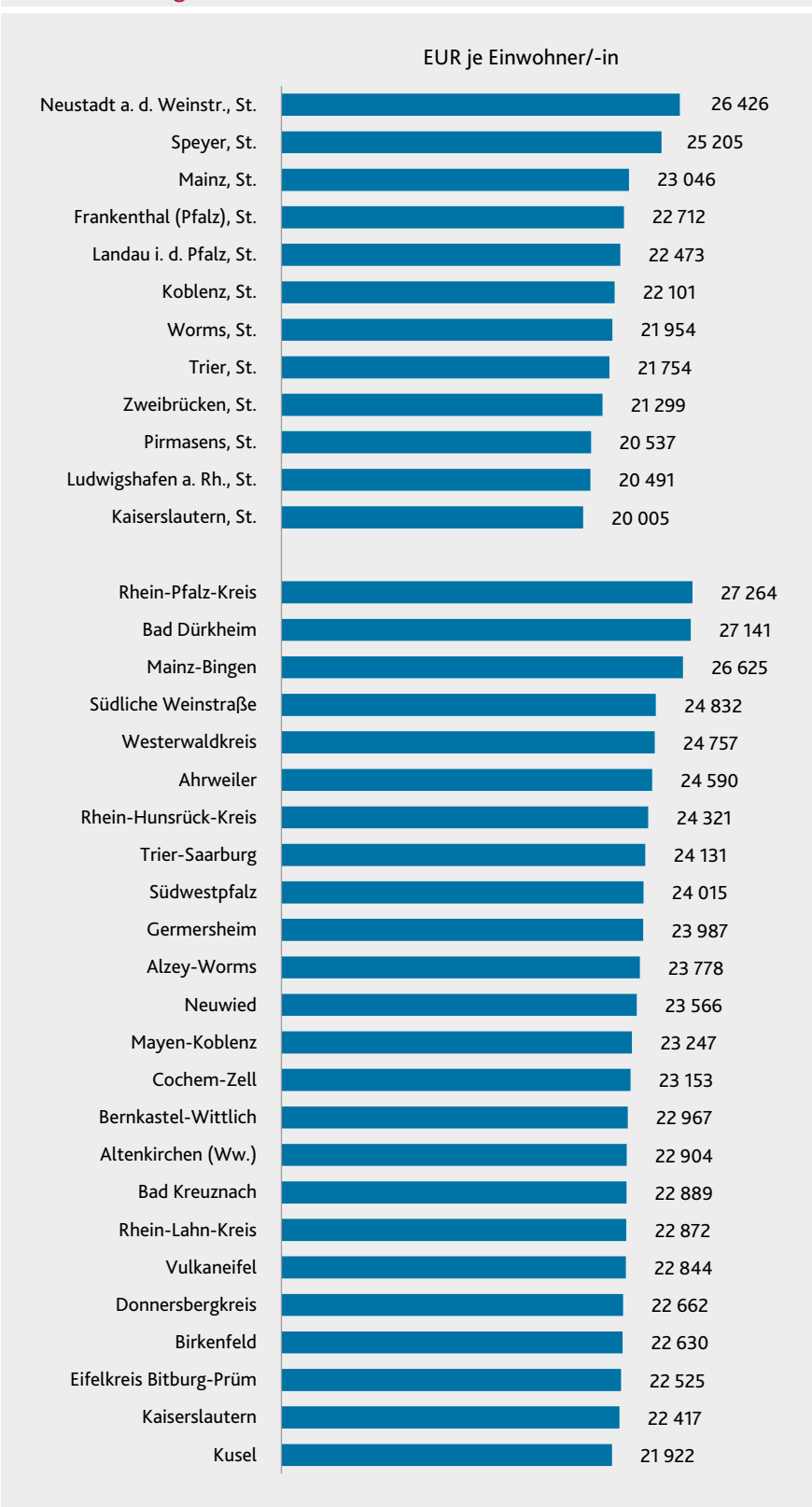
nung, Scheidung oder der Tod der Partnerin oder des Partners (–3,1 Prozentpunkte) wurden zuletzt dagegen etwas seltener genannt.

Verfügbares Einkommen steigt 2020 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen

Im Jahr 2020 nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz in allen Verwaltungsbezirken zu – trotz der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise. Es lag mit 96,5 Milliarden Euro um 1,5 Milliarden Euro oder 1,6 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Damit standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner im Landesdurchschnitt 23 559 Euro zur Verfügung; das waren 340 Euro oder 1,5 Prozent mehr als 2019.

In den Landkreisen war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner mit durchschnittlich 24 071 Euro höher als in den kreisfreien Städten mit 22 113 Euro. Im Vergleich der Landkreise erreichten die Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Pfalz-Kreis mit 27 264 Euro das höchste Pro-Kopf-Einkommen; in Kusel waren es durchschnittlich nur 21 922 Euro. Bei den kreisfreien Städten reichte die Spannweite von 20 005 Euro in Kaiserslautern bis 26 426 Euro in Neustadt an der Weinstraße. Zu beachten ist, dass die regionale Einkommensverteilung in Rheinland-Pfalz stark durch Berufspendlerinnen und -pendler beeinflusst ist. Aus den Landkreisen pendeln viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit in

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2020 nach Verwaltungsbezirken





die kreisfreien Städte. Die von ihnen erbrachte Wirtschaftsleistung wird an ihrem Arbeitsort in den Städten nachgewiesen; das dabei entstehende Einkommen wird dagegen an ihrem Wohnort in den Landkreisen erfasst.

Zwischen 2000 und 2020 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen im Mittel stärker als in den kreisfreien Städten (+54 bzw. +42 Prozent). Dies ist sowohl auf die unterschiedliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens als auch der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zurückzuführen. Das verfügbare Einkommen nahm in den Landkreisen um 53 Prozent zu und in den kreisfreien Städten um 51 Prozent. Die kreisfreien Städte verzeichneten zwischen 2000 und 2020 einen Bevölkerungszuwachs von sieben Prozent, insbesondere aufgrund der deutlichen Zunahme der Einwohnerzahlen in den Universitätsstädten Mainz, Landau und Trier. In den Landkreisen ging die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im gleichen Zeitraum dagegen um 0,1 Prozent zurück.

Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnete unter den kreisfreien Städten Speyer mit +58 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgte die Stadt Trier mit +53 Prozent. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohnerin und Einwohner in Pirmasens nur um 34 Prozent zu. Im Vergleich der Landkreise erzielte der Kreis Trier-Saarburg mit +68 Prozent den höchsten Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen, gefolgt vom Rhein-Hunsrück-Kreis und Eifelkreis

Bitburg-Prüm mit +64 bzw. +63 Prozent. Bitburg-Prüm, Trier und Trier-Saarburg liegen im Einzugsbereich Luxemburg. Da in den vergangenen 20 Jahren immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit auspendeln, profitiert die Region von der starken wirtschaftlichen Dynamik des Großherzogtums. Im Landkreis Mainz-Bingen sowie im Rhein-Lahn-Kreis stieg das Pro-Kopf-Einkommen dagegen nur um 42 bzw. 44 Prozent.

Bei dem durchschnittlich zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommen nimmt Rheinland-Pfalz unter den Ländern hinter Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein Rang sechs ein. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen liegt 193 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 23 752 Euro.

Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einem Land oder in einer Region ist eine Kennzahl der

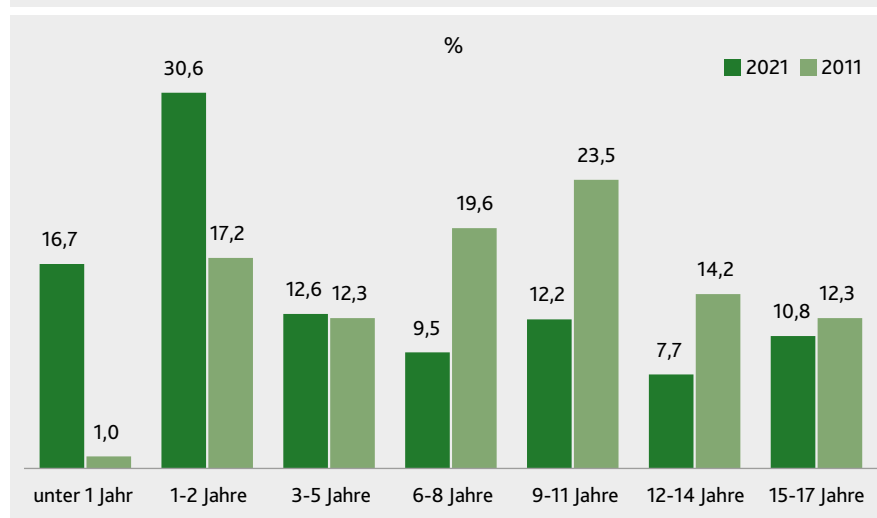
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung des Landes oder der Region verwendet wird. Er gibt keine Auskunft darüber, wie gleichmäßig oder ungleichmäßig das Einkommen auf die Einwohnerinnen und Einwohner in einer Region verteilt ist.

222 Adoptionen im Jahr 2021 – Fast die Hälfte der Kinder ist unter drei Jahre alt

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2021 insgesamt 222 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Im Vorjahresvergleich blieben die Fallzahlen mit einem Rückgang um drei Minderjährige nahezu unverändert.

Knapp die Hälfte der adoptierten Kinder (47 Prozent) war jünger als drei Jahre. Im Jahr 2011 lag der Anteil von Kleinkindadoptionen bei rund 18 Prozent; seither ist die Anzahl nahezu kontinuierlich gestiegen.

Adoptierte Kinder und Jugendliche 2011 und 2021 nach Altersgruppen





Sieben von zehn Kindern konnten in ihrem vertrauten Umfeld verbleiben, da die Adoptionen durch den Stiefvater oder die Stiefmutter (66 Prozent) oder Verwandte (fünf Prozent) erfolgten. In den meisten Fällen (94 Prozent) besaßen beide Adoptiveltern die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Adoption erfolgte bei fast jedem fünften Verfahren (18 Prozent) direkt nach der Geburt. Am häufigsten (67 Prozent) lebten die Kinder vor der Adoption bei mindestens einem leiblichen Elternteil, deutlich seltener in Heimen (sieben Prozent) und in Pflegefamilien (fünf Prozent). Die abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteile waren zum Zeitpunkt der Adoption mehrheitlich ledig (61 Prozent); weitere 15 Prozent waren geschieden.

Adoptionen von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit haben in den vergangenen

Jahren zahlenmäßig an Bedeutung verloren: Waren es bei einem zwischenzeitlichen Hoch im Jahr 2016 noch 74 Fälle in ganz Rheinland-Pfalz, ist dieser Wert im Jahr 2021 auf 25 gesunken – ein Anteil von gut elf Prozent an allen Adoptionen.

Knapp die Hälfte aller Neuzulassungen sind Hybrid- oder Elektroautos

Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz 64 700 Fahrzeuge neu zugelassen. Das waren knapp 5 300 Neuzulassungen weniger als im Vorjahreszeitraum (–7,5 Prozent). Damit fiel der prozentuale Rückgang etwas geringer aus als in Deutschland insgesamt (–11 Prozent).

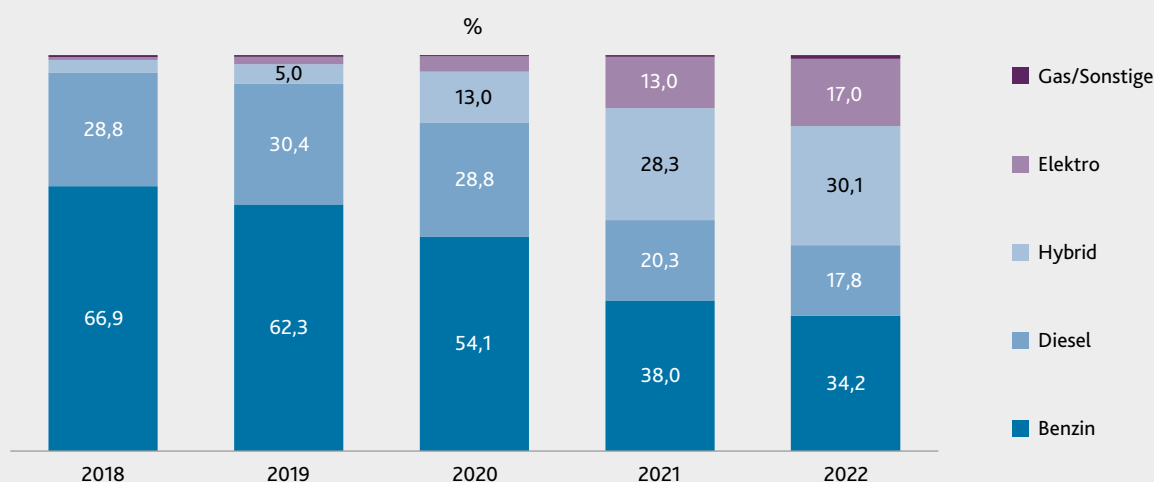
Die sinkende Zahl der Neuzulassungen ist unter anderem auf anhaltende Lieferschwierigkeiten und Materialengpässe, insbesondere in der Chipindustrie, zurückzuführen. Besonders betroffen sind die Lastkraftwagen: Deren Neuzulassungen sanken um rund 19 Prozent. Demgegenüber stieg

die Zahl neuzugelassener Kraft- bzw. Motorräder um knapp zwei Prozent.

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr rund 50 200 Personenkraftwagen (–7,2 Prozent) neu zugelassen; davon hatten über 8 500 einen reinen Elektroantrieb – rund 21 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2021. Die Zahl der Fahrzeuge mit Hybridantrieb lag mit rund 15 100 Neuzulassungen knapp unter dem Niveau des Vorjahres (–1 Prozent). Der Anteil der Hybrid- und Elektroautos an allen Neuzulassungen lag somit im ersten Halbjahr 2022 bei 47 Prozent (Deutschland: 44 Prozent). Bei den konventionellen Antrieben sanken die Neuzulassungen deutlich auf etwa 17 200 mit Benzin (–17 Prozent) und 9 000 mit Diesel (–18 Prozent) betriebene Fahrzeuge.

Die Zahl der Besitzumschreibungen reduzierte sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 um 13 Prozent auf rund 194 400. Darunter entfielen

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2018–2022 nach Kraftstoffarten





etwa 161 700 Besitzumschreibungen auf Pkw (–14 Prozent), 16 600 auf Krafträder (–8,4 Prozent), 10 500 auf Lkw (–8,7 Prozent) und 4 900 auf Zugmaschinen (–5,7 Prozent).

Bingen hat landesweit die höchste Pkw-Dichte

Bingen weist in Rheinland-Pfalz die höchste Pkw-Dichte aller Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden auf. Dort kamen am 1. Januar 2022 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 824 Pkw. Am geringsten ist die Pkw-Dichte unter den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden in Germersheim mit 534 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In den kreisfreien Städten ist die Pkw-Dichte niedriger. Sie reicht von 466 in Mainz bis 629 in Zweibrücken.

Bei der regionalen Betrachtung der Pkw-Dichte sind Verzerrungen durch

gewerblich genutzte Fahrzeuge möglich. So kann es beispielsweise sein, dass ein großes Unternehmen seine gesamte Fahrzeugflotte in einer Stadt angemeldet hat.

Die Zahl der Pkw im Land insgesamt steigt immer weiter an. Im Jahr 2012 wies die Statistik des Kraftfahrtbundesamtes für Rheinland-Pfalz 2,29 Millionen Personenkraftwagen aus, im Jahr 2022 waren es 2,60 Millionen. Die Pkw-Dichte erhöhte sich in diesem Zeitraum von 574 auf 634. Rheinland-Pfalz hat, nach dem Saarland, die zweithöchste Pkw-Dichte aller Bundesländer.

Der Anteil der rein elektrisch fahrenden Pkw ist mit 1,1 Prozent noch sehr gering. Allerdings nimmt die Zahl der Neuzulassungen von E-Autos deutlich zu. Im Jahr 2021 lag ihr Anteil an allen Pkw-Zulassungen bei 16 Prozent, nach sieben Prozent im Jahr

2020 und knapp zwei Prozent im Jahr 2019. Im ersten Halbjahr 2022 hatten 17 Prozent aller neu zugelassenen Pkw einen reinen E-Antrieb.

Zahl der Getöteten bei Straßenverkehrsunfällen weiterhin auf hohem Niveau

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle ist im Juli 2022 sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch zum Vorjahresmonat gestiegen. Es wurden 11 924 Unfälle gezählt; das waren 6,8 Prozent mehr als im Vormonat und 8,1 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Die Zahl der Getöteten lag mit 15 zwar unter der von Juni 2022 (23), jedoch im dritten Monat in Folge über der Zahl des Vorjahresmonats (9).

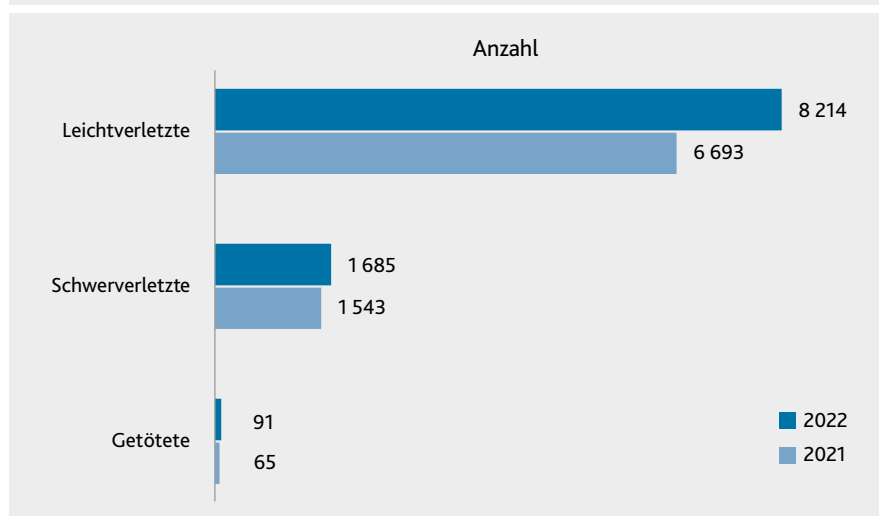
Die Polizei registrierte in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 76 280 Verkehrsunfälle, davon

Personenkraftwagen 2012–2022





Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2021 und 2022



7 860 Unfälle mit Personenschaden und 68 420 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag von Januar bis Juli um 7 943 bzw. rund zwölf Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, als das Unfallgeschehen noch stärker von der Corona-Pandemie geprägt war. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg um 1 301 bzw. rund 20 Prozent. Insgesamt verloren 91 Personen ihr Leben, das waren 26 mehr als von Januar bis Juli 2021. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 1 685, die der Leichtverletzten bei 8 214.

**Gebäude- und Wohnungszählung:****Mahnungen und Medienberichterstattung sorgen für hohen Rücklauf**

Hohe Dateneingänge verzeichnet das Statistische Landesamt in Bad Ems seit Versand der Mahnschreiben zur Gebäude- und Wohnungszählung Anfang August. Die Quote der Rückmeldungen stieg von 88 Prozent Ende Juli auf 96 Prozent Ende August. Es gingen auch sehr viele Daten von Eigentümerinnen und Eigentümern ein, denen noch kein Mahnschreiben zugestellt wurde, und die offenbar aufgrund der Medienberichterstattung ihre Meldungen abgegeben haben.

Die zweite Versandwelle des Mahnschreibens wurde angesichts der hohen Rücklaufquote hinfällig. Der Aufwand für die vier ausstehenden Prozent stand in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Qualitätsverbesserungen der Ergebnisse. Die Informationen zu den fehlenden Gebäuden und Wohnungen werden über statistische Verfahren ermittelt. Eine Methode ist die so genannte Imputation, bei der für ein fehlendes Objekt durchschnittliche Daten umliegender Wohnungen bzw. Wohngebäude herangezogen werden.

Das Statistische Landesamt dankt allen, die die Fragebogen online oder auf Papier ausgefüllt haben, für ihre Unterstützung und bittet alle, die noch nicht gemeldet haben, die Daten noch online zu übermitteln.

Das Statistische Landesamt hatte Anfang August die erste von zwei Mahnwellen versendet. Sie umfasste 80 000 Adressaten, weitere 70 000 Schreiben, die ursprünglich in der zweiten Augustwoche folgen sollten, wurden nach Rückmeldungen von Betroffenen der ersten Welle gestoppt. In der ersten Mahnwelle war aufgefallen, dass einige der Eigentümerinnen und Eigentümer weder ein Erst- noch ein Erinnerungsschreiben erhalten hatten. Geschätzt gibt es rund 600 Fälle, von denen in der ersten Welle der Mahnschreiben bislang rund 300 konkret ermittelt werden konnten. Diese liegen ganz überwiegend im Zuständigkeitsbereich eines in Koblenz ansässigen Zustelldienstes. In einigen Städten hatten ganze Straßenzüge weder Erst-

noch Erinnerungsschreiben erhalten. So kamen beispielsweise in Andernach auf 9 155 versandte Schreiben 47 nicht zugestellte Briefe, in Koblenz waren es 58 auf 25 606. Das entspricht einer Fehlzustellquote von 0,5 bzw. 0,2 Prozent. Außerhalb des Zustellgebiets dieses Anbieters lag die Quote mit 0,02 Prozent im Bereich des Erwartbaren.

Die Gebäude- und Wohnungszählung ist Bestandteil des Zensus 2022. Auskunftspflichtig waren alle Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. Verwaltungen von Wohnimmobilien. In Rheinland-Pfalz wurden insgesamt rund 1,5 Millionen Adressaten angeschrieben. Knapp 60 Prozent hatten binnen vier Wochen zurückgemeldet; nach Versand der Erinnerungsschreiben mit beigelegtem Papierfragebogen stieg die Rücklaufquote bis Ende Juli auf 88 Prozent. Für die damals ausstehenden zwölf Prozent wurde das Mahnverfahren vorbereitet.

Die folgende Aufstellung gibt eine Übersicht über die Fallkonstellationen, die nach dem Versand der ersten Mahnschreiben zu Reaktionen der Betroffenen und zur Berichterstattung in verschiedenen Medien geführt haben.

- Es wurden weder Erst- noch Zweitanschriften zugestellt: Es kam vor, dass weder Erstanschriften noch Erinnerungsbriefe zur Gebäude- und Wohnungszählung zugestellt wurden. Diese Fälle konzentrieren sich auf den Zuständigkeitsbereich eines in Koblenz ansässigen Zustelldienstleisters. Davon waren teilweise ganze Straßenzüge betroffen, unter anderem in Koblenz und Andernach. Das Statistische Landesamt geht von rund 600 Fällen aus und sucht gemeinsam mit den Zustelldienstleistern nach den Ursachen.
- Die Meldungen und der Versand der Mahnschreiben haben sich überschritten: Der Versand der insgesamt rund 150 000 Mahnschreiben brauchte einen gewissen Vorlauf. Dadurch erhielten in der ersten Mahnwelle rund 4 500 Eigentümerinnen und Eigentümer ein Mahn-

schreiben, die die Daten kurz vor Versand der Schreiben gemeldet hatten. Insbesondere Meldungen per Papierfragebogen waren hiervon betroffen, weil Postversand und Digitalisierung der Bögen beim externen Dienstleister mitunter einige Tage in Anspruch nehmen.

- Eigentümerinnen und Eigentümer haben nicht für alle Objekte gemeldet: Einige Eigentümerinnen und Eigentümer hatten beim Erstanschreiben bzw. beim Erinnerungsschreiben übersehen, dass sie um Meldung für mehrere Wohnungen bzw. Gebäude gebeten wurden. In rund 5 500 Fällen wurde daher nur für ein Objekt gemeldet und die Betroffenen erhielten für die weiteren noch ausstehenden Objekte ein Mahnschreiben.
- Hausnummernzusätze: In den Adressdaten, die das Statistische Landesamt von den Grundsteuerstellen, dem Liegenschaftskataster des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformation sowie vom Landes-

amt für Steuern bezogen hat, werden in einigen Fällen Hausnummern mit Zusätzen geführt, die nicht existieren (z. B. 10 c). In diesen Fällen sind die fehlerhaften Angaben im Fragebogen zu korrigieren. Das hat sich offenbar nicht allen Angeschriebenen erschlossen. Daher gibt es auch Fälle, in denen die Adressaten Anfang August ein Mahnschreiben erhielten.

- Mehrfachanschriften mit verschiedenen Namen: Es gab Fälle, in denen ein und dieselbe Person unter verschiedenen in den Registern hinterlegten Namen angeschrieben wurden und nur auf ein Anschreiben geantwortet haben (z. B. Franz Müller, Franz-Josef Müller). Offenkundige Fälle von identischen Personen waren zwar im Vorfeld ausgerechnet worden, Zweifelsfälle blieben jedoch im Adressbestand. Wenn nur unter einem der angeschriebenen Namen geantwortet wurde, ging seinerzeit an den zweiten Namen ein Erinnerungs- und später das Mahnschreiben raus.

Statistischer Landesausschuss: Zensus-Zwischenbilanz, Analyse für die IHK und Neuerung in Statistiken

Der Zensus 2022, Dienstleistungen für Statistiknutzende sowie Neuerungen in Erhebungen waren Themen der 56. Tagung des Statistischen Landesausschusses im März im Saal des Bad Emser Kurhauses.

Der Zensus 2022 läuft nach Überzeugung von Dr. Stephan Danzer, stellvertretender Leiter des Statistischen Landesamtes, ohne große Probleme. Kleinere Störungen seien bei einer solchen Großzählung mit einer siebenstelligen Zahl an Befragten nie ganz auszuschließen. Natürlich sei es ärgerlich, dass Eigentümerinnen und Eigentümer eine Mahnung erhalten haben, obwohl ihnen nachweislich weder Erst- noch Erinnerungsschreiben zugestellt wurden. Das betraf aber nur 0,04 Prozent aller 1,5 Millionen angeschriebenen und habe sich auf das Gebiet eines Zustelldienstleisters im Raum Koblenz beschränkt.

Daneben habe sich auch der Registerbestand, auf den die Befragungen aufbauen, als stellenweise mangelhaft erwiesen. So seien in vielen Fällen nicht die aktuellen Eigentümer von Immobilien in den Registern vermerkt gewesen, was zu nicht zustellbaren Anschreiben und bedauerlicherweise auch zu Schreiben an Verstorbene geführt habe. Für den

geplanten Umstieg auf einen rein registergestützten Zensus, der ohne Befragungen auskommt, müssten die bestehenden Register für die Statistikzwecke ertüchtigt sowie ein Gebäude- und Wohnungsregister aufgebaut werden. Zudem bedürfe es einer laufenden Qualitätssicherung der Register.

Da der Fokus der Berichterstattung auf der Gebäude- und Wohnungszählung gelegen habe, sei der Kernbereich des Zensus, die Personenerhebungen, medial kaum wahrgenommen worden. Das liege auch an der sehr guten Arbeit der Erhebungsstellen, die bei den Kreisverwaltungen bzw. den Verwaltungen der kreisfreien Städte angesiedelt sind, und natürlich an den gut 3 600 ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten, die die Vor-Ort-Befragungen erledigten. Danzer dankte allen Beteiligten für ihren Einsatz. Rheinland-Pfalz belege aktuell beim Aufbereitungsstand der Daten aus der Personenerhebung und bei der Gebäude- und Wohnungszählung im Ländervergleich einen Spitzenplatz.

Das Statistische Landesamt versteht sich auch als Dienstleister für die Aufbereitung der Daten im Auftrag öffentlicher und öffentlich-rechtlicher Stellen. Als Beispiel wurde

dem Statistischen Landesausschuss die Clusteranalyse vorgestellt, die das Amt im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften der Industrie- und Handelskammern im Land erstellt hat. Das Regionalmonitoring untersucht auf Ebene der Verbandsgemeinden Ähnlichkeiten bzw. Unähnlichkeiten für insgesamt 58 Indikatoren wie beispielsweise Innovation, Bildungslandschaft und Demografie.

Eine wichtige Rolle spielt das Statistische Landesamt auch im kommunalen Finanzausgleich (KFA), der aktuell neu strukturiert wird. Das Referat Finanzstatistik hat im KFA die Aufgabe, die Bemessungsgrundlagen zu ermitteln, die Allgemeinen Zuweisungen und die Finanzausgleichsumlage zu berechnen, die Festsetzungsbescheide samt Unterlagen zu versenden sowie die Zahlbarmachung der Mittel zu steuern. Durch die Neuausrichtung des KFA, die eine Bedarfsorientierung und die Differenzierung nach Gebietskörperschaftsgruppen vorsieht, werden die Aufgaben komplexer. Die Mitglieder des Landesausschusses erhielten einen ausführlichen Einblick in das Projekt, das in mehreren Phasen agil durchgeführt wird.

Die Verdienststatistiken wurden komplett überarbeitet und liefern künftig aktuellere und an neue Nutzerbedarfe

angepasste Ergebnisse. So lassen sich beispielsweise Verdienstverläufe darstellen. Für die rund 3 400 Betriebe im Land, die zu diesen Erhebungen auskunftspflichtig sind, wird die Datenübermittlung deutlich vereinfacht.

Umfassendere Auswertungsmöglichkeiten werden auch in den Bildungsstatistiken angestrebt. Das landeseinheitliche Schulverwaltungsprogramm, an dessen Entwicklung das Statistische Landesamt beteiligt ist, soll hierzu einen Beitrag leisten. Der Stand des Projektes und die Herausforderungen wurden den Mitgliedern des Landesausschusses vorgestellt.

Ein weiteres Thema war die Bevölkerungsvorausberechnung, die das Statistische Landesamt im Juni veröffentlicht hat.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Zur Europäischen Nachhaltigkeitswoche vom 20. bis 26. September 2022: Nachhaltige Entwicklung in den Bundesländern

Die Europäische Nachhaltigkeitswoche soll die Bürgerinnen und Bürger auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals bzw. SDGs) der Vereinten Nationen aufmerksam machen.

Zu einer nachhaltigen Infrastruktur (SDG 9) zählt z. B. die Ladeinfrastruktur für Elektroautos: In Rheinland-Pfalz kommen auf 1 000 Elektroautos im Schnitt 74 Ladepunkte. Der Anteil der Elektroautos am gesamten Pkw-Bestand belief sich am 1. Januar 2022 auf 1,1 Prozent. Die Zahl der

Neuzulassungen von E-Autos nimmt allerdings deutlich zu. Die Ladepunktdichte ist in Rheinland-Pfalz relativ gering. Im Vergleich der Bundesländer weisen nur das Saarland und Hessen ähnlich niedrige Werte aus (jeweils rund 74 Ladepunkte je 1 000 Elektro-Pkw). Der Anteil der Elektro-Pkw liegt im Saarland bei einem Prozent und in Hessen bei 1,5 Prozent. Am höchsten ist die Versorgungsdichte mit 145 Ladepunkten je 1 000 Elektro-Pkw in Sachsen. Der Anteil der Elektro-Pkw liegt dort aber bei unter einem Prozent (0,7 Prozent).

Einer der Indikatoren zum Ziel der Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) zeigt den Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen: In Rheinland-Pfalz gab es für 39 Prozent der 2019 geborenen Kinder mindestens einen männ-

lichen Leistungsbezieher. In den anderen Bundesländern variiert dieser Wert zwischen 55 Prozent (Sachsen) und 32 Prozent (Saarland).



Info

Weitere Indikatoren zu den 17 SDGs stehen im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum Download bereit:

www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit

Dashboard:



Story Map:





Konjunktur in Rheinland-Pfalz im zweiten Quartal 2022

Wirtschaftsleistung sinkt im zweiten Quartal um 0,2 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2022 leicht geschrumpft. Der Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen sank gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2 Prozent. Verglichen mit dem Vorjahresquartal nahm die Wirtschaftsleistung um 6,1 Prozent zu. Das ergaben indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems.

Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete im zweiten Quartal einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 0,2 Prozent. Begünstigt wurde das Wachstum durch Erlössteigerungen der Vorleistungsgüter- und Investitionsgüter-

terproduzenten. Die Konsumgüterproduzenten erzielten dagegen geringere Umsätze als im ersten Quartal.

In den Dienstleistungsbereichen nahm die Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2 Prozent ab. Ein Grund für diese Entwicklung ist der Rückgang der preisbereinigten Handelsumsätze. Das Gastgewerbe erzielte dagegen ein deutliches Umsatzplus gegenüber dem Vorquartal.

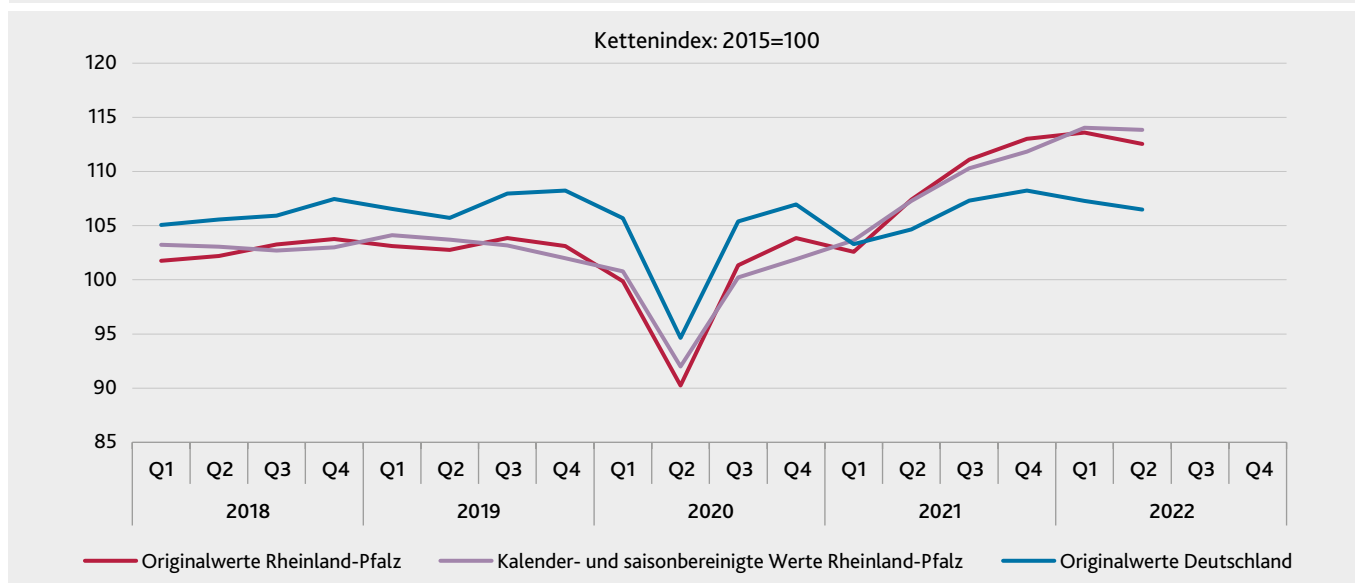
Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe schrumpfte im zweiten Vierteljahr preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,6 Prozent. Deutlich höhere Preise für Roh- und Baustoffe dürften hemmend auf die Nachfrage nach Bauleistungen gewirkt haben.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonomischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018–2022 nach Quartalen





Daten zur Konjunktur

Indikator	Q4 2021	Q1 2022	Q2 2022	Q4 2021	Q1 2022	Q2 2022
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	1,4 ↗	2,0 ↑	-0,2 ↘	9,8 ↑	10,0 ↑	6,1 ↑
Erwerbstätige	0,3 ↗	0,4 ↗	...	0,9 ↗	1,4 ↗	...
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	-5,5 ↓	2,0 ↑	-0,1 ↘	-15,0 ↓	-18,1 ↓	-11,3 ↓
Gemeldete Stellen	1,0 ↗	7,1 ↑	4,1 ↑	37,6 ↑	37,2 ↑	27,8 ↑
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	0,9	3,3	1,8	5,3	6,6	7,1
ohne Nahrungsmittel und Energie ³	0,5	0,5	1,4	3,8	3,4	3,2
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-0,1 ↘	8,8 ↑	-11,6 ↓	12,0 ↑	4,7 ↑	4,6 ↑
Betriebsaufgaben	25,1 ↑	7,3 ↑	-27,2 ↓	1,9 ↗	2,0 ↑	-4,3 ↓
Unternehmensinsolvenzen	3,5 ↑	18,8 ↑	12,2 ↑	-3,3 ↓	0,7 ↗	11,4 ↑
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	-0,1 ↘	11,5 ↑	2,9 ↑	7,8 ↑	14,2 ↑	15,4 ↑
Einfuhr	10,6 ↑	2,9 ↑	9,7 ↑	22,2 ↑	18,2 ↑	19,8 ↑
Gästeübernachtungen ⁵	-40,5 ↓	-38,7 ↓	154,4 ↑	57,5 ↑	161,7 ↑	147,4 ↑
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	3,9 ↑	-3,8 ↓	-6,9 ↓	24,0 ↑	7,4 ↑	-8,8 ↓
Inland	6,6 ↑	6,4 ↑	-11,5 ↓	30,9 ↑	26,2 ↑	-5,0 ↓
Ausland	2,3 ↑	-10,2 ↓	-3,5 ↓	20,1 ↑	-3,3 ↓	-11,2 ↓
Chemische Industrie	-3,4 ↓	-6,6 ↓	0,6 ↗	-2,2 ↓	-11,0 ↓	-10,3 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	24,8 ↑	-20,6 ↓	-15,3 ↓	76,5 ↑	7,9 ↑	-18,6 ↓
Maschinenbau	-5,2 ↓	-5,8 ↓	-6,9 ↓	17,5 ↑	-0,7 ↘	-15,8 ↓
Bauhauptgewerbe ⁶	8,0 ↑	1,7 ↗	4,2 ↑	14,3 ↑	12,6 ↑	14,6 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-0,2 ↘	-0,8 ↘	-2,6 ↓	6,2 ↑	3,9 ↑	-1,0 ↘
Chemische Industrie	-2,4 ↓	-4,5 ↓	-5,4 ↓	6,0 ↑	0,5 ↗	-8,4 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	14,0 ↑	-3,7 ↓	23,0 ↑	-11,3 ↓	-11,3 ↓	20,3 ↑
Maschinenbau	-0,6 ↘	-0,9 ↘	3,7 ↑	8,3 ↑	0,6 ↗	1,3 ↗
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	4,7 ↑	1,7 ↗	3,7 ↑	1,5 ↗	3,4 ↑	7,6 ↑
Ausbaugewerbe ⁷
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁷
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	0,4 ↗	1,1 ↗	-0,9 ↘	-0,2 ↘	0,7 ↗	-0,4 ↘
Einzelhandel	-0,1 ↘	1,4 ↗	-0,9 ↘	-1,1 ↘	1,6 ↗	0,5 ↗
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	-0,7 ↘	0,4 ↗	-6,2 ↓	-6,2 ↓	-3,6 ↓	-8,0 ↓

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. –

4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge. – 7 Aus methodischen Gründen sind zurzeit keine Angaben möglich.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen -2 und 0% (↘), -2% und mehr (↓) oder 0 (⇒).

Stand der Daten: September 2022



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2022

Der Verbraucherpreisindex lag im September 2022 um 9,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate erreichte damit erneut einen Höchstwert. Der sprunghafte Anstieg dürfte mit dem Auslaufen des „Tankrabatts“ und des 9-Euro-Tickets im Öffentlichen Personennahverkehr zusammenhängen.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Teuerungsrate hatten weiterhin die steigenden Energiepreise. Energie war um 42 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Insbesondere für Gas (einschließlich Betriebskosten) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr bezahlen als im Vorjahresmonat (+64,5 Prozent). Die Preise für Mineralölprodukte erhöhten sich ebenfalls deutlich (+41 Prozent). Die Preise für Fernwärme und für Strom legten um 24 bzw. 21 Prozent zu. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Jahresteuierungsrate bei 5,9 Prozent gelegen. Nahrungsmittel kosteten 18 Prozent

mehr als im Vorjahresmonat. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich im September auf +4,7 Prozent.

In fast allen Abteilungen lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats. Starke Preiserhöhungen gab es bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken sowie im Bereich „Verkehr“ (+17 bzw. +13 Prozent). Lediglich in der Abteilung „Post und Telekommunikation“ sank das Preisniveau (–0,4 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 1,6 Prozent. Maßgeblich hierfür waren die Preissteigerungen in der Abteilung „Verkehr“ (+8,3 Prozent). Gegenüber dem Vormonat verbilligten sich dagegen Waren und Dienstleistungen aus der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–2,8 Prozent). Ein leichter Rückgang war im Bereich „Post und Telekommunikation“ zu verzeichnen (–0,1 Prozent).

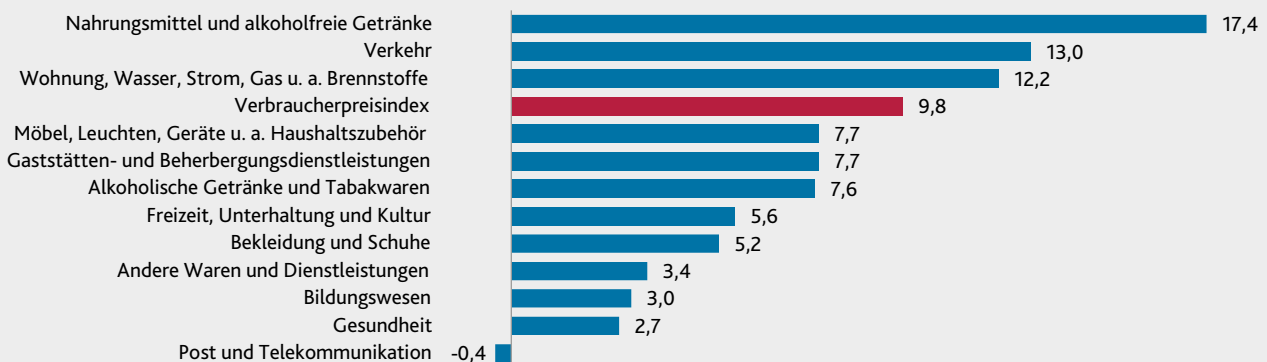
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

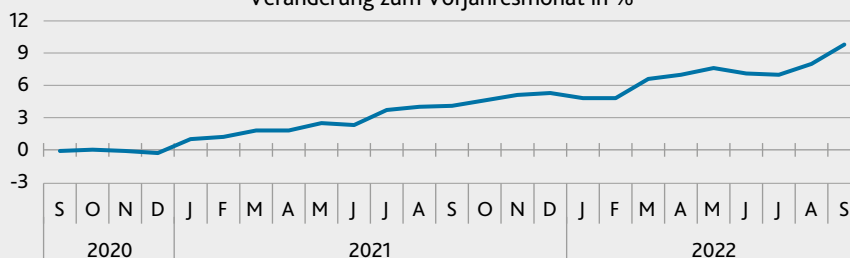
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2022

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



September 2022

Verbraucherpreisindex: +9,8%
Ausgewählte Preisentwicklungen:



Butter: +55,4%
Tomaten: –7,7%

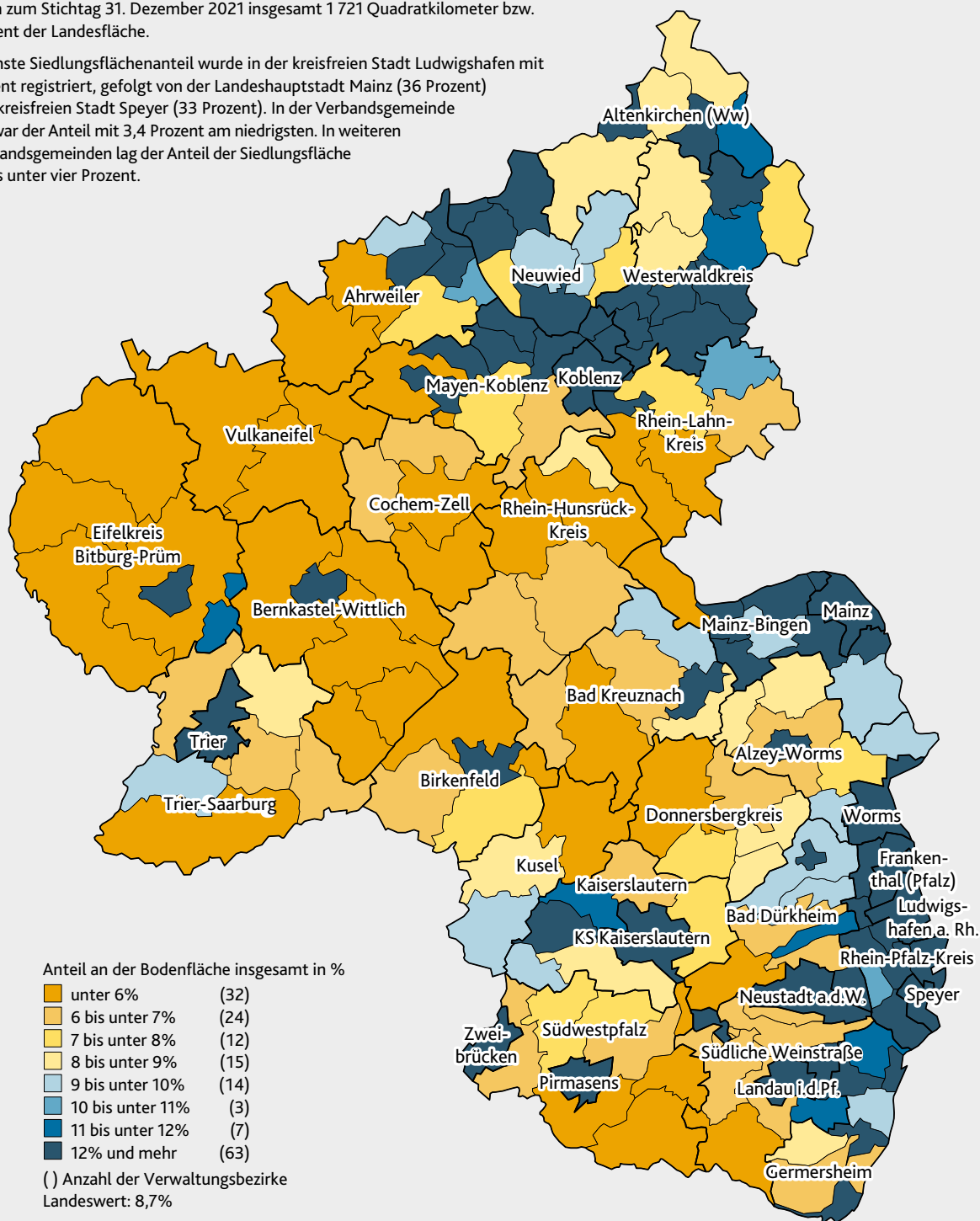


Siedlungsfläche 2021

8,7 Prozent der Landesfläche dient Siedlungszwecken

Die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz beträgt 19 858 Quadratkilometer. Auf Siedlungsflächen entfielen zum Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 1 721 Quadratkilometer bzw. 8,7 Prozent der Landesfläche.

Der höchste Siedlungsflächenanteil wurde in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen mit 46 Prozent registriert, gefolgt von der Landeshauptstadt Mainz (36 Prozent) und der kreisfreien Stadt Speyer (33 Prozent). In der Verbandsgemeinde Arzfeld war der Anteil mit 3,4 Prozent am niedrigsten. In weiteren vier Verbandsgemeinden lag der Anteil der Siedlungsfläche ebenfalls unter vier Prozent.



Private Konsumausgaben und Sparen

Starker Rückgang der Konsumausgaben und kräftiger Anstieg des Sparvolumens im Corona-Jahr 2020



Von Dr. Annette Tennstedt

Der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts wird von den privaten Haushalten für den Konsum verwendet. In den Jahren vor der Corona-Krise waren es etwa 59 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Im Corona-Jahr 2020 brachen die privaten Konsumausgaben trotz steigendem verfügbaren Einkommen ein und es kam zu deutlichen Änderungen im Konsumverhalten. Die Konsumquote sank auf einen historischen Tiefstand. Im Gegenzug stieg das Sparvolumen erheblich an und die Sparquote erreichte einen neuen Höchstwert.

Private Konsumausgaben wichtigste Komponente der Verwendungsrechnung

Drei Rechenwege für das Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) üblicherweise entstehungsseitig ermittelt und dargestellt, d. h. als Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Das gesamtwirtschaftliche Ergebnis kann aber auch aus Sicht der Einkommen (Verteilungsrechnung) oder aus Sicht der Ausgaben (Verwendungsrechnung) betrachtet werden.

Verwendungsrechnung ermittelt drei Komponenten der inländischen Verwendungsrechnung sowie den Außenbeitrag

Die Verwendungsseite zeigt die Endverwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen. Sie wird üblicherweise in drei Komponenten der inländischen Verwendungsrechnung (private und staatliche Konsumausgaben sowie Bruttoinvestitionen) und in den Außenbeitrag (Exporte minus Importe) untergliedert.

In der Länderrechnung können jedoch im Gegensatz zur Bundesrechnung aufgrund fehlender Informationen der Außenbeitrag sowie Vorratsveränderungen, die zusammen mit den Bruttoanlageinvestitionen die Bruttoinvestitionen bilden, nicht berechnet werden. Sie werden daher in den regionalen VGR zusammen mit den Nettozugängen an Wertsachen als Restposten ausgewiesen.

Die privaten Konsumausgaben sind die größte Komponente der Verwendungsrechnung und umfassen die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Diese Organisationen haben allerdings nur ein sehr geringes wirtschaftliches Gewicht. Als Konsumausgaben der privaten Haushalte werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Erfasst werden Ausgaben sowohl im In- als auch im Ausland,

Private Konsumausgaben umfassen tatsächliche und unterstellte Käufe



G1 Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 2019

Entstehung	Verteilung	Verwendung
Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche 268,7 Mrd. EUR	Empfanges Arbeitsnehmerentgelt 92,5 Mrd. EUR	Private Konsumausgaben 86,9 Mrd. EUR
	+	
	Unternehmens- und Vermögenseinkommen 32,9 Mrd. EUR	
	= Volkseinkommen 125,5 Mrd. EUR	
	+	
	Produktions- und Importabgaben an den Staat 15,6 Mrd. EUR	
-		+
Vorleistungen 136,2 Mrd. EUR	-	Konsumausgaben des Staates 35,1 Mrd. EUR
	Subventionen vom Staat 1,1 Mrd. EUR	
	= Primäreinkommen 140,0 Mrd. EUR	
	+	+
= Bruttowertschöpfung 132,5 Mrd. EUR	Abschreibungen 29,3 Mrd. EUR	Bruttoanlageinvestitionen 31,8 Mrd. EUR
	= Bruttonationaleinkommen (Inländer) 169,3 Mrd. EUR	
+	-	+
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 14,5 Mrd. EUR	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt 22,3 Mrd. EUR	Außenbeitrag, Vorratsveränderung, sonstige Restposten -6,8 Mrd. EUR
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 147,0 Mrd. EUR		

Konsum-
ausgaben ent-
halten auch
unterstellte
Ausgaben

z. B. für Miete und Energie, Lebensmittel und Getränke, Verkehr und Telekommunikation, Bekleidung, Möbel und Haushaltsgeräte, Gesundheit, Freizeit, Bildung sowie Kredit- und Versicherungsdienstleistungen. Neben den tatsächlichen Ausgaben sind auch bestimmte unterstellte Ausgaben enthalten. Dazu gehören z. B. unterstellte Mietzahlungen für eigengenutztes Wohneigentum sowie Naturalentgelte für Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter insbesondere privat genutzte Firmenwagen. Auch im eigenen Unternehmen produzierte und anschließend im privaten Haushalt der Unternehmerin bzw. des Unternehmers verbrauchte Erzeugnisse fallen unter die Konsumausgaben. Nicht dazu zählen dagegen unter anderem Vorleistungen (z. B. Ausgaben für geschäftliche Zwecke), Ausgaben für die Vermögensbildung wie der Erwerb von

Berechnungsmethodik der privaten Konsumausgaben

Die wichtigste Grundlage zur Berechnung der Konsumausgaben der privaten Haushalte ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Aus den daraus entnommenen Angaben zu Konsumausgaben und Einkommen je Haushalt nach Einkommensgrößenklassen verknüpft mit der Anzahl der Haushalte aus dem Mikrozensus werden länderspezifische Konsumquoten berechnet und an das verfügbare Einkommen angelegt. Anschließend werden die so errechneten Länderwerte auf den Bundeswert „koordiniert“, d. h. die Differenz zwischen der Ländersumme und dem Bundeswert wird proportional auf die Länder verteilt.

Für die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wird der Bundeswert mangels anderer Informationen anhand der Bevölkerung auf die Länder verteilt.

Die Berechnung der privaten Konsumausgaben erfolgt nur auf Länder- und nicht auf Kreisebene, da für regional tiefer gegliederte Ergebnisse keine ausreichenden Informationen vorliegen.

Grundstücken und Gebäuden oder der Kauf von Wertpapieren sowie die Geldanlage in Wertsachen (z. B. Schmuck, Kunstgegenstände oder Antiquitäten).

Private Konsumausgaben enthalten auch Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck – das sind z. B. Gewerkschaften, politische Parteien, Kirchen, Sport- und sonstige Vereine – bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu zählen der Wert der von diesen Organisatio-

nen produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.¹

Wie alle Aggregate der VGR werden auch die privaten Konsumausgaben als Summe dargestellt, hinter der sich eine Vielzahl von individuellen Konsumententscheidungen und unterschiedlich hohen Ausgaben verbirgt und die in starkem Maß abhängig ist von den verfügbaren Einkommen. Die Konsumausgaben je Einwohnerin und Einwohner geben keinen Rückschluss auf die personelle Konsumverteilung. Sie werden – ebenso wie die Einkommen – in erheblichem Ausmaß durch das soziodemografische Gefüge der Bevölkerung in der jeweiligen Gebietseinheit bestimmt.

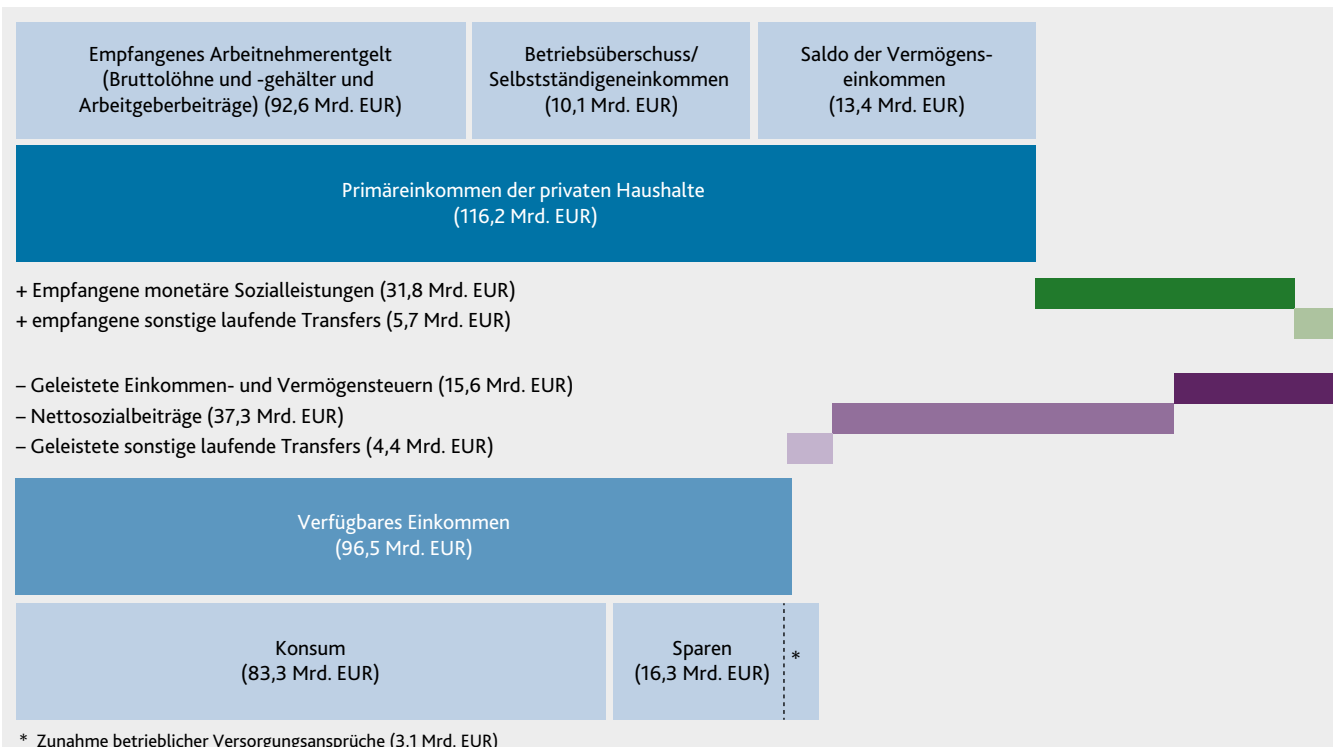
Ausgangspunkt für die Berechnung der privaten Konsumausgaben ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das den Haushalten in einer Region für Konsumzwecke und zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Es ergibt sich aus dem Primäreinkommen abzüglich der geleisteten laufenden Transfers zuzüglich der empfangenen laufenden Transfers. Das Primäreinkommen wiederum setzt sich aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen zusammen. Zu den geleisteten laufenden Transfers gehören insbesondere die direkten Steuern und die Sozialbeiträge. Den größten Anteil an den empfangenen

Private Konsumausgaben werden ausgehend vom verfügbaren Einkommen berechnet

¹ Zur Vereinfachung sind im Folgenden – soweit nicht explizit davon abgewichen wird – mit den privaten Haushalten immer auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gemeint.



G2 Einkommensumverteilung und -verwendung der privaten Haushalte 2020



laufenden Transfers haben die monetären Sozialleistungen, insbesondere die Geldleistungen der Rentenversicherung. Weiterhin zählen dazu z. B. Leistungen von Schadensversicherungen, Wohngeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopfersorge.

Konsumausgaben 2020 von Corona-Pandemie geprägt

Insgesamt
83,3 Milliarden
Euro für
Konsumzwecke

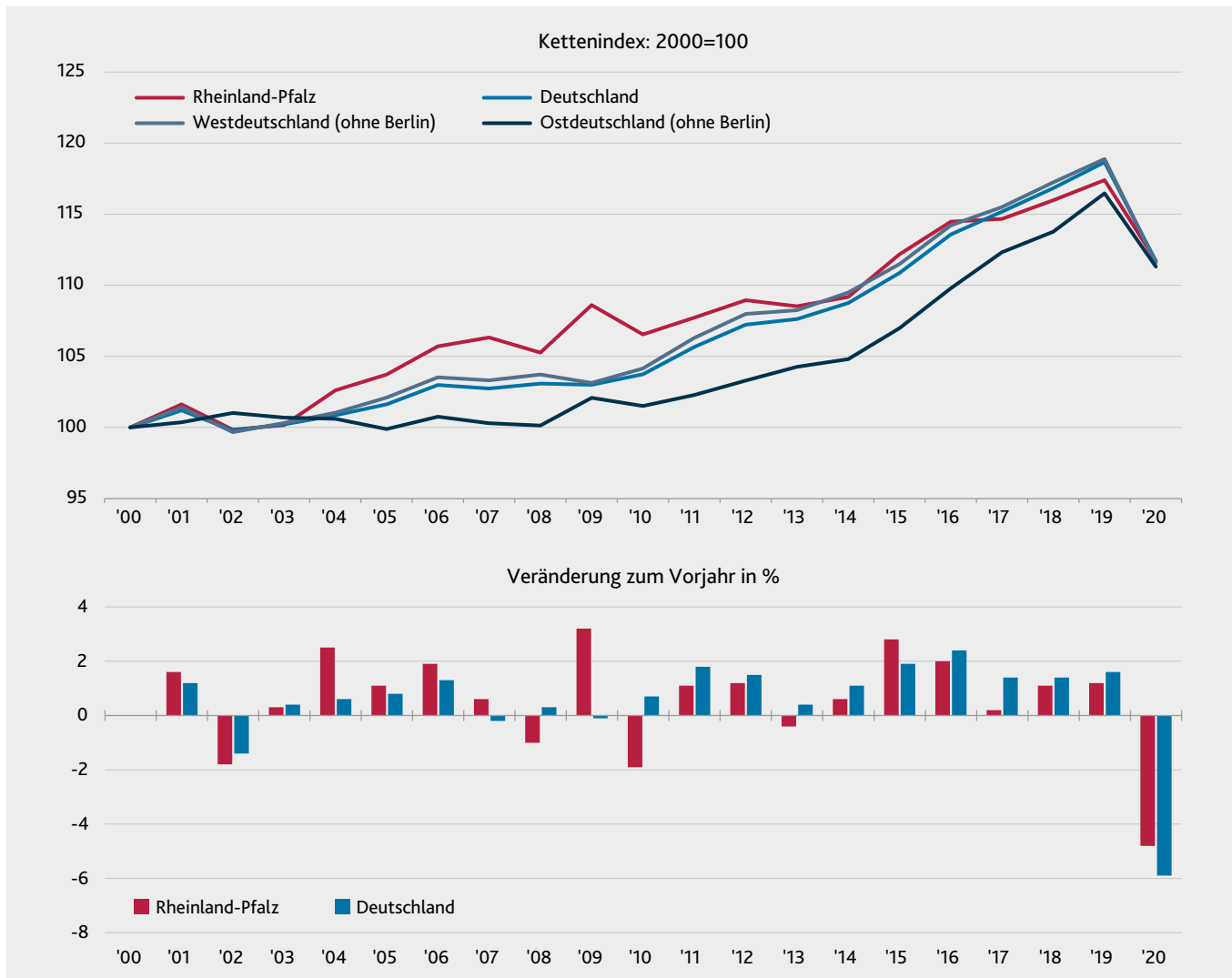
Im Jahr 2020 gaben die rheinland-pfälzischen privaten Haushalte 83,3 Milliarden Euro für Konsumzwecke aus. Das waren 3,6 Milliarden Euro bzw. 4,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Da die Inflationsrate 2020 mit 0,6 Prozent noch auf einem sehr niedrigen Niveau lag, fiel der preisbereinigte Rückgang mit –4,8 Prozent nur etwas stärker aus. Im Bundesdurchschnitt sanken die privaten Konsumausgaben mit –5,9 Prozent stärker als in Rheinland-Pfalz. Die Spanne

reichte im Jahr 2020 von –3,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis –6,8 Prozent in Baden-Württemberg. Dies ist der mit Abstand größte Einbruch der privaten Konsumausgaben in den letzten 30 Jahren, für die vergleichbare Zahlen vorliegen. In Rheinland-Pfalz übertrifft der Einbruch des privaten Konsums sogar den Rückgang der Wirtschaftsleistung (–4 Prozent).

Konsumausgaben
sanken
2020 stärker
als das BIP

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 sank das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt mit –5 Prozent zwar stärker als im Corona-Jahr 2020. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkten damals jedoch stabilisierend. Sie stiegen 2009 sogar um 3,2 Prozent. Allerdings wurde bereits 2008 ein Rückgang um ein und 2010 erneut ein Rückgang um 1,9 Prozent verzeichnet, während bundesweit leichte Zuwächse zu beobachten waren.

G3 Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt, verkettet) 2000 bis 2020



Deutliche Änderungen im Konsumverhalten aufgrund der Corona-Maßnahmen

Die Entwicklung 2020 wurde maßgeblich von der Corona-Pandemie geprägt. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie Verhaltensänderungen zum Schutz vor Ansteckung haben das Konsumverhalten deutlich beeinflusst. Ergebnisse der nationalen VGR nach Verwendungszweck der Ausgaben im Inland zeigen, dass die Ausgaben für Beherbergung und Gaststätten bundesweit am stärksten einbrachen (preisbereinigt: -34 Prozent). Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie für

Bekleidung und Schuhe gingen um 15 bzw. 14 Prozent zurück. Alle drei Bereiche waren in besonderem Ausmaß von den Lockdowns betroffen, die angeordnet wurden. Auch im Bereich Verkehr wurde wesentlich weniger ausgegeben (-9,4 Prozent).

Gleichzeitig führten die Lockdowns, vermehrtes Homeoffice sowie Vorratskäufe dazu, dass die Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke zulegten (Nahrungsmittel und Getränke +3,6 Prozent, alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen +1,8 Pro-

In einigen Bereichen steigen die Konsumausgaben



Mehrwert-
steuersenkung
führte zu Vor-
zieheffekten

zent). Eine höhere Nachfrage war auch im Bereich Einrichtung (+4,5 Prozent) bzw. generell bei langlebigen Gebrauchsgütern zu beobachten (+0,9 Prozent). Zum einen verbrachten die Menschen mehr Zeit zuhause als sonst und nutzten dies für Haus-, Garten- und Renovierungsarbeiten. Zum anderen dürfte die Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020 zu Vorzieheffekten bei größeren Anschaffungen beigetragen haben.

In Rheinland-Pfalz sind die privaten Konsumausgaben seit 2000 überwiegend gestiegen. Lediglich in fünf Jahren gingen sie preisbereinigt zurück (2002, 2008, 2010, 2013 und 2020). Insgesamt erhöhten sich die Konsumausgaben in diesem Zeitraum um zwölf Prozent (Deutschland: ebenfalls +12 Prozent).

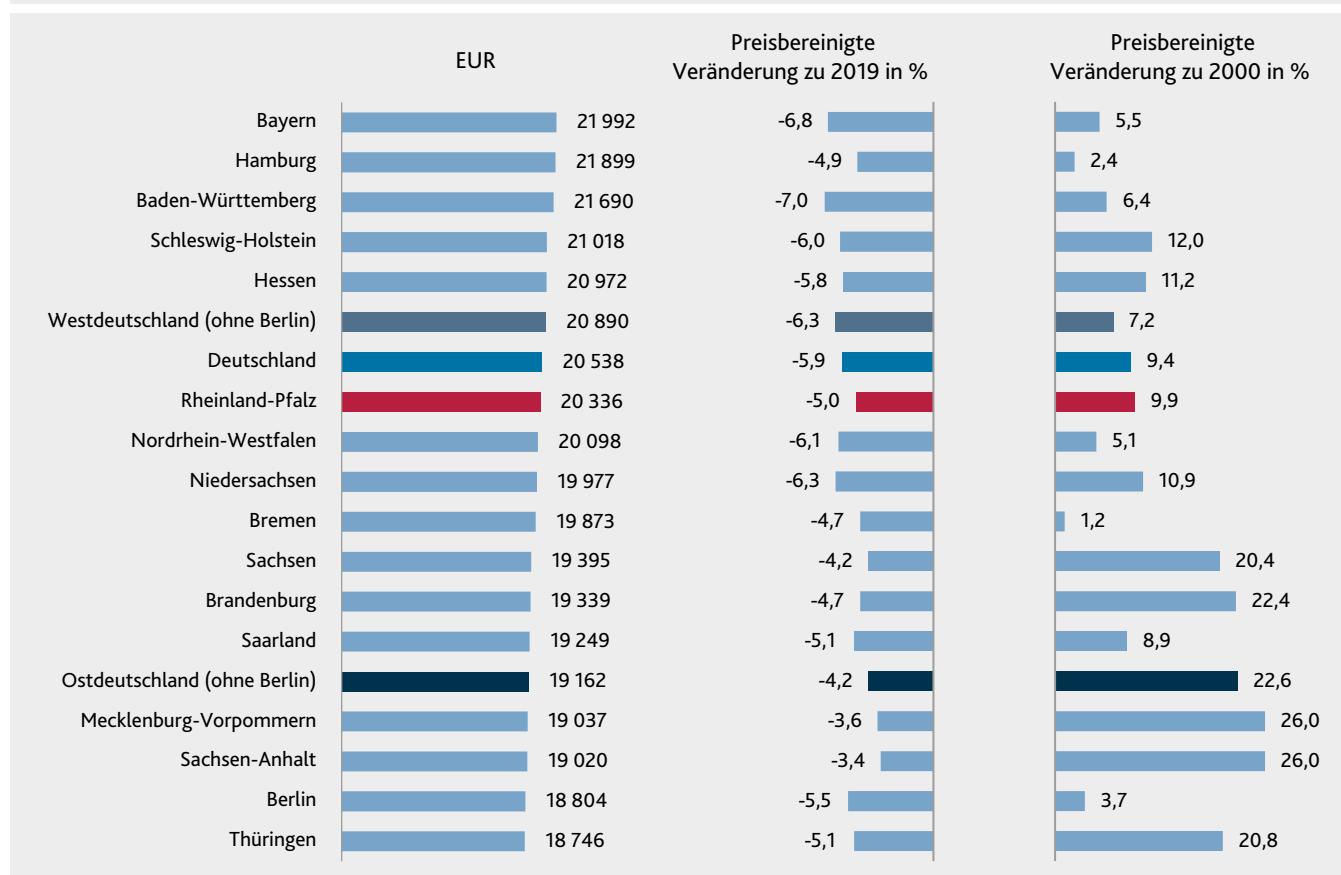
Vergleicht man die Entwicklung der Konsumausgaben in jeweiligen Preisen mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens, so zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen den beiden Größen. Bis 2019 verlief die Entwicklung sehr ähnlich. Während das verfügbare Einkommen um 51 Prozent zulegte, erhöhten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 48 Prozent. Im Corona-Jahr 2020 entwickelten sich die beiden Aggregate erstmals völlig unterschiedlich.

Enger
Zusammen-
hang zwischen
Entwicklung
des verfügba-
ren Einkom-
mens und der
privaten Kon-
sumausgaben

Private Konsumausgaben pro Kopf im Bundesvergleich im Mittelfeld

Die privaten Konsumausgaben je Einwohnerin und Einwohner beliefen sich 2020 auf 20 336 Euro. Im Vergleich der Bundesländer

G4 Konsumausgaben der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2020 nach Bundesländern





Private Konsumausgaben je Einwohnerin und Einwohner betragen gut 20 300 Euro

liegt Rheinland-Pfalz damit im vorderen Mittelfeld und nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 20 538 Euro. Den höchsten Wert weist Bayern auf (21 992 Euro), dicht gefolgt von Hamburg und Baden-Württemberg. Wesentlich geringer sind die Konsumausgaben je Kopf in den ostdeutschen Ländern sowie in Berlin und im Saarland. Je Einwohnerin und Einwohner wurden in Ostdeutschland ohne Berlin 19 162 Euro für Konsumzwecke ausgegeben. Das sind 93 Prozent des Bundesdurchschnitts. Hier zeigt sich, dass es noch immer ein Gefälle zwischen Ost und West gibt. Allerdings stiegen die Konsumausgaben pro Kopf in den ostdeutschen Ländern im Durchschnitt in fast allen Jahren stärker als in den westdeutschen Ländern. Im Vergleich zu 2000 gaben die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 2020 pro Kopf preisbereinigt 9,9 Prozent mehr für Konsumzwecke aus (Deutschland: +9,4 Prozent). In Westdeutschland ohne Berlin betrug die Zunahme 7,2 Prozent und in Ostdeutschland ohne Berlin 23 Prozent.

Private Konsumausgaben je Einwohnerin und Einwohner sinken 2020 um fünf Prozent

Gegenüber 2019 sanken die privaten Konsumausgaben der rheinland-pfälzischen Haushalte je Einwohnerin und Einwohner in jeweiligen Preisen um 920 Euro bzw. 4,3 Prozent. Preisbereinigt betrug der Rückgang fünf Prozent. Auch im Jahr 2020 war die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern mit einem Minus von 4,2 Prozent besser als in den westdeutschen Ländern (–6,3 Prozent).

Starker Rückgang der Konsumquote

Mehr als die Hälfte des BIP wird für den privaten Konsum verwendet

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind quantitativ die bedeutendste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz 58 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Konsumzwecke verwendet.

Im Durchschnitt der 16 Länder wurden 51 Prozent der Wirtschaftsleistung für den Konsum verwendet. Die Spanne reichte von 34 Prozent in Hamburg bis 66 Prozent in Sachsen-Anhalt, wobei der Konsumanteil in allen ostdeutschen Ländern weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt.

Im Vergleich zu 2019 sank der Anteil des Konsums am Bruttoinlandsprodukt um einen Prozentpunkt. Langfristig zeigt sich tendenziell eine Zunahme des Konsumanteils von 58 Prozent Anfang der 1990er-Jahre auf 65 Prozent im Jahr 2005. Seitdem sinkt der Anteil wieder. Lediglich 2009 während der Finanz- und Wirtschaftskrise kletterte der Konsumanteil kurzfristig auf 67 Prozent. Dies war auf den starken Einbruch der Wirtschaftsleistung bei gleichzeitig steigendem Konsum zurückzuführen.

Die Konsumquote, also die privaten Konsumausgaben bezogen auf das verfügbare Einkommen, betrug 2020 nur noch 86 Prozent. Das ist der niedrigste Wert in den gut 30 Jahren, für die es vergleichbare Zahlen gibt. Die Konsumquote war in Rheinland-Pfalz etwa genauso hoch wie in Deutschland (ebenfalls 86 Prozent). In den ostdeutschen Ländern (89 Prozent) ist sie im Durchschnitt höher als in den westdeutschen Ländern (86 Prozent), obwohl die Konsumausgaben je Einwohner niedriger sind. Dies ist auf das in Ostdeutschland wesentlich niedrigere Pro-Kopf-Einkommen zurückzuführen.

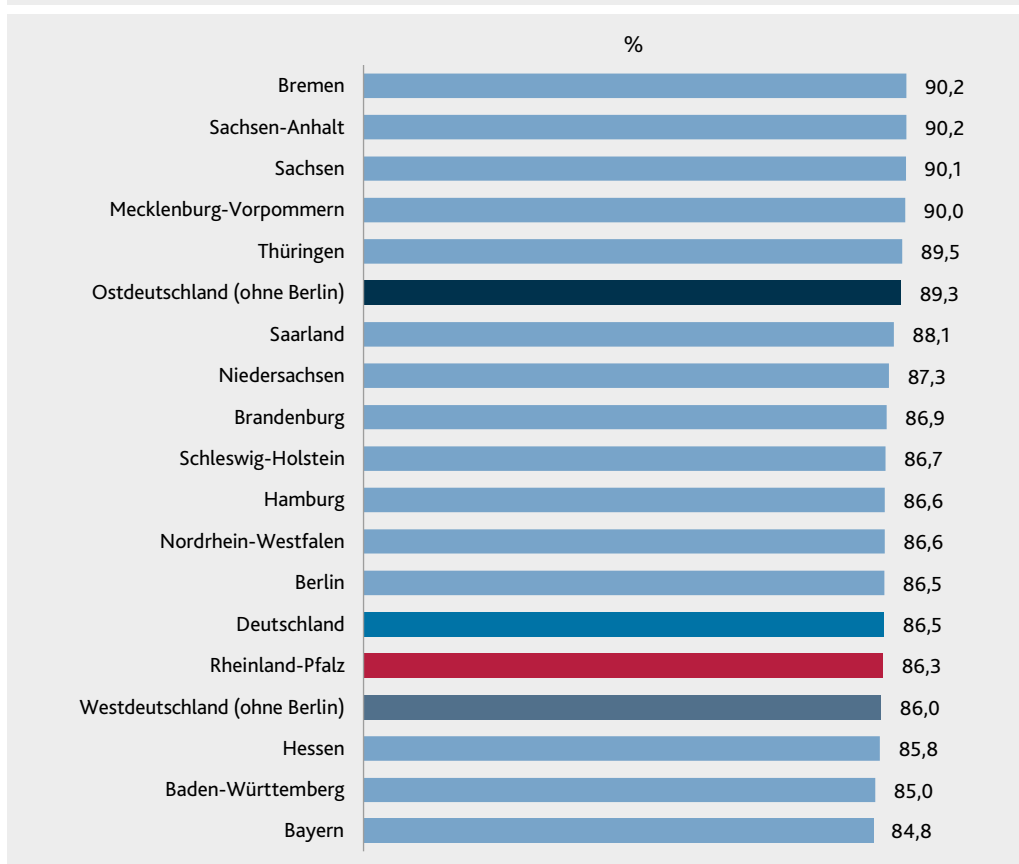
Zu dem starken Rückgang der Konsumquote 2020 um 5,2 Prozentpunkte hat auch die Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte beigetragen (+1,6 Prozent). Zwar sank ihr Primäreinkommen aufgrund der Corona-Pandemie (–1,2 Prozent); vor allem der Saldo der Vermögenseinkommen ging kräftig zurück. Allerdings stiegen die

Konsumanteil sinkt 2020 um einen Prozentpunkt

Konsumquote erreicht mit 86 Prozent neuen Tiefstand

Verfügbares Einkommen steigt 2020 aufgrund steigender monetärer Sozialleistungen

G5 Konsumquote 2020 nach Bundesländern



monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte deutlich (+7,6 Prozent). Darunter fallen z. B. die erheblichen zusätzlichen Zahlungen des Staates an die privaten Haushalte für das Kurzarbeitergeld, aber auch die höheren Zahlungen für Arbeitslosen- und Kindergeld im Rahmen der Sozialschutzpakete und die Zahlungen für den Kinderbonus.

Sparquote erreicht im ersten Corona-Jahr Rekordwert

Unter Sparen versteht man in den VGR den Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, wobei das Sparen und das verfügbare Einkommen jeweils um die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche zu erhöhen sind. Bei letzterem handelt

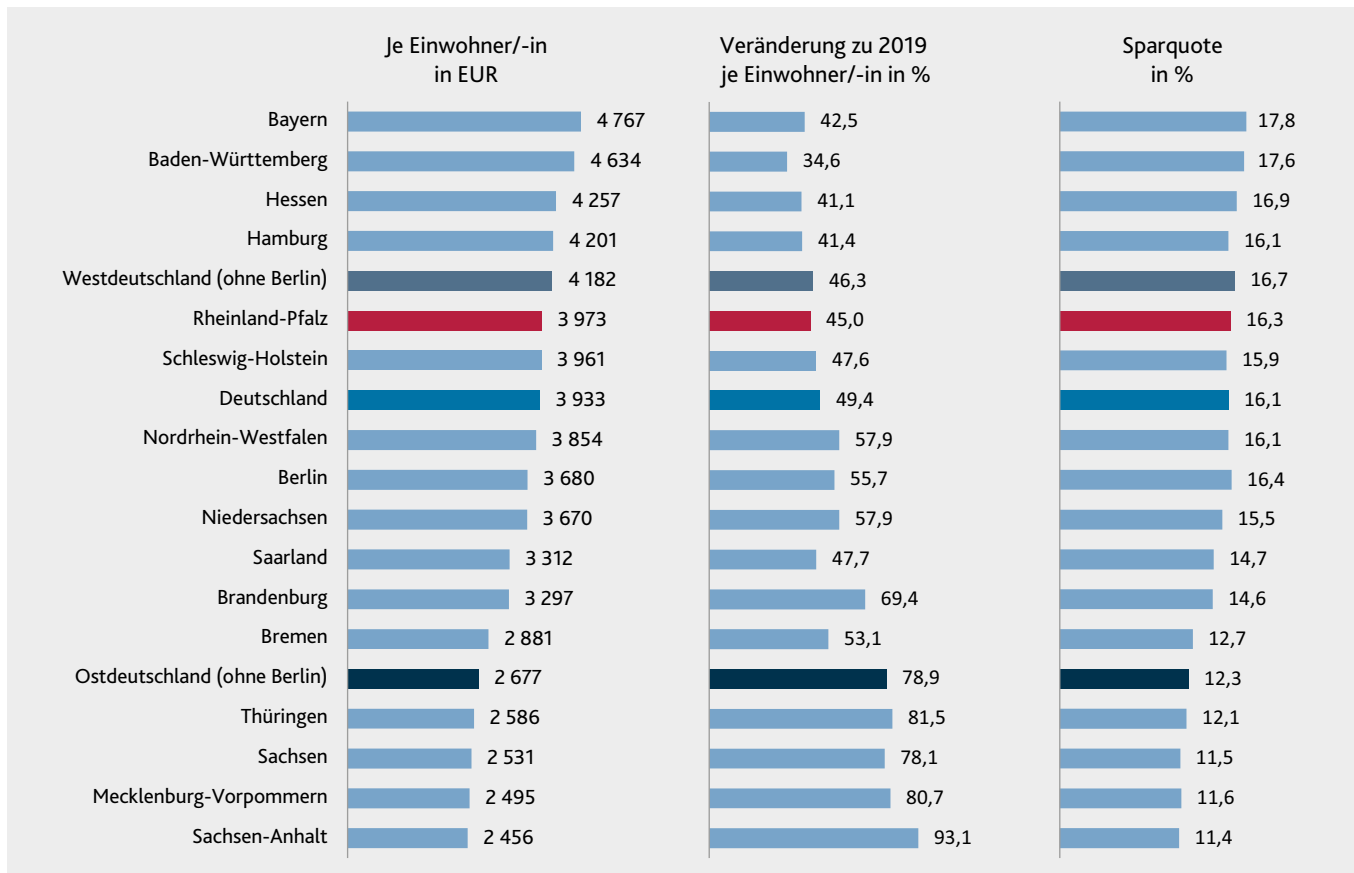
es sich um die Veränderung der Alterssicherungsansprüche, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Das Sparen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz erreichte 2020 aufgrund des starken Rückgangs der Konsumausgaben bei gleichzeitig steigendem verfügbaren Einkommen mit 16,3 Milliarden Euro ein Rekordvolumen. Es erhöhte sich im ersten Corona-Jahr in jeweiligen Preisen um 45 Prozent (Deutschland: +50 Prozent). Je Einwohnerin und Einwohner wurden in Rheinland-Pfalz 3 973 Euro zur Seite gelegt. Das waren 40 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen West-

Sparen steigt
2020 um
45 Prozent



G6 Sparen der privaten Haushalte 2020 nach Bundesländern



und Ostdeutschland: Im Westen betrug das Sparvolumen pro Kopf 4 182 Euro, im Osten lediglich 2 677 Euro.

Sparquote liegt knapp über dem Bundesdurchschnitt

Die Sparquote stieg in Rheinland-Pfalz auf 16,3 Prozent und damit ebenfalls auf einen neuen Höchstwert. Im Bundesdurchschnitt wurden 16,1 Prozent gespart. In Westdeutschland ohne Berlin belief sich die Sparquote auf 16,7 Prozent und in Ostdeutschland auf 12,1 Prozent. Dort wird ein größerer Teil des – im Ländervergleich relativ niedrigeren – verfügbaren Einkommens konsumiert.

Ausblick

Die Corona-Pandemie hatte 2020 erhebliche Auswirkungen auf die privaten Kon-

sumausgaben. Sie wird sich auch in den Ergebnissen für 2021 widerspiegeln, allerdings weniger stark. Im Bundesdurchschnitt gaben die privaten Haushalte nach vorläufigen Berechnungen gegenüber 2020 preisbereinigt 0,3 Prozent mehr für Konsumzwecke aus. Nach Verwendungszwecken ergaben sich im Vergleich zu 2020 wesentlich geringeren Änderungen. Die bundesweite Konsumquote erhöhte sich 2021 um 1,1 Prozentpunkte, während die Sparquote in gleichem Ausmaß zurückging.

Bundesweit 2021 leichte Zunahme der privaten Konsumausgaben

Dr. Annette Tennstedt leitet das Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.



Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die in diesem Beitrag dargestellten Jahresergebnisse zu den privaten Konsumausgaben, zum Sparen und zum verfügbaren Einkommen sind auf den Berechnungsstand November 2021 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt und in der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises Reihe 1 Band 5 veröffentlicht.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.



Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Ergebnisse der Projektion bis 2040 auf der Kreisebene

Von Dr. Martin Jacobs und Dr. Andrea Weitzel

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Juni 2022 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt.¹ Die August-Ausgabe der Statistischen Monatshefte enthält die Ergebnisse der Projektion auf der Landesebene bis 2040. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse auf der Kreisebene dargestellt.

Der Zweck von Bevölkerungsvorausberechnungen besteht darin, auf der Grundlage heute verfügbarer Erkenntnisse zukünftige Entwicklungen der Bevölkerungszahl und -struktur aufzuzeigen und die Auswirkungen dieser Entwicklungen zu analysieren. Es geht nicht darum, die Bevölkerungszahl für ein bestimmtes Jahr exakt „vorauszusagen“. Vielmehr sollen Entwicklungstendenzen dargelegt werden, die sich bei Eintreffen bestimmter Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo ergeben.

Ergebnisse auf
Kreisebene
nur für die
Projektion

Bei der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2020 wurden eine Projektion und zwei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung gerechnet, die sich nur hinsichtlich des Wanderungsgeschehens unterscheiden. Für die Kreisebene, die in diesem Beitrag behandelt wird, liegen nur die Ergebnisse der Projektion vor, während sich die beiden Modellvarianten auf die Landesebene beschränken.

¹ Vgl. Statistisches Landesamt: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020). Bad Ems 2022.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Projektion für die kreisfreien Städte und Landkreise in der mittleren Frist bis 2040 vorgestellt.

Regionale Bevölkerungsentwicklung

Landesweit ist unter den Annahmen der Projektion der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2040 mit einem Anstieg der Bevölkerungszahl von 4,098 Millionen auf 4,168 Millionen Menschen zu rechnen (+1,7 Prozent). Die kreisfreien Städte haben ein Plus von 31 200 Personen bzw. 2,9 Prozent zu erwarten. Sie wachsen damit relativ stärker als die Landkreise, für die eine Steigerung um 38 500 Personen bzw. 1,3 Prozent vorausberechnet wird.

Bevölkerung
wächst in den
kreisfreien
Städten stärker
als in den
Landkreisen

Nach den Ergebnissen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise werden in zwei Drittel der 36 Verwaltungsbezirke 2040 mehr Menschen leben als im Basisjahr 2020. Für zwölf Einheiten – drei kreisfreie Städte und neun Landkreise – errechnet sich hingegen ein Bevölkerungsrückgang.

Rückgang der
Einwohnerzahl
bis 2040 in
jedem dritten
Verwaltungs-
bezirk



Kreisfreie
Städte:
Größtes Plus in
Ludwigshafen,
stärkster Verlust
in Pirmasens

Ein Bevölkerungswachstum von mehr als fünf Prozent bis 2040 wird für drei kreisfreie Städte vorausberechnet. Das größte Plus hat Ludwigshafen zu erwarten (+7 Prozent). Dahinter folgen die Landeshauptstadt Mainz

(+5,7 Prozent) und Frankenthal (+5,1 Prozent). Neben diesen drei Städten errechnen sich auch für Worms (+2,9 Prozent), Landau (+2,6 Prozent) und Trier (+1,8 Prozent) Bevölkerungszuwächse, die stärker ausfallen als

Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung

Bei der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2020 wurden eine Projektion und zwei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung gerechnet.

Modellannahmen bis 2040 (bezogen auf Rheinland-Pfalz):

- Die Geburtenrate steigt in der Projektion und in den beiden Modellvarianten von 1,57 Kindern je Frau (2020) bis 2025 auf 1,6 Kinder je Frau und bleibt danach konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt in der Projektion und in den beiden Modellvarianten – im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2018/20 – mittelfristig bei Frauen von 83,2 auf 84,9 Jahre und bei Männern von 78,8 auf 81,7 Jahre zu.

Zum zukünftigen landesweiten Wanderungsgeschehen werden unterschiedliche Annahmen getroffen:

- **Projektion:** Ausgehend von etwa 17 300 Personen im Jahr 2020 steigt der jährliche Wanderungsüberschuss bis 2025 auf 20 000 Personen und verbleibt bis 2030 auf diesem Niveau. Danach sinkt der jährliche Wanderungsgewinn auf den Durchschnitt der Jahre 1951 bis 2020 von 15 000 Personen.

■ **Modellvariante A:** Der jährliche Wanderungsüberschuss reduziert sich bis 2025 auf null. Ab 2025 wird eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt.

■ **Modellvariante B:** Der künftige Verlauf des Wanderungssaldos wurde so gewählt, dass sich über den gesamten Vorausrechnungszeitraum eine in etwa konstante Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt.

Die Ergebnisse der beiden Modellvarianten sind nicht auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise verfügbar. Es handelt sich um zwei Referenzvarianten zur Projektion, die nur für die Landesebene konzipiert wurden.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt der „Ceteris-paribus-Ansatz“ zugrunde. Das bedeutet, dass für die kreis-, alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugsziffern das arithmetische Mittel über den Stützzeitraum von 2011 bis 2020 berechnet wird. Dabei sind die Jahre 2015 und 2016, die durch ein extremes Außen- und Binnenwanderungsgeschehen gekennzeichnet waren, nicht berücksichtigt worden.



Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung

Die sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2020. Deshalb wird das Jahr 2020 als „Basisjahr“ und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung“ bezeichnet. Die bei der Vorausberechnung angewandte Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbesowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das erste Vorausberechnungsjahr ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das nächste Altersjahr vor. Die berechneten Lebendgeborenen bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Vorausberechnungsjahres.

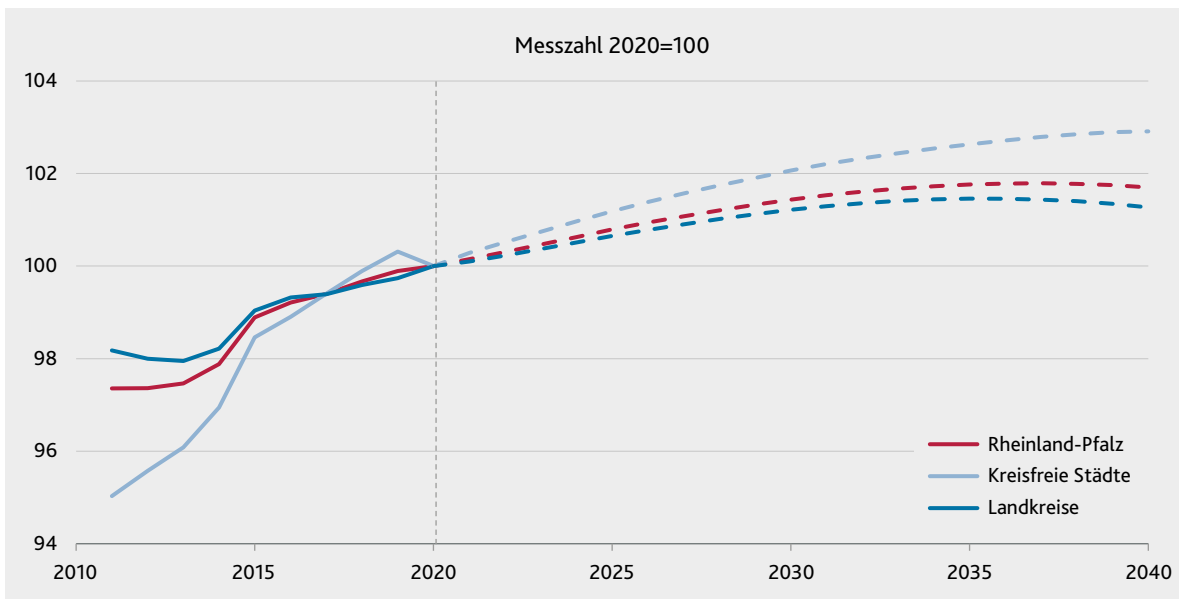
Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölke-

rungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Bei den Zielgebieten wird zwischen den Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) und den Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) unterschieden. Dabei werden die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet und Fortzügen in das Ausland.

Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage für die Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze hinzuaddiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2070 und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

G1 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2011–2040



der landesweite Mittelwert von +1,7 Prozent. Drei weitere kreisfreie Städte – Speyer (+1,4 Prozent), Neustadt (+1 Prozent) und Koblenz (+0,7 Prozent) – können nach den Ergebnissen der Projektion ebenfalls mit einem Wachstum ihrer Einwohnerzahl rechnen, welches aber hinter dem Landesdurchschnitt zurückbleibt. In drei pfälzischen kreisfreien Städten nimmt die Bevölkerung bis 2040 ab. Der mit Abstand stärkste Rückgang ergibt sich in Pirmasens (–5,6 Prozent). Daneben werden der Vorausberechnung zufolge 2040 auch in Zweibrücken (–2,7 Prozent) und in Kaiserslautern (–0,2 Prozent) weniger Menschen leben.

Landkreise:
Nur im Rhein-
Pfalz-Kreis
mehr als
fünf Prozent
Zuwachs

Unter den Landkreisen verzeichnen drei Kreise, die jeweils an ein Oberzentrum mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsentwicklung grenzen, die stärksten Einwohnerzuwächse. Auf dem Spitzenplatz steht der Rhein-Pfalz-Kreis, der an Ludwigshafen grenzt (+5,4 Prozent). Er ist der einzige Landkreis, für den bis 2040 eine Bevölkerungszunahme um mehr als fünf Prozent voraus-

berechnet wird. Steigerungen knapp unter fünf Prozent können die Landkreise Trier-Saarburg und Mainz-Bingen erwarten (+4,9 bzw. +4,7 Prozent). Dicht dahinter folgen auf den Plätzen vier und fünf der Eifelkreis Bitburg-Prüm und der Landkreis Alzey-Worms (+4,6 bzw. +4,5 Prozent). Neben dieser Spitzengruppe wird auch für die Landkreise Germersheim (+3,8 Prozent), Ahrweiler (+2,6 Prozent) und Südliche Weinstraße (+2,2 Prozent) ein Bevölkerungswachstum oberhalb des Landesmittelwerts vorausberechnet.

Für sieben Landkreise ergibt sich aus den Berechnungsergebnissen ein geringer Einwohnerzuwachs unter dem landesweiten Durchschnitt. In neun Landkreisen geht die Bevölkerung bis 2040 zurück. Den größten Verlust hat der Landkreis Südwestpfalz zu gewärtigen (–5 Prozent), gefolgt von den Kreisen Kusel (–4,2 Prozent) und Birkenfeld (–3,5 Prozent). Auch in einigen ländlich geprägten Kreisen im Norden von Rheinland-Pfalz sinkt die Bevölkerungszahl bis

Landkreise:
Größter Bevöl-
kerungsrück-
gang im Kreis
Südwestpfalz



T1 Bevölkerung 2020–2040 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2020	2025	2030	2035	2040	
	Anzahl					Veränderung zu 2020 in %
Frankenthal (Pfalz), St.	48 750	49 650	50 383	50 911	51 235	5,1
Kaiserslautern, St.	99 662	99 700	99 756	99 708	99 503	-0,2
Koblenz, St.	113 388	113 980	114 088	114 099	114 146	0,7
Landau i. d. Pfalz, St.	46 685	47 053	47 420	47 720	47 903	2,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	172 557	177 142	180 675	183 091	184 566	7,0
Mainz, St.	217 123	221 747	224 990	227 456	229 396	5,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	53 306	53 602	53 769	53 881	53 856	1,0
Pirmasens, St.	40 176	39 460	38 849	38 357	37 936	-5,6
Speyer, St.	50 741	50 993	51 300	51 444	51 460	1,4
Trier, St.	110 674	111 693	112 589	112 912	112 687	1,8
Worms, St.	83 459	84 471	85 310	85 821	85 917	2,9
Zweibrücken, St.	34 001	33 725	33 505	33 299	33 088	-2,7
Ahrweiler	130 479	130 623	132 292	133 350	133 807	2,6
Altenkirchen (Ww.)	129 087	128 564	128 045	127 419	126 614	-1,9
Alzey-Worms	130 715	132 944	134 995	136 245	136 534	4,5
Bad Dürkheim	133 004	133 870	134 559	134 863	134 677	1,3
Bad Kreuznach	158 746	159 953	160 853	161 197	160 899	1,4
Bernkastel-Wittlich	112 685	113 211	113 766	113 984	113 588	0,8
Birkenfeld	80 830	80 044	79 424	78 812	78 010	-3,5
Cochem-Zell	61 578	61 279	61 049	60 779	60 378	-1,9
Donnersbergkreis	75 539	75 469	75 447	75 291	74 893	-0,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100 055	101 788	103 338	104 343	104 649	4,6
Germersheim	129 006	131 158	132 709	133 666	133 961	3,8
Kaiserslautern	106 320	107 025	107 515	107 608	107 076	0,7
Kusel	70 105	69 386	68 760	68 069	67 182	-4,2
Mainz-Bingen	211 525	215 449	218 577	220 578	221 390	4,7
Mayen-Koblenz	214 786	216 171	217 262	217 745	217 334	1,2
Neuwied	183 131	183 861	184 383	184 595	184 255	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	103 401	103 411	103 509	103 286	102 580	-0,8
Rhein-Lahn-Kreis	122 574	122 334	122 023	121 600	120 936	-1,3
Rhein-Pfalz-Kreis	154 754	157 975	160 526	162 247	163 047	5,4
Südliche Weinstraße	110 783	111 956	112 905	113 391	113 269	2,2
Südwestpfalz	94 912	93 718	92 550	91 412	90 148	-5,0
Trier-Saarburg	150 533	153 425	155 786	157 305	157 900	4,9
Vulkaneifel	60 491	59 972	59 529	59 062	58 497	-3,3
Westerwaldkreis	202 830	203 995	204 864	205 170	204 706	0,9
Rheinland-Pfalz	4 098 391	4 130 797	4 157 300	4 170 716	4 168 023	1,7
kreisfreie Städte	1 070 522	1 083 216	1 092 634	1 098 699	1 101 693	2,9
Landkreise	3 027 869	3 047 581	3 064 666	3 072 017	3 066 330	1,3
Mittelrhein-Westerwald	1 261 254	1 264 218	1 267 515	1 268 043	1 264 756	0,3
Rheinhausen-Nahe	882 398	894 608	904 149	910 109	912 146	3,4
Rhein-Neckar ¹	899 586	913 399	924 246	931 214	933 974	3,8
Trier	534 438	540 089	545 008	547 606	547 321	2,4
Westpfalz	520 715	518 483	516 382	513 744	509 826	-2,1

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate steigt bis 2025 von 1,57 auf 1,6 Kinder je Frau, danach bis 2040 konstant. Lebenserwartung steigt bis 2040 für Frauen von 83,2 auf 84,9 Jahre und für Männer von 78,8 auf 81,7 Jahre.

Wanderungssaldo steigt bis 2025 von +17 300 Personen in der Projektion auf +20 000 Personen; von 2030 bis 2040 Rückgang auf +15 000 Personen.

Gebietsstand: 1. Januar 2022

2040. Hierunter fallen die Landkreise Vulkaneifel (–3,3 Prozent), Cochem-Zell und Altenkirchen (jeweils –1,9 Prozent).

Geografische Struktur der Bevölkerungsentwicklung

Südliche Rheinschiene und Grenzgebiet zu Luxemburg mit überdurchschnittlicher Entwicklung

Insgesamt weist die Verteilung der Bevölkerungsentwicklung im Land eine klare geografische Struktur auf. Die Verwaltungsbezirke mit einer überdurchschnittlichen demografischen Entwicklungsperspektive bilden zusammenhängende Gebiete. Der günstige Ausblick für die dortige Einwohnerentwicklung dürfte mit ihrer Lage in oder in der Nähe von wirtschaftlich dynamischen Räumen in Zusammenhang stehen. Das größte dieser Gebiete umfasst die südliche Rheinschiene mit dem rheinland-pfälzischen Teil des Rhein-Main-Gebiets sowie weiten Bereichen vom rheinland-pfälzischen Teil der Rhein-Neckar-Region. Ein weiteres Gebiet befindet sich im Westen des Landes und besteht aus dem Oberzentrum Trier und den beiden an das Großherzogtum Luxemburg grenzenden Landkreisen Eifelkreis Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg. Des Weiteren zählt der Landkreis Ahrweiler mit seiner Grenzlage zur Region Köln/Bonn zu den Gebieten, für die sich eine überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung errechnet.

Starke Bevölkerungsverluste im Südwesten

Auch bei den kreisfreien Städten und Landkreisen mit einem besonders negativen Bevölkerungsausblick zeigt sich eine räumliche Konzentration. So liegen die zwei kreisfreien Städte und drei Landkreise, für die die stärkste Schrumpfung vorausberechnet wird, im Südwesten des Landes an der Grenze zum Saarland. Die Landkreise mit Bevölkerungsverlusten bis 2040 sind eher ländlich geprägt.

Entwicklung des natürlichen Saldos und des Wanderungssaldos

Die künftige Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Verwaltungseinheiten ergibt sich aus den vorausgerechneten Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen. Nur für zwei kreisfreie Städte werden für den Zeitraum 2021 bis 2040 mehr Geburten als Sterbefälle vorausgerechnet: In Mainz liegt der durchschnittliche jährliche Geburtenüberschuss bei 0,7 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, in Ludwigshafen bei 0,1. In den zehn übrigen kreisfreien Städten und in allen 24 Landkreisen werden negative natürliche Salden, also mehr Sterbefälle als Geburten, erwartet. Der größte Überhang an Sterbefällen wird mit jährlich 8,3 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner für Pirmasens vorausgerechnet. Im landesweiten Mittel beträgt der jahresdurchschnittliche Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen –3,6 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Landkreisen ist das Defizit mehr als doppelt so hoch wie in den kreisfreien Städten (–4,2 bzw. –1,8).

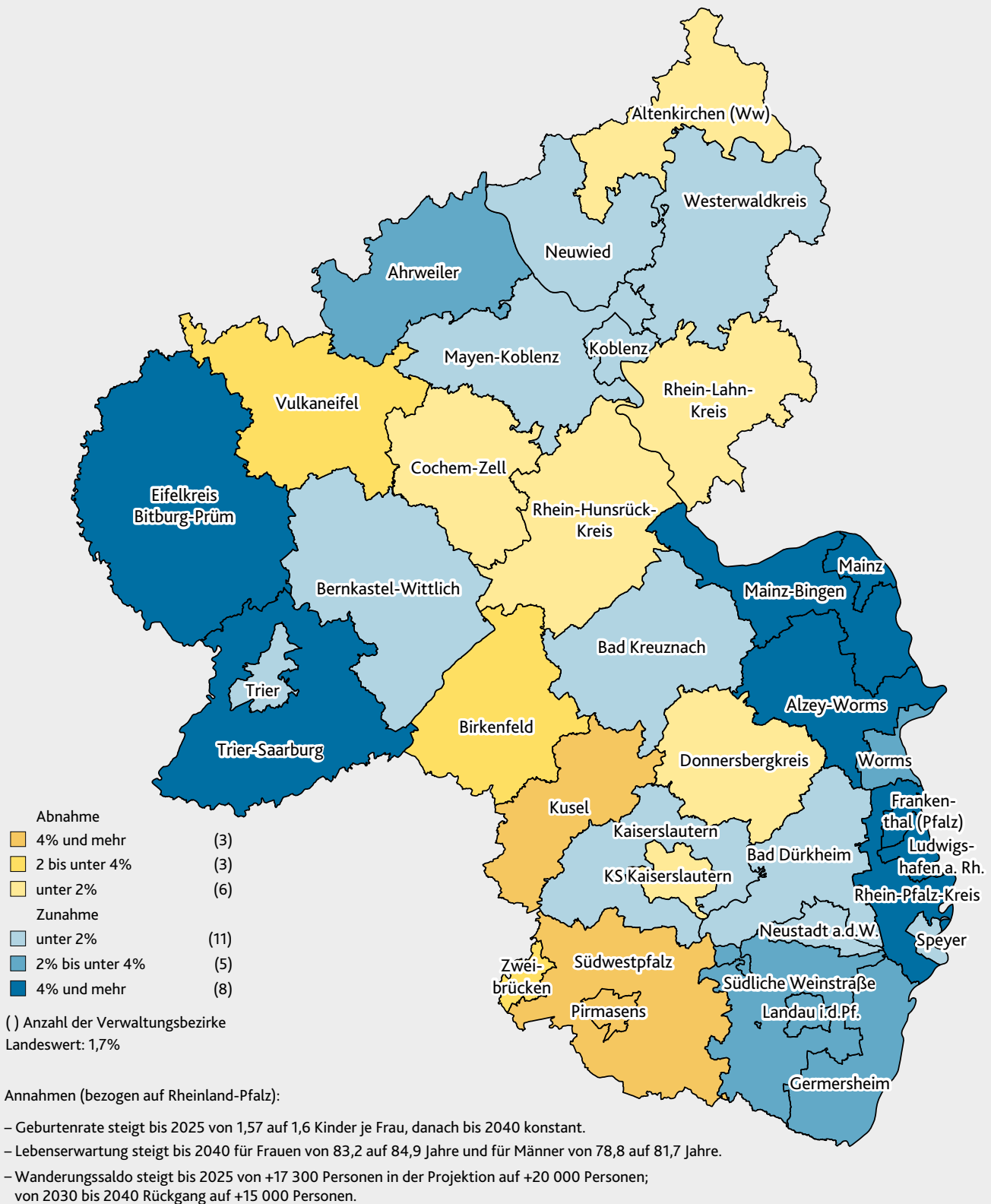
Nur in Mainz und Ludwigshafen bis 2040 mehr Geburten als Sterbefälle

Bei der Wanderungsbilanz ist demgegenüber der Ausblick für die Landkreise positiver als für die kreisfreien Städte. Bis 2040 wird nach den Ergebnissen der Projektion die durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung in die Landkreise +4,9 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betragen und damit etwa anderthalbmal so hoch ausfallen wie die Nettozuzüge in die kreisfreien Städte (+3,2). Im Landesdurchschnitt ergibt sich ein Wert von +4,4. Für alle 36 Verwaltungseinheiten werden Wanderungsüberschüsse vorausgerechnet. Die Spanne der jährlichen Wanderungsgewinne je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner reicht von +1,7 im Land-

Wanderungsgewinne in den Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten

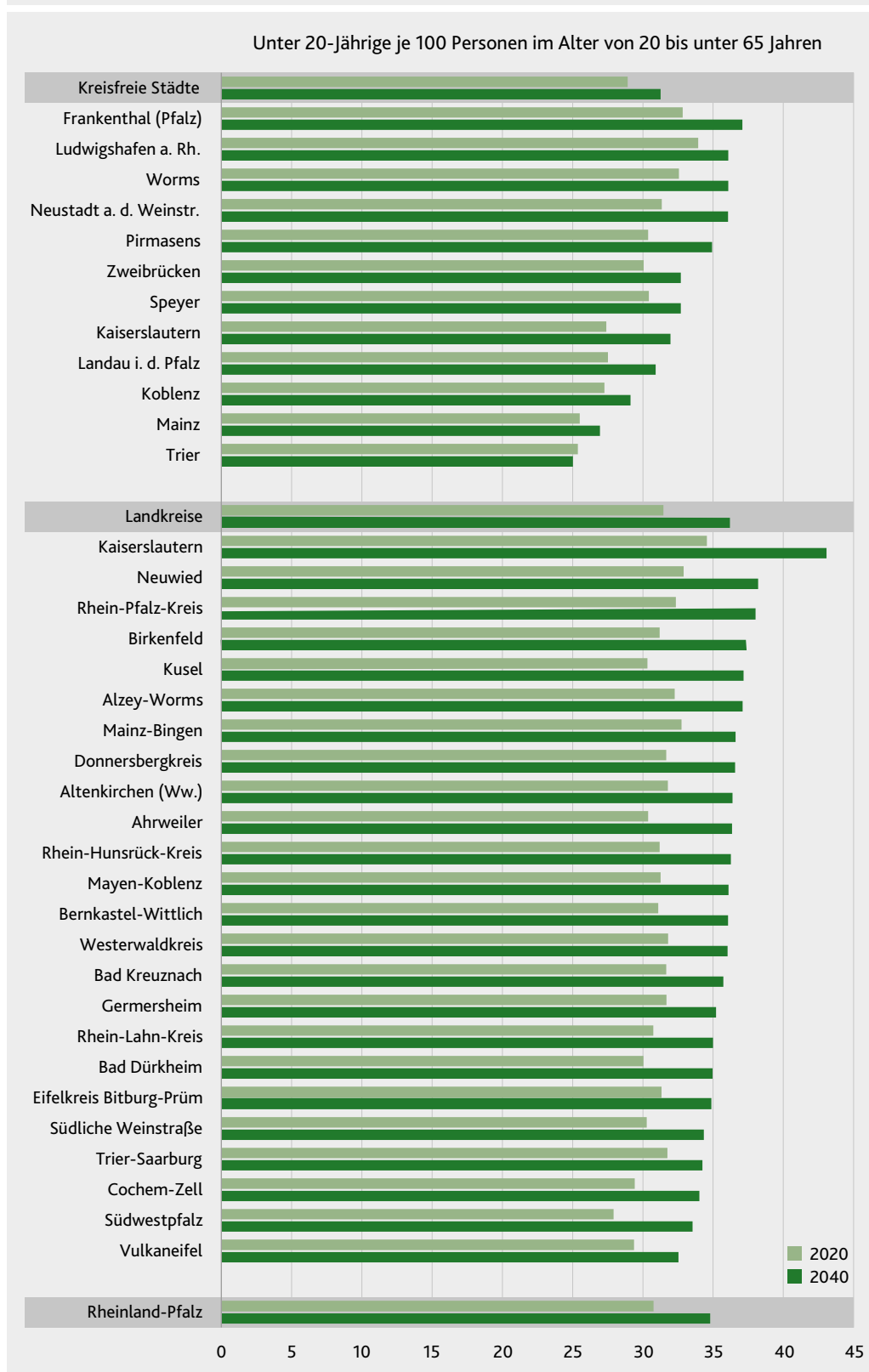


K1 Bevölkerung 2020–2040 nach Verwaltungsbezirken (Projektion)





G2 Jugendquotient 2020 und 2040 nach Verwaltungsbezirken





kreis Kaiserslautern bis +6,5 im Landkreis Bad Dürkheim.

Mittelfristige Entwicklung der regionalen Altersstrukturen

Demografi-
sche Alterung:
Mehr Ältere im
Verhältnis zur
Bevölkerung
im erwerbs-
fähigen Alter

Infolge der vorausberechneten Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und der Fortzüge verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung, und zwar regional unterschiedlich. Die bereits in der Vergangenheit beobachteten altersstrukturellen Verschiebungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz werden sich in Zukunft fortsetzen. Sie können anhand der Entwicklung der regionalen Jugend- und Altenquotienten verdeutlicht werden.

Jugendquotient
in kreisfreien
Städten niedri-
ger als in Land-
kreisen

Der Jugendquotient, also das Verhältnis der jüngeren Bevölkerung unter 20 Jahren zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren, ist in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen. So entfielen im Jahr 2020 in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 29 jüngere Menschen. Der Jugendquotient in den Landkreisen entsprach mit einem Wert von 31 dem Landesdurchschnitt. Der Bevölkerungsanteil der Jüngeren ist in den kreisfreien Städten etwas geringer als in den Landkreisen; zugleich ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter etwas größer.

Jugendquotient
wird in kreis-
freien Städten
und Landkrei-
sen mittelfristig
steigen

Bis zum Jahr 2040 wird der Jugendquotient nach den Ergebnissen der Bevölkerungsprojektion der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen steigen. Dann kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 31 Personen unter 20 Jahren. In den Landkreisen werden es mit 36 Personen deutlich mehr sein. Landesweit wird der Jugendquotient dann 35 betragen.

Diese Entwicklung wird allerdings nicht durch eine steigende Zahl junger Menschen verursacht, sondern vielmehr durch eine sinkende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter: In den kreisfreien Städten und den Landkreisen wird der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen um jeweils 0,3 Prozentpunkte steigen. Der Anteil der 20- bis 65-Jährigen wird sich hingegen in den kreisfreien Städten bis 2040 um 3,8 und in den Landkreisen um 6,8 Prozentpunkte verringern.

Eine genauere Betrachtung des zeitlichen Verlaufs bis 2040 zeigt, dass die Entwicklung des Jugendquotienten keinem kontinuierlichen Trend folgt. In den kommenden Jahren wird er sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen zunächst stetig steigen und Mitte der 2030er-Jahre seinen Höhepunkt erreichen. Dieser mittelfristige Anstieg wird durch die Babyboomer-Generation verursacht, die ab 2020 sukzessive die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen verlässt und in das Rentenalter eintreten wird. Deshalb wird die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen zeitweilig prozentual stärker schrumpfen als die Gruppe der unter 20-Jährigen. Nach dem Jahr 2035 wird der Jugendquotient sinken – sofern die Annahmen der Projektion eintreten.

Vorübergehen-
der Anstieg
des Jugend-
quotienten
durch die
Babyboomer-
Generation

Die vergleichende Untersuchung der Altersstrukturentwicklung der kreisfreien Städte zeigt, dass Trier sowohl heute als auch in Zukunft den niedrigsten Jugendquotienten aufweist. Dort stehen 2040 nahezu unverändert 25 junge Menschen unter 20 Jahren 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. In den Universitätsstädten Koblenz und Mainz kommen 2040 ebenfalls weniger als 30 unter 20-Jährige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. In

Jugendquotient
sinkt mittel-
fristig lediglich
in Trier

Landau und Kaiserslautern wird der Jugendquotient 2040 größer als 30 sein, allerdings geringer als in den kreisfreien Städten ohne Studierende. Den höchsten Jugendquotienten findet man heute mit einem Wert von 34 in Ludwigshafen. Dies hängt mit einem hohen Anteil ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner zusammen: Die nichtdeutsche Bevölkerung ist im Schnitt jünger und nichtdeutsche Frauen gebären statistisch mehr Kinder als deutsche Frauen. Während sich der Jugendquotient in Ludwigshafen mittelfristig auf 36 Kinder und Jugendliche pro 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter erhöht, wird 2040 Frankenthal die Rangliste anführen, wo dann 37 Personen unter 20 Jahren auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 65 Jahren kommen werden. Der höchste absolute Anstieg des Jugendquotienten zwischen 2020 und 2040 wird in Neustadt erwartet (+5). Von allen zwölf kreisfreien Städten ist Trier die einzige, für die der Jugendquotient unter den gegebenen Annahmen bis 2040 nahezu konstant bleiben wird (–0,3).

Höchster Jugendquotient 2020 und 2040 im Landkreis Kaiserslautern

Sofern die Annahmen der Projektion eintreffen, wird mittelfristig kein Landkreis mit einem sinkenden Jugendquotienten rechnen müssen. Heute weist der Landkreis Südwestpfalz mit 28 jungen Menschen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter den niedrigsten Jugendquotienten auf. Mittelfristig wird der Landkreis Vulkaneifel den niedrigsten Jugendquotienten haben (33). An der Spitze der Rangliste steht heute der Landkreis Kaiserslautern. Dort kommen derzeit 35 Personen unter 20 Jahren auf 100 Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren. Auch mittelfristig wird der Landkreis Kaiserslautern den mit Abstand höchsten Jugendquotienten vorweisen; dieser wird dann bei 43 liegen.

Der Altenquotient bezieht die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. Er wird in den nächsten Jahrzehnten in allen Regionen kontinuierlich steigen und sich dabei sehr viel stärker verändern als der Jugendquotient. Derzeit kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 33 Menschen, die 65 Jahre oder älter sind; in den Landkreisen sind es 39.

Altenquotient ändert sich stärker als Jugendquotient

Bereits mittelfristig nimmt der Altenquotient deutlich zu, weil die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen bis etwa 2035 verlassen und in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln. In den kreisfreien Städten steigt der Quotient mittelfristig von derzeit 33 auf 41; in den Landkreisen von 39 auf 57. Damit werden in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2040 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter ungefähr 40 Prozent mehr 65-Jährige und Ältere kommen als heute. Sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen steigt die absolute Zahl der Älteren. In den Landkreisen wird dieser Anstieg deutlich stärker ausfallen: Während heute in den kreisfreien Städten und Landkreisen jeweils etwa ein Fünftel der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist, werden es im Jahr 2040 in den kreisfreien Städten 24 Prozent und in den Landkreisen 29 Prozent sein.

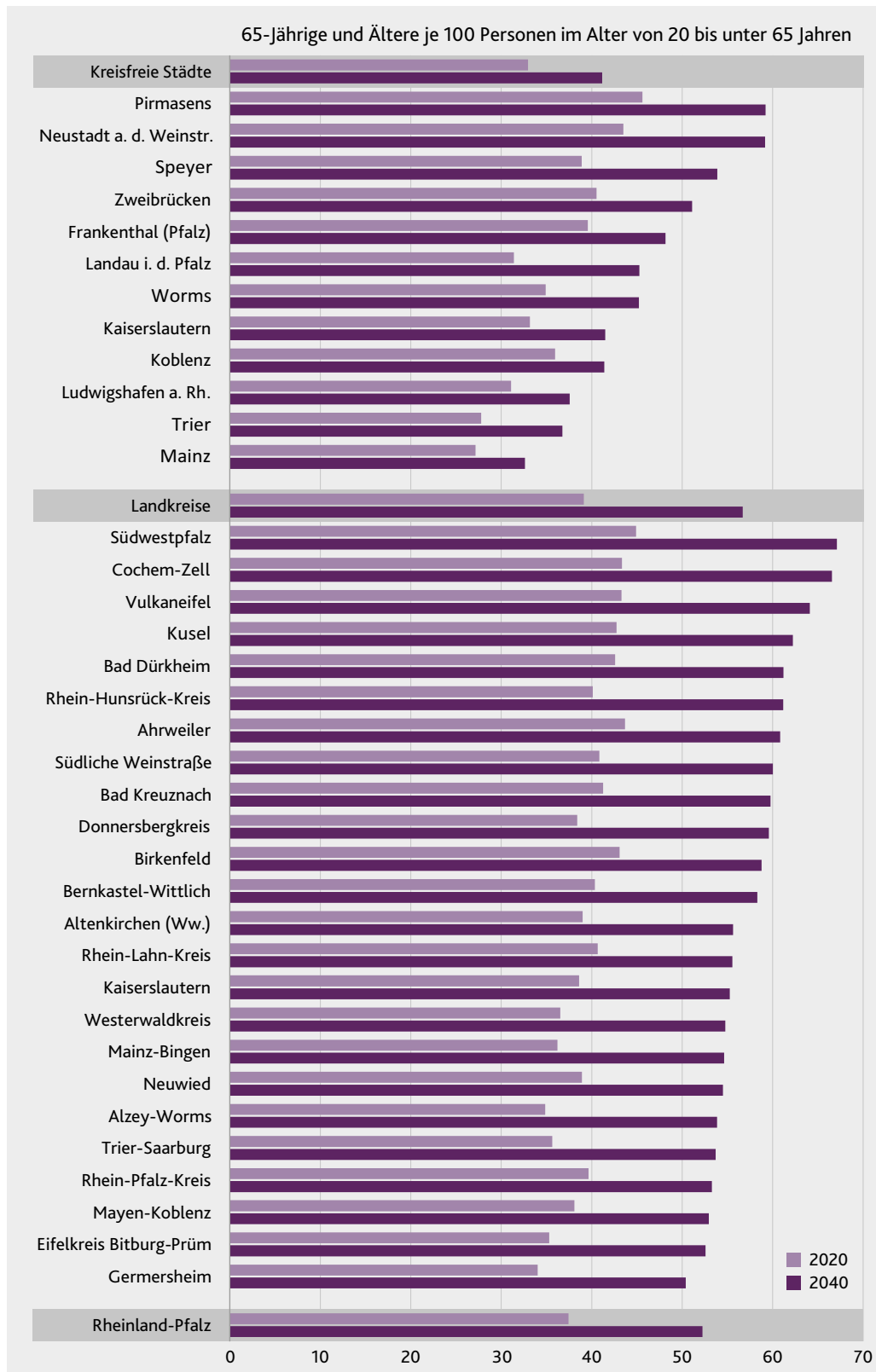
Altenquotient steigt bereits mittelfristig in allen Regionen

Aktuell haben die kreisfreien Städte Mainz und Trier mit einem Wert von 27 bzw. 28 die niedrigsten Altenquotienten. Das bleibt auch mittelfristig so: Im Jahr 2040 wird der Quotient in Mainz einen Wert von 33 und in Trier einen Wert von 37 annehmen. Pirmasens hat mit einem Wert von 46 aktuell den höchsten Altenquotienten aller Verwaltungsbezirke. Der Quotient wird bis 2040

Kreisfreie Städte: Höchster Altenquotient in Pirmasens



G3 Altenquotient 2020 und 2040 nach Verwaltungsbezirken





um rund 13 Personen auf 59 steigen. Der stärkste Anstieg des Altenquotienten wird in Neustadt erwartet (+16 Personen). In der Landeshauptstadt Mainz steigt der Altenquotient nur moderat: Im Jahr 2040 werden fünf ältere Personen mehr auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen.

Höchster
Altenquotient
2040 im
Landkreis
Südwestpfalz

Der Landkreis mit dem niedrigsten Altenquotienten ist heute Germersheim (34). Auch mittelfristig wird er den niedrigsten Wert aufweisen: Im Jahr 2040 kommen dort 50 Ältere auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Den höchsten Altenquotienten findet man aktuell im Landkreis Südwestpfalz (45). Dieser Kreis wird die Rangliste auch mittelfristig anführen – dann mit einem Wert von 67. Im Durchschnitt der Landkreise beträgt die Veränderung des Altenquotienten +18 Seniorinnen und Senioren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Überdurchschnittlich ist die Veränderung in den Landkreisen Cochem-Zell und Südwestpfalz, im Donnersbergkreis, im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Landkreis Vulkaneifel. Der Altenquotient steigt dort bis 2040 um mehr als 20 Personen. Ein vergleichsweise geringer Anstieg ist im Rhein-Pfalz-Kreis, im Rhein-Lahn-Kreis und im Landkreis Mayen-Koblenz zu erwarten, in denen der Altenquotient jeweils um weniger als 15 Personen steigt. Hier wirkt sich eine stetige hohe Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter aus, die größtenteils aus den angrenzenden Oberzentren Ludwigshafen bzw. Koblenz kommen.

Fazit

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft auch in Zukunft regional sehr unterschiedlich. Gemäß den Ergebnissen der Bevölkerungsprojektion wird es bis 2040 in zwei Dritteln der Verwaltungsbezirke Einwohnerzuwächse geben, während drei kreisfreie Städte und neun Landkreise einen Rückgang ihrer Bevölkerung hinnehmen müssen.

Auch wenn es große Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken gibt und weiterhin geben wird, setzt sich die demografische Alterung ausnahmslos in allen kreisfreien Städten und Landkreisen fort. Dadurch, dass bis 2040 die geburtenstarken Jahrgänge aus dem erwerbsfähigen Alter in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln, wird sich die Altersstruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen schon mittelfristig stark verändern. Überall werden den 20- bis 65-Jährigen deutlich mehr Personen gegenüberstehen, die 65 Jahre und älter sind. Damit ist absehbar, dass bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 15 000 Personen auch langfristig die demografische Alterung weiter voranschreiten und die Gesellschaft in Zukunft prägen wird.

Dr. Martin Jacobs ist Referent und Dr. Andrea Weitzel ist Referentin im Referat „Analysen Staat, Soziales“.



Info

Die Statistische Analyse N° 61 „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020)“ steht im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung: www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/demografischer-wandel/analysen

In der August-Ausgabe der Statistischen Monatshefte erschien die Kommentierung der Ergebnisse für die Landesebene unter dem Titel „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung: Ergebnisse der Projektion auf der Landesebene bis 2040“. In einer weiteren Ausgabe der Statistischen Monatshefte werden die Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene erscheinen.



Titelfoto: © Jürgen Fälchle – stock.adobe.com

Verdienste 2021

Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung



Von Dr. Melanie Nofz

Die Verdienste der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nahmen 2021 im Vergleich zum Vorjahr zu. Aufgrund des stärkeren Verbraucherpreisanstiegs im gleichen Zeitraum lagen die preisbereinigten (realen) Verdienste durchschnittlich 0,4 Prozent unter denen des Vorjahres. Die Verdienste (einschließlich Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrugen im

Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich 51 930 Euro brutto. Im Produzierenden Gewerbe lag der Durchschnittsverdienst bei 54 506 Euro, im Dienstleistungsbereich bei 50 177 Euro.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung

Konjunkturerhebung mit
Abschneidegrenze

Die Daten für diesen Beitrag stammen aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. Die Erhebung wurde in unveränderter Form seit dem Inkrafttreten des Verdienststatistikgesetzes im Jahr 2007 durchgeführt. Sie war als repräsentative Konjunkturerhebung konzipiert und erfasste Angaben zu den Verdiensten und Arbeitszeiten. Ausgewiesen wurden vierteljährliche Daten zur Anzahl der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu ihren bezahlten Arbeitsstunden sowie den Bruttoverdiensten. Die Angaben waren nach dem Geschlecht und fünf Leistungsgruppen gegliedert. In die Stichprobenziehung wurden alle Betriebe des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs einbezogen, die mindestens zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigten. Ausnahmen bildeten

bestimmte Wirtschaftszweige, die besonders durch kleine Betriebe geprägt sind. Die Abschneidegrenze lag in diesen Fällen bei fünf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Einheiten der Wirtschaftsabschnitte O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und größtenteils auch P „Erziehung und Unterricht“ wurden nicht befragt. Die Merkmale dieser Einheiten wurden stattdessen mittels eines Schätzmodells, das auf Angaben aus der Personalstandstatistik¹ und Tarifangaben basierte, hinzugeschätzt. Deutschlandweit wurden 40 500 Berichtsstellen befragt. In Rheinland-Pfalz gingen die Angaben von rund 2 200 Betrieben in die Vierteljährliche Verdiensterhebung ein.

Befragung von
rund 2 200
rheinland-
pfälzischen
Betrieben
aus fast allen
Wirtschafts-
bereichen

¹ Die Personalstandstatistik ist eine jährliche Erhebung und liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.



Neues Stich-
probenver-
fahren seit
2012

Mit dem 1. Quartal 2012 erfolgte der Übergang von einem Komplettaustausch der Stichprobe zu einer jährlichen Stichprobenrotation. Seither wurde jedes Jahr ein Teil der meldenden Betriebe aus der Erhebung entlassen und durch neue Betriebe im gleichen Umfang ersetzt. Gleiches galt für Betriebsschließungen und Insolvenzen. Die Abgänge wurden einmal im Jahr bis zur gesetzlich maximal zulässigen Größe der Stichprobe ersetzt.

Eingeschränkte
Vergleichbar-
keit der Ergeb-
nisse vor und
nach 2012

Zudem kam erstmals die neue Systematik der Wirtschaftszweige in der Ausgabe 2008 (WZ 2008) zur Anwendung. Die hohe Auswechselquote in Verbindung mit dem Umstieg auf die aktuelle Wirtschaftszweigsystematik führt zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach 2012. Dies gilt insbesondere für die Betrachtung der Daten auf der Ebene einzelner Wirtschaftszweige.

Letztmalige
Durchfüh-
rung für das
Berichtsjahr
2021

Mit der Änderung des Verdienststatistikgesetzes, die am 1. Januar 2021 in Kraft trat, wurden die Vierteljährliche Verdiensterhebung, die vierjährliche Verdienststrukturerhebung sowie die Sondererhebung Verdienste ab Januar 2022 durch die neu konzipierte monatliche Verdiensterhebung ersetzt. Hintergrund sind geänderte Nutzeranforderungen wie beispielsweise eine zeitnahe Verfügbarkeit aussagekräftiger Daten über die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Mindestlohnforschung und insbesondere für die Entscheidung der Mindestlohnkommission über die Anpassung des Mindestlohns.

Beschäftigung in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz arbeiteten im Jahr 2021 gut 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und

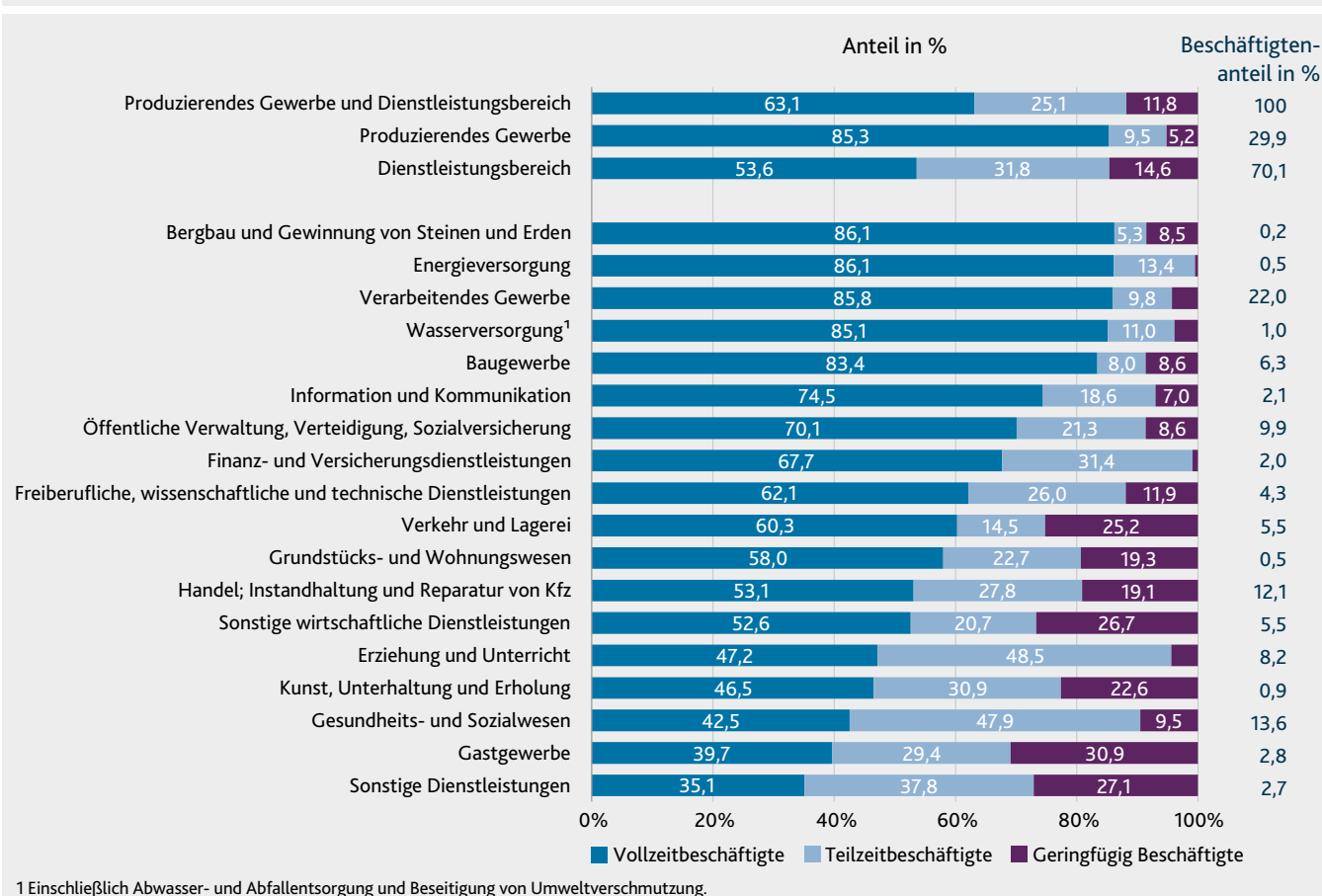
Arbeitnehmer, die über die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst werden, im Dienstleistungsbereich und 30 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Eine Differenzierung nach Wirtschaftsabschnitten zeigt, dass die meisten Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe tätig waren (22 Prozent). An zweiter Stelle folgte das Gesundheits- und Sozialwesen mit knapp 14 Prozent. Der Anteil der rheinland-pfälzischen Beschäftigten im Bereich „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ war 2021 am geringsten (0,2 Prozent).

Verarbeitendes
Gewerbe mit
den meisten
Beschäftigten

Kurzarbeit und Vierteljährliche Verdiensterhebung

Im Jahr 2020 wurde vermehrt Kurzarbeit durch rheinland-pfälzische Betriebe aufgrund der Corona-Pandemie angemeldet. Im Folgejahr 2021 verringerte sich der Einsatz von Kurzarbeit. Dieser war jedoch immer noch höher als vor der Corona-Pandemie. Bei der Interpretation der Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung für die Jahre 2020 und 2021 ist daher zu beachten, dass die den Berechnungen zugrundeliegenden Bruttoverdienste ausschließlich die von Arbeitgeberseite gezahlten Verdienste beinhalten. Das Kurzarbeitergeld (KuG) zählt zu den Lohnersatzleistungen, die von der Bundesagentur für Arbeit bezahlt werden. Sie sind nicht in den hier ausgewiesenen Zahlen enthalten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von Kurzarbeit betroffen sind bzw. waren, werden mit den entsprechend gekürzten Verdiensten und gekürzten Arbeitsstunden in die Datenmeldung der Verdienststatistik einbezogen, sodass die Verdienste niedriger ausfallen.

G1 Vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen 2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

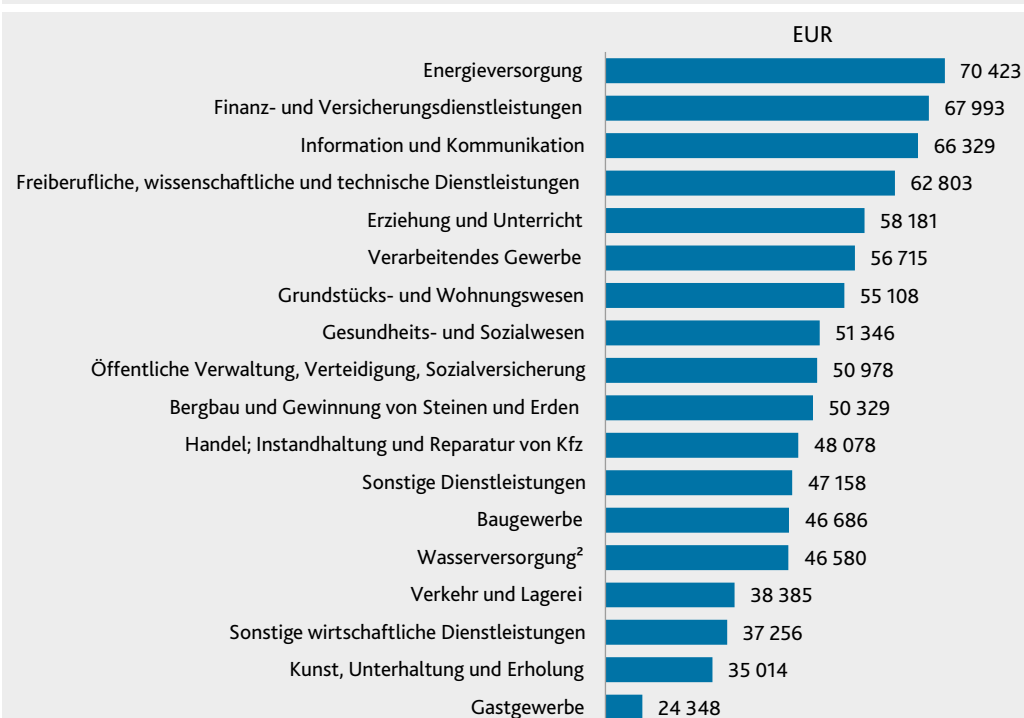
Überwiegend
Vollzeit-
beschäftigte

Fast zwei Drittel der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich zusammen arbeiteten 2021 in Vollzeit. Gut ein Viertel der Beschäftigten ging einer Teilzeitbeschäftigung nach und knapp zwölf Prozent waren geringfügig beschäftigt. Im Produzierenden Gewerbe waren mit gut 85 Prozent deutlich mehr Vollzeitbeschäftigte tätig als im Dienstleistungsbereich (rund 54 Prozent). In den meisten Wirtschaftsabschnitten lag der Anteil der Vollzeitbeschäftigten über dem der Teilzeitbeschäftigten. Nur in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ überstieg der Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer denjenigen der Vollzeitbeschäftigten. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2021 zwischen knapp 40 Prozent im Gastgewerbe und 0,5 Prozent in der Energieversorgung.

Im Jahr 2021 machten weibliche Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich einen Anteil von 46,5 Prozent und männliche Beschäftigte einen Anteil von 53,5 Prozent aus. Unter den Vollzeitbeschäftigten waren knapp 71 Prozent männlich. In Teilzeit arbeiteten dagegen überwiegend Frauen (rund 84 Prozent). Einer geringfügigen Beschäftigung gingen 58,5 Prozent Frauen und 41,5 Prozent Männer nach.

Teilzeit-
beschäftigte sind
größtenteils
weiblich

**G2 Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

¹ Einschließlich Sonderzahlungen. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Im Produzierenden Gewerbe waren 78,5 Prozent der Beschäftigten männlich und 21,5 Prozent weiblich. Umgekehrt belief sich der Anteil von Männern im Dienstleistungssektor auf knapp 43 Prozent und derjenige von Frauen auf gut 57 Prozent.

Höherer Bruttojahresverdienst bei Vollzeitbeschäftigten

Im Jahr 2021 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich 51 930 Euro im Jahr. Gegenüber 2020 erhöhte sich der durchschnittliche Bruttojahresverdienst von Vollzeitbeschäftigten um 3,4 Prozent. Auch die im Jahresbruttoverdienst enthaltenen sogenannten Sonderzahlungen, wie

tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien, fielen mit 4 207 Euro ebenfalls höher aus als im Vorjahr (+1,1 Prozent).

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe verdienten 2021 durchschnittliches 54 506 Euro. Nur rund 92 Prozent des Wertes im Produzierenden Gewerbe erhielten Vollzeitbeschäftigte im Dienstleistungssektor. In diesem Wirtschaftsbereich betrug der Durchschnittsverdienst 50 177 Euro.

Bei der Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige sind die Verdienstunterschiede noch deutlicher erkennbar: Vergleichsweise hoch wurden die Tätigkeiten in den Bereichen „Energieversorgung“ (70 423 Euro), „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (67 993 Euro) sowie „Information und Kom-

Jahresbruttoverdienst im Produzierenden Gewerbe höher als im Dienstleistungsbereich

Große Verdienstunterschiede zwischen den Branchen

munikation" (66 329 Euro) vergütet. Durchschnittliche Jahresbruttoverdienste von mehr als 60 000 Euro erreichten auch die Vollzeit-Arbeitskräfte in dem Wirtschaftsbereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" (62 803 Euro), zu dem unter anderem Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Ingenieurbüros sowie Werbeagenturen zählen.

Geringster Durchschnittsverdienst im Gastgewerbe

Relativ niedrig fiel dagegen das Verdienstniveau im Gastgewerbe aus (24 348 Euro). Den vorletzten Platz belegte der Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung" mit 35 014 Euro. Zu diesem Wirtschaftsbereich zählen beispielsweise die darstellende Kunst, Bibliotheken und der Betrieb von Sportanlagen. Auch in den Wirtschaftszweigen „Verkehr und Lagerei" sowie „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" lag der Durchschnittsverdienst unter 40 000 Euro. Zu letztgenanntem Wirtschaftsbereich gehören beispielsweise die Leiharbeit, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungs- und Hausmeisterdienste.

Löhne steigen mit Qualifikationsniveau

Einteilung in fünf Leistungsgruppen

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung unterscheidet fünf Leistungsgruppen. In Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit werden Beschäftigte mit ähnlichem Tätigkeits- und Qualifikationsprofil in einer Leistungsgruppe zusammengefasst. Eine Zuordnung zur Leistungsgruppe 1 setzt die höchsten qualifikatorischen Anforderungen voraus:

- **Leistungsgruppe 1:** Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung
- **Leistungsgruppe 2** (herausgehobene Fachkräfte): Arbeitskräfte mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielge-

staltigen Tätigkeiten, für die in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind.

- **Leistungsgruppe 3** (Fachkräfte): Arbeitskräfte mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist
- **Leistungsgruppe 4:** Angelernte Arbeitskräfte mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind
- **Leistungsgruppe 5:** Ungelernte Arbeitskräfte mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist

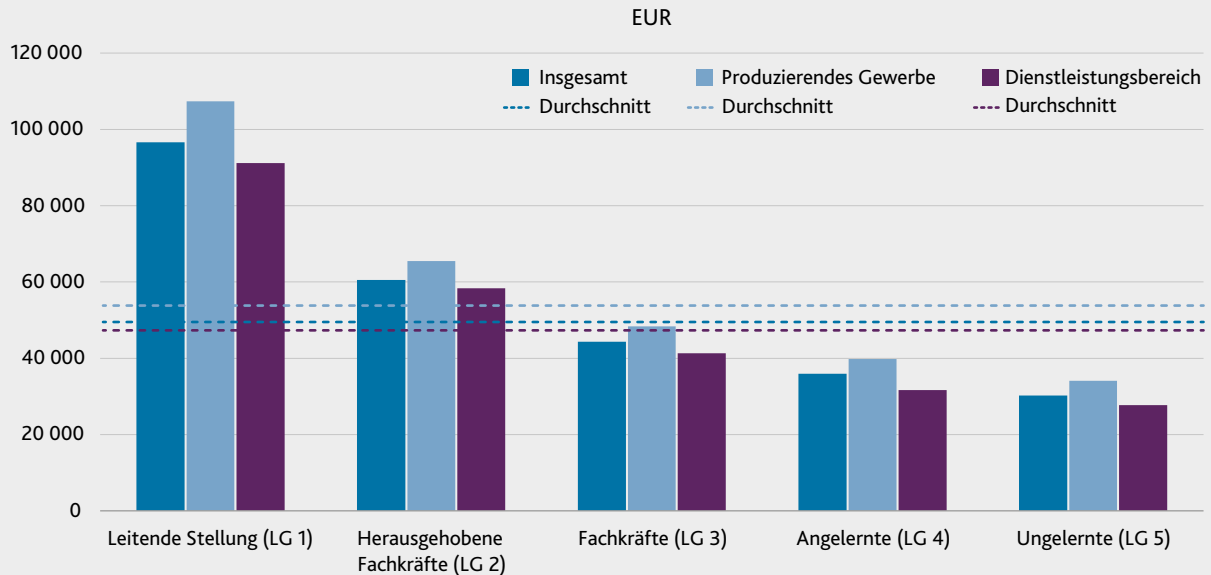
Erwartungsgemäß fallen die Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Leistungsgruppe 1 am höchsten aus und nehmen dann mit sinkendem Qualifikationsniveau der ausgeübten Tätigkeit kontinuierlich ab. Vollzeitbeschäftigte in leitender Funktion (Leistungsgruppe 1) erhielten 2021 durchschnittlich einen Jahresbruttoverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) in Höhe von 96 652 Euro. Damit fällt der Jahresverdienst mehr als dreimal so hoch aus wie bei ungelernten Arbeitskräften in der Leistungsgruppe 5 (30 261 Euro). Die herausgehobenen Fachkräfte in der zweithöchsten Leistungsgruppe 2 verdienen mit 60 487 Euro im Schnitt 63 Prozent des Gehalts in Leistungsgruppe 1.

Die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Funktion (Leis-

Verdienste in Leistungsgruppe 1 durchschnittlich mehr als dreimal so hoch wie in Gruppe 5



G3 Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen (LG)



Arbeitskräfte
in leitender
Funktion ver-
dienen deut-
lich überdurch-
schnittlich

tungsgruppe 1) lagen 2021 um 86 Prozent über dem Durchschnittsverdienst aller fünf Leistungsgruppen. Überdurchschnittlich verdienten außerdem die herausgehobenen Fachkräfte (Leistungsgruppe 2). Ihr Verdienst übertraf den Durchschnitt um 17 Prozent. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der übrigen drei Leistungsgruppen erzielten hingegen unterdurchschnittliche Verdienste. Der Verdienst der Beschäftigten aus der untersten Leistungsgruppe 5 betrug nur etwa 58 Prozent des Durchschnittsniveaus.

Das Verteilungsmuster der Verdienste in Abhängigkeit von der Leistungsgruppe ist auch bei einer getrennten Betrachtung des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs zu erkennen: In beiden Bereichen geht eine bessere Qualifikation mit einem höheren Verdienst einher. Allerdings fällt der Abstand des Verdienstniveaus im Vergleich zum jeweiligen Durchschnitts-

wert in allen Leistungsgruppen für das Produzierende Gewerbe höher aus als für den Dienstleistungssektor. Besonders große Unterschiede zeigen sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in leitender Stellung. Relativ zum jeweiligen Sektordurchschnitt werden die hoch qualifizierten Arbeitskräfte im Produzierenden Gewerbe deutlich besser entlohnt als im Dienstleistungsbereich: Während eine im Produzierenden Gewerbe beschäftigte Vollzeitkraft der Leistungsgruppe 1 fast das Doppelte des mittleren Verdienstes in diesem Wirtschaftsbereich erreichte, waren es im Dienstleistungssektor nur 182 Prozent.

Höhere Ver-
dienste in allen
Leistungs-
gruppen im
Produzieren-
den Gewerbe

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

Frauen verdienten auch im Jahr 2021 deutlich weniger als Männer. So erhielten vollzeitbeschäftigte Frauen im Mittel einen Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen)

in Höhe von 46 725 Euro, während männliche Vollzeitkräfte im Durchschnitt 54 071 Euro verdienten. Die Arbeitnehmerinnen erreichten damit nur rund 86 Prozent des Verdienstniveaus der männlichen Beschäftigten.

Niedrigere durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei Frauen

Zu dem geschlechtsspezifischen Verdienstofferte trägt unter anderem der Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit der beiden Geschlechter bei: Die durchschnittliche Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Frauen belief sich 2021 durchschnittlich auf 37,8 Stunden pro Woche. Vollzeitbeschäftigte Männer wurden dagegen im Mittel für 38,5 Stunden pro Woche entlohnt.

Aber auch die Anforderungen an die jeweils verrichtete Tätigkeit und die damit zusammenhängenden erforderlichen Qualifikationen wirken sich auf die Höhe der Verdienste

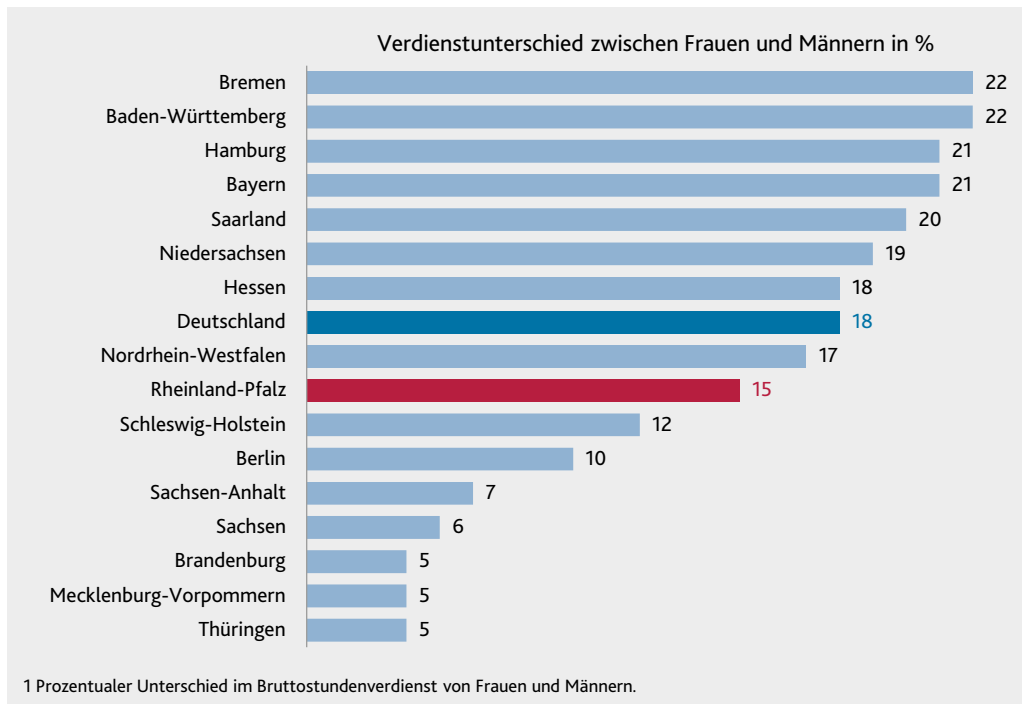
unterschiede aus. Gerade mit Blick auf die beiden Geschlechter fällt auf, dass Frauen seltener in höher entlohten Leitungspositionen vertreten sind: Während von allen männlichen, vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern zwölf Prozent zu den Führungskräften zählen (Leistungsgruppe 1), sind dies bei den weiblichen Beschäftigten elf Prozent. In der Leistungsgruppe 4 (angelernte Arbeitskräfte) ist die Quote der Frauen ebenfalls niedriger als diejenige der männlichen Beschäftigten. Bei den Leistungsgruppen 2 (herausgehobene Fachkräfte) und 3 (Fachkräfte) verhält es sich andersherum. Hier ist der Anteil der Frauen an allen weiblichen Beschäftigten in der entsprechenden Leistungsgruppe höher als bei ihren männlichen Kollegen. Bei der Gruppe der ungelernten Arbeitskräfte (Leistungsgruppe 5) sind die Quoten identisch.

Frauen seltener in Führungspositionen

T1 Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen, Leistungsgruppen und Geschlecht

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Leistungsgruppe				
		Leitende Stellung (LG 1)	Herausgehobene Fachkräfte (LG 2)	Fachkräfte (LG 3)	Angelernte (LG 4)	Ungelernte (LG 5)
	EUR					
Insgesamt						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	51 930	96 652	60 487	44 344	35 963	30 261
Produzierendes Gewerbe	54 506	107 330	65 492	48 353	39 787	34 109
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	56 715	108 362	68 237	50 894	40 606	34 364
Dienstleistungsbereich	50 177	91 146	58 303	41 344	31 656	27 709
Frauen						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	46 725	81 485	56 166	40 298	30 580	28 094
Produzierendes Gewerbe	48 002	96 446	62 718	41 284	32 781	31 684
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	48 651	98 817	64 767	42 189	32 907	31 696
Dienstleistungsbereich	46 416	77 909	55 225	40 071	29 586	26 332
Männer						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	54 071	101 995	62 636	46 120	37 450	31 147
Produzierendes Gewerbe	55 567	109 216	65 934	49 442	40 808	34 874
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	58 280	110 251	68 829	52 491	41 981	35 471
Dienstleistungsbereich	52 627	97 337	60 506	42 318	32 616	28 369

¹ Einschließlich Sonderzahlungen.

G4 Gender Pay Gap¹ 2021 im Ländervergleich

Gender Pay Gap

Berechnung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke

Der sogenannte Gender Pay Gap, der prozentuale Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, wird häufig verwendet, um das Ausmaß und die Veränderung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede zusammenfassend zu beschreiben. Bei dieser Kennzahl handelt es sich um einen Strukturindikator der amtlichen Statistik, der den Unterschied der Bruttostundenverdienste zwischen Frauen und Männern misst. Seine Berechnung erfolgt EU-weit einheitlich auf Basis der Verdienststrukturerhebung, die alle vier Jahre durchgeführt wurde. Die Fortschätzung dieser Größe wurde in den Jahren zwischen den Strukturerhebungen mit Hilfe der Vierteljährlichen Verdiensterhebung vorgenommen.

Nach diesen Berechnungen war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von

Frauen in Rheinland-Pfalz 2021 – wie bereits 2020 – um 15 Prozent niedriger als der Verdienst von Männern. Damit fielen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Rheinland-Pfalz geringer aus als im bundesweiten Durchschnitt (18 Prozent).

Von den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) kann nur Schleswig-Holstein einen geringeren Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern vorweisen (zwölf Prozent). Deutlich niedriger fällt der Gender Pay Gap in den ostdeutschen Bundesländern aus. Den geringsten Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern gab es in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (jeweils fünf Prozent). Bundesweit am höchsten ist das Verdienstgefälle mit jeweils 22 Prozent in Bremen und in Baden-Württemberg.

Im Vergleich zu 2011 hat sich der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern in

Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz von 15 Prozent

Gender Pay
Gap 2011 bei
22 Prozent

Rheinland-Pfalz um sieben Prozentpunkte verringert. Die Abnahme ist auf die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der beiden Geschlechter zurückzuführen. Für Frauen sind sie seit 2010 stärker gestiegen als für Männer (Frauen plus 31 Prozent; Männer: plus 20,5 Prozent).

Unbereinigter
Gender Pay Gap

Wird der Gender Pay Gap in seiner unbereinigten Form verwendet, fließen in seine Berechnung die Verdienste aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig ihrer persönlichen Eigenschaften ein. Der auf diese Weise ermittelte geschlechtsspezifische Lohnabstand muss jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, dass Frauen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Vielmehr können darin die ungleiche Verteilung der Geschlechter auf besser bzw. schlechter bezahlte Wirtschaftszweige oder unterschiedliche Leistungsgruppen zum Ausdruck kommen. Auch werden geschlechtsspezifische Unterschiede in der Häufigkeit von (z. B. familienbedingten) Erwerbsunterbrechungen ebenso wie sonstige systematische Unterschiede in der Gestaltung und dem Verlauf der Erwerbsbiographien von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht hinreichend berücksichtigt.

Bereinigter
Gender Pay Gap

Diesen Aspekten wird mit dem sogenannten bereinigten Gender Pay Gap Rechnung getragen. Diese Kennzahl misst den Verdienstabstand von Frauen und Männern mit weitgehend vergleichbaren Eigenschaften, etwa im Hinblick auf die jeweilige Qualifikation, die ausgeübte Tätigkeit und die Erwerbsbiographien.

Die Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap erfolgt ausschließlich auf Basis der alle vier Jahre durchgeführten Verdienststrukturerhebung. Da eine Fortschreibung mit

der Vierteljährlichen Verdiensterhebung methodisch nicht umsetzbar ist, beziehen sich die folgende Werte auf das letzte Berichtsjahr der Verdienststrukturerhebung: Im Jahr 2018 war der bereinigte Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz mit gut fünf Prozent rund 13 Prozentpunkte niedriger als der unbereinigte Gender Pay Gap. Wie auch der unbereinigte Gender Pay Gap bleibt der um strukturelle Merkmalsunterschiede zwischen den Geschlechtern bereinigte Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt von rund sechs Prozent.

Bei der Interpretation des Wertes muss allerdings beachtet werden, dass nicht alle strukturell relevanten Merkmale erfasst und damit aus dem unbereinigten Gender Pay Gap „herausgerechnet“ werden können. Das bedeutet, dass der Wert noch geringer ausfallen könnte, wenn noch weitere Informationen vorliegen würden.

Verdienstunterschiede von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten

Auf Grundlage der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ist es möglich, die Verdienststrukturen der Beschäftigten in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Beschäftigungsumfang zu beschreiben. Um den Einfluss der unterschiedlichen Arbeitszeitmodelle auf die Lohnhöhe zu kontrollieren, werden Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte auf Basis ihrer Bruttostundenverdienste gegenübergestellt.

Während sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) von Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2021 auf 20,32 Euro belief, erzielten Vollzeitbeschäftigte im Durchschnitt 23,91 Euro.

Bereinigter
Gender Pay
Gap in Rhein-
land-Pfalz
unter dem
bundesweiten
Durchschnitt

Höhere Stun-
denverdienste
von Vollzeit-
beschäftigten

**T2 Bruttostundenverdienste¹ vollzeit- und teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2021 nach Leistungsgruppen**

Merkmal	Einheit	Insgesamt	Frauen	Männer	Leistungsgruppe				
					Leitende Stellung (LG 1)	Herausgehobene Fachkräfte (LG 2)	Fachkräfte (LG 3)	Angelernte (LG 4)	Ungelernte (LG 5)
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen									
Bruttostundenverdienste ¹	EUR	23,91	22,04	24,67	42,14	27,76	20,69	17,00	14,63
Anteil an Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich ²	%	63,1	29,1	70,9	11,9	21,0	46,6	14,8	5,6
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen									
Bruttostundenverdienste ¹	EUR	20,32	20,04	21,73	36,28	26,76	19,75	14,58	13,13
Anteil an Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich ²	%	25,1	84,3	15,7	6,7	16,3	45,0	16,1	16,0

1 Ohne Sonderzahlungen. – 2 Anteil an der jeweils übergeordneten Zusammenfassung. Insgesamt: Anteil der Beschäftigtengruppe an allen Arbeitnehmer/-innen. Geschlecht: Anteil des Geschlechts an der jeweiligen Beschäftigtengruppe. Leistungsgruppen: Anteil der Leistungsgruppe an der jeweiligen Beschäftigtengruppe.

Damit verdienten Vollzeitkräfte einen um gut 18 Prozent höheren Stundenlohn als Teilzeitkräfte.

Im Produzierenden Gewerbe verdienten Vollzeitkräfte 2021 im Durchschnitt (ohne Sonderzahlungen) 24,82 Euro und Teilzeitkräfte durchschnittlich 22,08 Euro pro Stunde. Eine Vollzeitkraft im Dienstleistungsbereich kam auf durchschnittlich 23,30 Euro pro Stunde und eine Teilzeitkraft auf 20,08 Euro.

Teilzeitbeschäftigte nehmen selten Führungspositionen ein

Eine Analyse der Beschäftigungsformen nach Leistungsgruppen zeigt, dass Teilzeitkräfte nur selten eine Führungs- oder Leitungsposition einnehmen. Im Jahr 2021 waren knapp sieben Prozent aller Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich Führungskräfte, während der Anteil bei den Vollzeitbeschäftigten fast doppelt so hoch ausfiel. Umgekehrt verhält es sich in der Leistungsgruppe 5, der Leistungsgruppe der ungelernten Arbeitskräfte. Während 16 Prozent aller Teilzeitkräfte dieser Leistungsgruppe zuzurechnen waren, fiel der Anteil der Vollzeitkräfte in dieser Gruppe mit

5,6 Prozent deutlich niedriger aus. Die meisten Vollzeit- und auch Teilzeitbeschäftigten (47 Prozent bzw. 45 Prozent) sind Fachkräfte (Leistungsgruppe 3).

Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede sind auch in der Teilzeitarbeit zu verzeichnen. Während eine männliche Teilzeitkraft 2021 durchschnittlich 21,73 Euro pro Stunde brutto (ohne Sonderzahlungen) verdiente, erzielten weibliche Teilzeitkräfte mit einem Stundenlohn von 20,04 Euro rund 92 Prozent des Verdienstes teilzeitbeschäftigter Männer. Im Dienstleistungsbereich lag der Lohn von teilzeitbeschäftigten Frauen knapp fünf Prozent unter dem Verdienst der männlichen Kollegen (19,94 Euro bzw. 20,88 Euro). Dagegen war die Differenz im Produzierenden Gewerbe mit knapp 17 Prozent deutlich höher.

Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede

Steigende Nominallöhne, aber sinkende Reallöhne

Die nominalen Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) waren im

Nominallöhne
steigen, aber
weniger stark
als Verbrau-
cherpreise

Jahr 2021 um 2,7 Prozent höher als im Vorjahr. Sie stiegen damit weniger stark als die Verbraucherpreise, die im gleichen Zeitraum um 3,1 Prozent zunahmen. Im Ergebnis lagen die preisbereinigten (realen) Verdienste 2021 durchschnittlich um 0,4 Prozent unter denen des Jahres 2020.

Ein Rückgang des Reallohnindex und damit der erste seit Einführung der Vierteljährlichen Verdiensterhebung im Jahr 2007 wurde bereits im Jahr 2020 beobachtet. Im Gegensatz zum Jahr 2021 war diese Entwicklung vor allem mit dem verstärkten Einsatz von Kurzarbeit infolge der Corona-Pandemie und den dadurch gesunkenen Nominallöhnen zu erklären: Empfangene Transferzahlungen, insbesondere Kurzarbeitergeld, werden bei der Berechnung der Lohnentwicklung nicht berücksichtigt.

Seit 2011 haben die nominalen Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich um 26 Prozent und die Reallöhne um gut zehn Prozent zugenommen. Das bedeutet eine durchschnittliche jährliche Entwicklung des nominalen und des realen Index von +2,6 Prozent bzw. +1 Prozent. Die aktuellen Werte des Nominallohnindex liegen damit über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre; die aktuellen Werte des Reallohnindex darunter.

Die Entwicklung und die Zusammenhänge der drei Indizes zum Nominallohn, Reallohn und den Verbraucherpreisen gehen aus der Grafik G5 hervor. Je nach Höhe des Verbraucherpreisindex fällt der Abstand zwischen dem nominalen und realen Lohnindex geringer bzw. größer aus.

Unterschiede zwischen dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor zeigen sich auch bei der Betrachtung der

Nominal- und Reallohnindex

Nominallohnindex (Index der Bruttomonatsverdienste)

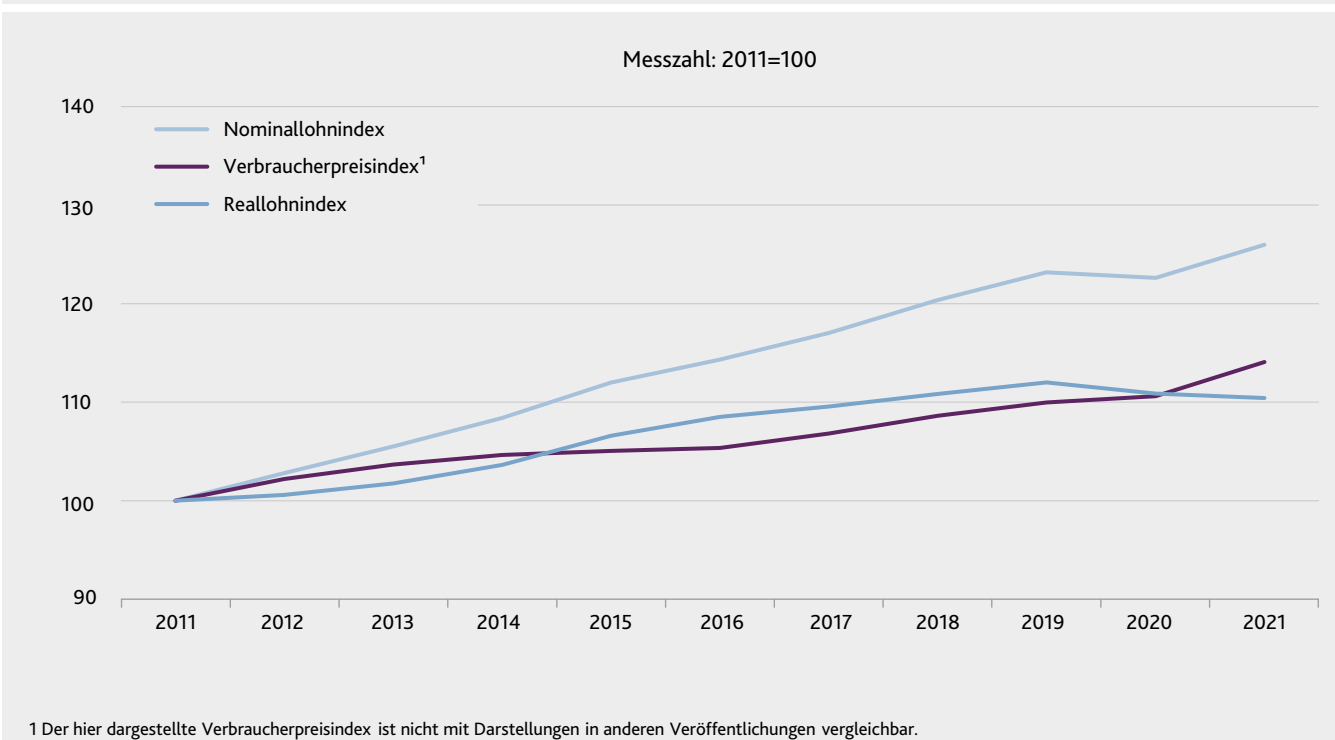
Die Indizes der Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste werden aus den Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnet. Grundlage für den Nominallohnindex sind die Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) von vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Sie stellen die durchschnittliche Verdienstentwicklung bei konstanter Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft dar. Dabei wird die Verteilung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Basiszeitraum für alle Berichtszeiträume konstant gehalten und nur die Verdienste variieren. Die Indizes zeigen somit, wie sich die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert hätten, wenn im jeweiligen Vergleichszeitraum die gleiche Struktur der Arbeitnehmerschaft bestanden hätte wie im Basiszeitraum. Die in den Veröffentlichungen nachgewiesenen Indizes beziehen sich auf das Basisjahr 2015.

Reallohnindex

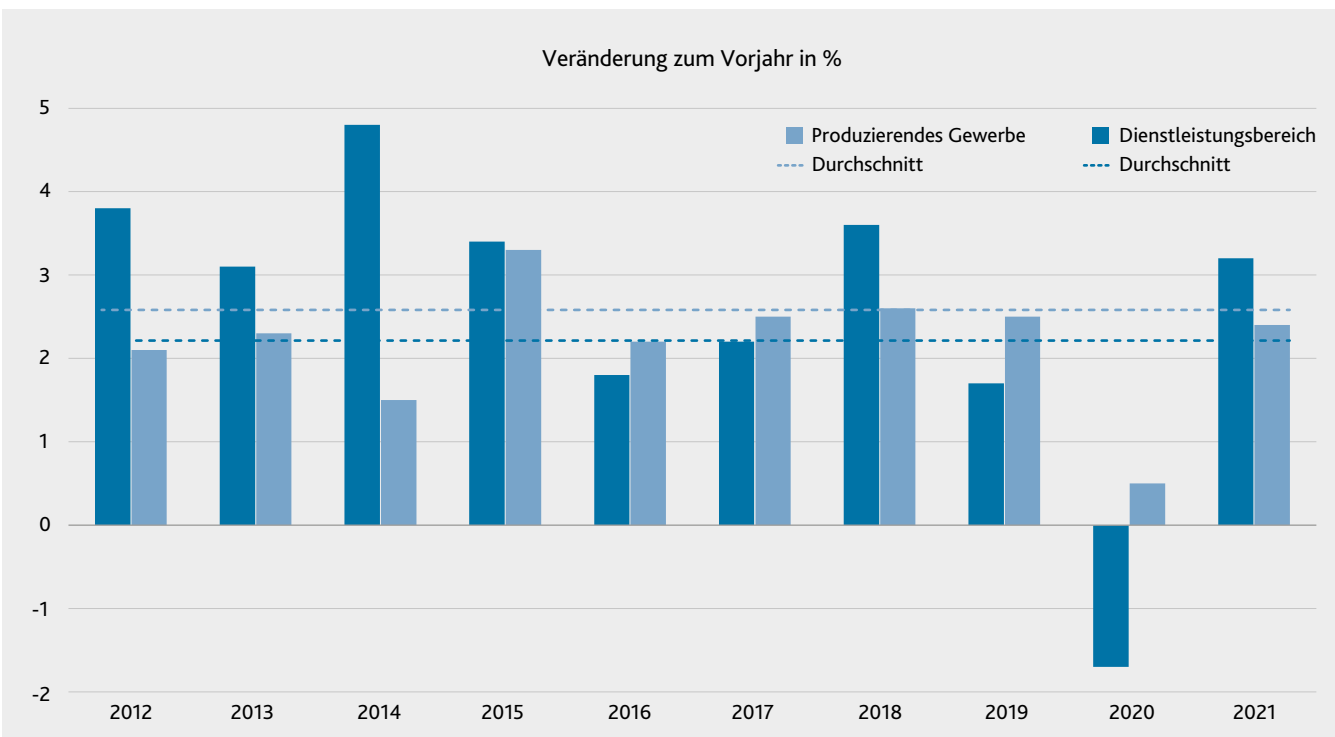
Beim Reallohnindex wird die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt. Die Kennzahl wird als Quotient aus dem Index der Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex) und dem Verbraucherpreisindex berechnet. Bei einer positiven Veränderungsrate des Reallohnindex sind die Verdienste stärker gestiegen als die Verbraucherpreise, bei einer negativen Veränderungsrate ist es umgekehrt.



G5 Reallohnindex, Index der Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen, Nominallohnindex) sowie Verbraucherpreisindex¹ 2011–2021



G6 Index der Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) 2012–2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



G7 Index der Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) 2021 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



Niedriger
Lohnzuwachs
im Dienstleis-
tungsbereich

Lohnentwicklung nach Branchen: Im Jahr 2021 fielen die Verdienstzuwächse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich mit +2,4 Prozent niedriger aus als für die Arbeitskräfte, die im Produzierenden Gewerbe tätig sind (+3,2 Prozent). Seit 2012 lagen die Verdienstzuwächse der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe außer in den Jahren 2016 und 2017 sowie 2019 und 2020 über denen der Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich.

Unterschiedliche
Verdienstent-
wicklung in den
Branchen

Die Entwicklung der Verdienste fiel je nach Branchenzugehörigkeit des Arbeitsplatzes unterschiedlich aus. Deutlich über dem Durchschnitt im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich von +2,7 Prozent lag die Verdienststeigerung in den Wirtschaftsabschnitten „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und tech-

nischen Dienstleistungen“ (+5,2 Prozent). Hierzu gehören die Rechts- und Steuerberatung sowie die Marktforschung. Aber auch in den Bereichen „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (zum Beispiel Reisebüros sowie Detekteien) und „Gesundheits- und Sozialwesen“ wurden Zuwächse von mindestens vier Prozent verzeichnet. Rückgängig waren dagegen die Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (-0,2 Prozent).

In den Wirtschaftszweigen mit einer Veränderungsrate von weniger als 3,1 Prozent – wie beispielsweise „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+2,9 Prozent) und „Energieversorgung“ (+2,5 Prozent) – verringerten sich die Reallöhne, da deren Entwicklung hinter der Steigerung des Verbraucherpreisindex zurückblieb. Die Beschäftigten dieser



Branchen mussten 2021 also im Durchschnitt einen Kaufkraftverlust ihres Verdienstes hinnehmen.

Ausblick

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung dienen mehreren Konjunktur- und Strukturstatistiken als Dateninput bei der Erfüllung diverser Verordnungen auf europäischer und nationaler Ebene und zur Berechnung wichtiger Indikatoren. Zu nennen sind der Arbeitskostenindex oder die Berechnung des Arbeitnehmerentgelts der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Bundes und der Länder. Darüber hinaus gibt es weitere wichtige Datennutzerinnen und Datennutzer in Politik und Wissenschaft. Auch viele Privatpersonen nutzen die Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung, um sich über die Höhe der aktuellen Verdienste in bestimmten Wirtschaftszweigen unter Berücksichtigung der jeweiligen Qualifikation zu informieren.

Um geänderten Anforderungen wesentlicher Datennutzerinnen und -nutzer Rechnung zu tragen, wurde das System der Verdienst- und Arbeitskostenerhebungen im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Verdienststatistikgesetzes (VerdStatGÄndG) umgestellt und eine monatliche Erhebung von Einzeldaten eingeführt. Über die Ausgestaltung der neuen Verdiensterhebung soll zukünftig ein realitätsnahes und aktuelles Bild der Verdienste in Deutschland sichergestellt und gleichzeitig die Meldepflichtigen durch die Umstellung der Erhebungsmerkmale unter anderem auf die der Entgeltbescheinigungsverordnung entlastet werden. Dies ermöglicht den Betrieben eine automatisierte Meldung aus der Lohnabrechnungssoftware. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung wurde letztmalig für das 4. Quartal 2021 durchgeführt.

Dr. Melanie Nofz leitet das Referat „Unternehmensregister, Verdienste, Preise“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 144
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	94 429	125 677	103 807
		27 027	69 144



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 ^{1,2}	4 103 ^{1,2}	4 099	4 099	4 099	4 108	4 134	4 143	4 148
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	477 ^{1,2}	493 ^{1,2}	487	488	489	505	533	543	549

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 576	1 544	889	1 087	1 860	1 172	861	1 416	2 084
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 136	3 221	3 233	3 078	3 160	2 703	2 703	2 779	3 211
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	9,3	9,1	9,1	8,6	7,7	8,2	9,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 098	4 214	3 909	4 005	3 996	4 186	4 707	4 403	4 192
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	11,2	11,9	11,5	13,3	13,4	12,9	11,9
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	10	13	5	8	11	9	14	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	4,0	1,6	2,5	4,1	3,3	5,0	3,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-676	-927	-836	-1 483	-2 004	-1 624	-981
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-1,9	-2,8	-2,4	-4,7	-5,7	-4,8	-2,8

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	10 907	10 033	9 126	11 470	37 284	21 455	15 922
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	4 963	4 388	4 057	6 665	31 867	15 278	10 326
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	8 999	8 807	8 195	8 644	9 473	10 238	10 125
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	3 712	3 526	3 502	3 906	4 150	4 486	5 111
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	1 908	1 226	931	2 826	27 811	11 217	5 797
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 203	13 300	13 192	12 860	11 880	12 042	13 319	14 929	14 546

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2018	2019	2020			2021			
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 412	1 435	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454	1 478	1 471
* Frauen	1 000	656	667	667	678	677	674	677	689	689

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2018	2019	2020			2021			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	174	181	178	183	190	195	...
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	423	429	431	429	434	439	...
* darunter Frauen	1 000	334	342	343	347	349	347	350	354	...
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	14	15	11	13	15	15	...
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	436	441	436	436	436	443	...
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	316	322	320	316	319	326	...
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	227	225	223	228	228	230	233	237	...
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	440	448	451	450	450	457	...

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	111 106	110 431	104 229	100 370	106 231	109 573	105 405
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	50 189	50 672	47 555	46 746	50 678	52 758	50 186
Männer	Anzahl	66 055	61 853	60 917	59 759	56 673	53 623	55 552	56 815	55 219
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	55 862	48 647	46 692	46 185	41 782	38 334	39 818	41 443	38 828
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 051	63 490	64 414	64 246	62 447	62 036	66 413	68 130	66 577
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,0	4,9	4,9	4,6	4,5	4,7	4,9	4,7
* Frauen	%	4,9	4,7	4,8	4,8	4,5	4,4	4,8	5,0	4,8
* Männer	%	5,5	5,2	5,1	5,0	4,7	4,5	4,7	4,8	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	4,6	4,8	4,1	3,6	4,2	4,8	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	3,3	4,2	3,6	3,0	3,8	5,1	4,3
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	4,8	4,7	4,6	4,5	4,6	4,6	4,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,0	5,1	5,1	5,1
* Ausländer/-innen ⁹	%	13,1	12,1	11,8	11,6	11,1	11,7	13,2	13,8	13,3
Deutsche	%	4,2	4,0	4,0	4,0	3,7	3,4	3,5	3,6	3,5
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	104 908	66 290	35 569	33 570	32 740
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	30 971	37 337	39 471	40 893	41 643	46 896	47 713	48 151	48 098

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹²		Einheit	2020	2021			2022			
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	221 882	228 182	225 848	222 643	205 800	204 709	229 255	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 854	110 346	113 323	112 175	110 680	102 437	101 951	118 556	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-										
berechtigte	Anzahl	153 669	149 423	154 390	152 738	150 239	137 922	136 992	152 207	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-										
berechtigte	Anzahl	62 673	59 122	60 393	59 722	59 100	55 358	55 140	64 288	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	57 242	58 472	57 832	57 238	53 567	53 348	62 516	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	554	628	614	657	571	534	609	547	576
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	551	523	542	500	467	516	484	498
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	2	13	2	3	-	4	2
Unternehmen	Anzahl	70	66	79	93	58	60	81	48	94
private Haushalte	Anzahl	480	558	533	551	511	471	528	495	480
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	1 319	1 371	1 523	1 146	1 263	1 370	1 080	1 216
* Umbauter Raum	1 000 m ³	730	822	880	920	713	711	868	688	730
* Wohnfläche	1 000 m ²	135	154	163	176	132	134	158	127	137
Wohnräume	Anzahl	5 308	5 968	6 216	6 608	5 239	5 277	6 128	5 146	5 392
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	305	315	351	276	285	368	285	311

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	104	121	133	114	95	117	140	134	149
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	13	10	10	13	13	11	13	18
Unternehmen	Anzahl	68	76	86	82	62	68	83	74	77
private Haushalte	Anzahl	23	32	37	22	20	36	46	47	54
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	25	98	7	4	124	8	41	4
* Umbauter Raum	1 000 m ³	839	846	786	525	712	746	864	722	696
* Nutzfläche	1 000 m ²	168	117	112	72	94	969	139	99	85
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	127	126	73	86	103	121	110	81

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	1 575	1 652	1 798	1 408	1 565	1 570	1 353	1 520
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	7 038	7 289	7 684	6 369	6 202	7 145	6 234	6 576



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 443	11 053	10 734	10 165	10 115	9 636	9 808	9 730	10 037
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 254	1 065	1 154	1 237	1 042	932	1 016
darunter										
* Kälber	t	9	7	6	5	4	8	5	4	1
* Jungrinder	t	8	9	7	5	2	12	3	2	2
* Schweine	t	9 791	9 640	9 443	9 072	8 912	8 355	8 734	8 771	8 978
* Eiererzeugung ²	1 000	19 395	21 737	23 038	22 304	22 498	22 717	23 083	21 621	22 452

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 020	1 025	1 025	1 027	1 026	1 025	1 025
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	257 903	255 993	255 431	255 993	256 145	257 525	257 870	258 020	258 109
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	30 389	32 265	31 880	30 709	32 879	31 123	31 603
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 206	1 242	1 113	1 260	1 595	1 259	1 162
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	8 064	8 806	8 597	9 787	10 324	10 651	9 651
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 844	4 549	4 368	4 629	4 589	5 584	6 000	5 807	5 629
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	2 226	2 354	2 330	2 523	2 773	2 600	2 671
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	91	88	88	96	103	106	98
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	1 379	1 736	1 590	1 585	1 448	2 138	1 252
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 427	2 477	2 514	3 162	3 358	3 193	3 146
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	1 120	1 119	1 127	1 261	1 423	1 354	1 322
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	4 433	4 905	4 835	5 430	5 900	5 989	5 447
Exportquote ⁶	%	55,6	56,4	55,0	55,7	56,2	55,5	57,2	56,2	56,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	118,0	147,5	123,1	114,9	106,5	121,1	94,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	113,6	113,8	111,0	108,3	114,7	104,3	95,7
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	129,4	129,1	120,8	106,2	92,7	100,6	95,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	207,8	203,6	172,0	259,0	261,6	240,4	216,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	86,8	346,7	176,5	162,7	113,6	256,0	73,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	111,2	111,3	106,4	102,7	114,9	97,3	90,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	152,1	134,0	113,9	118,0	95,7	101,4	90,0

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	170	170	169	170	170	171	171	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 084	10 083	10 015	10 012	10 015	10 124	10 132	10 146	10 125
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 228	1 246	1 158	1 251	1 241	1 163	1 280	1 181	1 209
* Entgelte ³	Mill. EUR	48	49	47	48	45	53	53	47	49
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	206	153	242	300	279	286	223
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	296	194	143	231	284	265	262	209

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	24 286	23 604	23 575	24 349	24 425	24 387	24 388
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	2 499	2 584	2 488	2 420	2 671	2 554	2 523
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	427	479	468	456	497	480	480
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	754	831	924	847	748	804	888	853	836
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	1 148	1 258	1 272	1 160	1 286	1 221	1 208
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	617	684	719	638	707	679	672
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	84	91	84	89	94	95	91

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Mill. EUR	365	363	354	422	375	363	407	425	426
Mill. EUR	73	68	62	74	79	83	84	87	86
Mill. EUR	125	135	140	165	126	125	140	159	151
Mill. EUR	166	160	152	182	170	155	183	179	189
Mill. EUR	82	83	80	95	89	81	100	96	101

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Anzahl	385	485	379	488	487	484	480	499	499
Anzahl	16 524	18 926	16 235	18 767	18 816	19 137	18 985	19 750	19 555
1 000 h	4 859	5 610	4 712	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745	5 611
Mill. EUR	149	170	155	160	166	168	184	171	181
Mill. EUR	537	588	706	445	552	609	747	506	637

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
2015=100	102,5	103,2	102,9	103,1	103,0	104,2	104,2	106,3	106,4
2015=100	109,9	117,6	111,1	121,3	121,0	134,6	139,2	146,3	149,0
2015=100	106,8	107,8	102,4	111,0	110,1	109,7	112,1	118,0	119,7

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	105,4	105,3	105,3	105,4	105,0	104,4	104,6	104,5	104,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	118,3	120,0	119,9	129,4	126,2	130,4	131,7	129,0	133,4
* Umsatz real ⁷	2015=100	112,4	111,5	111,5	120,6	117,5	113,7	113,0	110,1	113,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1p, 2}**

	Einheit	2020	2021				2022			
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,0	106,4	104,4	103,6	105,3	105,3	105,2	105,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	115,7	120,2	116,8	131,5	123,6	114,5	132,0	127,1	127,2
* Umsatz real ³	2015=100	108,3	109,4	107,4	120,2	112,6	97,9	111,8	107,4	106,3

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	84,7	79,2	68,9	83,9	89,5	91,2	94,5	95,4	97,2
* Umsatz nominal ³	2015=100	76,8	75,5	45,5	86,9	116,1	110,3	132,3	133,1	139,1
* Umsatz real ³	2015=100	67,8	65,0	39,7	75,2	100,0	91,3	108,2	107,6	110,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	458	408	206	526	697	667	843	904	967
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	15	44	107	111	145	160	235
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	663	1 516	1 992	1 763	2 145	2 350	2 601
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	54	130	341	314	421	447	732

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2020	2021				2022			
			Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 561	1 517	1 326	1 413	1 835	1 440	1 541	1 952	1 903
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 079	1 017	919	974	1 340	1 029	1 000	1 474	1 413
* Getötete Personen	Anzahl	11	10	13	9	14	13	10	12	23
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	6	3	4	4	3	3	15
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	4	4	6	4	3	4	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	1	1	2	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	-	-	1	3	1	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 361	1 278	1 159	1 214	1 704	1 310	1 233	1 834	1 782

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
schwer verletzte Personen	Anzahl	257	227	229	242	318	232	211	302
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	98	93	79	86	97	104	73	93
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	69	57	78	82	88	51	65	92
Radfahrer	Anzahl	55	46	42	52	90	40	50	92
Fußgänger	Anzahl	20	20	17	13	27	22	17	15

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	12 028	13 460	11 861	9 710	11 146	11 374
darunter									
Kraftträder	Anzahl	992	882	1 262	1 442	1 251	1 231	1 327	1 260
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 583	8 680	9 165	10 422	9 083	7 210	8 546	8 761
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	1 060	1 018	974	833	744	828
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	455	466	430	397	456	435

Personenbeförderung

	Einheit	2020	2021	2020	2021			2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	46 254	51 647	52 112	55 209	56 046	61 922
Personenkilometer ³	Mill.	510	546	508	492	518	577	595	625

Binnenschifffahrt

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gütereingang	1 000 t	1 031	1 001	975	1 098	1 063	984	1 053	1 151
* Güterversand	1 000 t	838	823	835	898	921	792	760	790

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 071	4 516	4 426	4 282	4 854	5 577	4 962	5 400
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	313	338	341	354	348	357	341	377
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 716	4 134	4 054	3 892	4 461	5 168	4 568	4 945

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2020	2021				2022			
			Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	29	31	35	33	39	44	35	38	34
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	172	163	164	179	202	239	240	222
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 543	3 931	3 857	3 696	4 243	4 921	4 294	4 666	4 465
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	906	1 099	1 022	1 002	1 129	1 466	1 401	1 413	1 425
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 637	2 832	2 834	2 693	3 114	3 455	2 893	3 253	3 040
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 707	3 115	3 060	2 996	3 470	3 829	3 428	3 685	3 680
darunter in/nach											
	EU-Länder (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 195	2 514	2 517	2 482	2 680	3 200	2 897	3 123	3 096
	Belgien	Mill. EUR	185	215	204	188	229	329	312	316	286
	Luxemburg	Mill. EUR	50	54	51	63	57	67	59	60	55
	Dänemark	Mill. EUR	45	50	49	57	54	60	54	62	56
	Finnland	Mill. EUR	29	32	35	30	40	41	36	37	38
	Frankreich	Mill. EUR	392	436	445	439	457	576	491	560	521
	Griechenland	Mill. EUR	78	79	60	27	102	76	66	64	171
	Irland	Mill. EUR	27	27	26	22	37	27	23	38	31
	Italien	Mill. EUR	218	271	251	275	288	357	313	362	332
	Niederlande	Mill. EUR	247	263	253	257	258	332	319	350	355
	Österreich	Mill. EUR	171	190	200	192	210	216	215	209	219
	Schweden	Mill. EUR	66	71	82	70	71	87	83	85	90
	Spanien	Mill. EUR	176	195	202	203	197	252	227	243	220
	Portugal	Mill. EUR	25	39	38	41	42	33	28	38	31
	Großbritannien	Mill. EUR	213	195	186	184	206	244	205	230	234
*	Afrika	Mill. EUR	97	105	94	118	99	146	122	147	133
*	Amerika	Mill. EUR	583	609	630	518	580	808	752	819	751
	darunter nach USA	Mill. EUR	415	407	413	326	384	548	516	546	507
*	Asien	Mill. EUR	640	632	589	598	643	731	605	670	642
	darunter nach China	Mill. EUR	227	199	188	191	192	227	183	184	178
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	43	54	52	53	62	64	53	79	62

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 951	3 497	3 442	3 616	3 583	4 266	3 927	4 519	4 267
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	308	331	307	354	345	406	338	405	497
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 518	2 981	2 972	3 087	3 035	3 654	3 357	3 809	3 427
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	41	40	39	43	48	55	61	63
* Halbwaren	Mill. EUR	204	242	217	266	248	395	347	407	400
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 283	2 698	2 715	2 781	2 743	3 210	2 955	3 341	2 964

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2020	2021				2022			
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	501	629	601	608	591	816	787	906	801
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 782	2 070	2 114	2 173	2 152	2 394	2 167	2 435	2 164
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 127	2 473	2 410	2 432	2 596	2 943	2 862	3 079	2 928
darunter aus											
	EU-Ländern (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Ländern (27)	Mill. EUR	1 804	2 130	2 070	2 084	2 241	2 536	2 534	2 717	2 606
	Belgien	Mill. EUR	198	241	229	232	223	341	359	323	333
	Luxemburg	Mill. EUR	42	43	44	43	41	60	55	54	59
	Dänemark	Mill. EUR	40	47	44	43	48	42	37	34	36
	Finnland	Mill. EUR	13	13	10	11	12	19	13	17	15
	Frankreich	Mill. EUR	272	311	309	288	337	381	359	376	388
	Griechenland	Mill. EUR	15	20	16	38	17	31	12	31	30
	Irland	Mill. EUR	45	62	78	48	54	60	102	45	52
	Italien	Mill. EUR	200	248	240	258	291	284	267	316	297
	Niederlande	Mill. EUR	248	261	262	231	295	299	338	371	346
	Österreich	Mill. EUR	138	152	177	156	166	161	169	209	156
	Schweden	Mill. EUR	26	34	25	77	28	32	31	41	31
	Spanien	Mill. EUR	144	167	154	134	157	158	161	177	170
	Portugal	Mill. EUR	21	28	28	25	34	42	37	43	37
	Großbritannien	Mill. EUR	92	74	69	70	78	101	60	74	64
*	Afrika	Mill. EUR	50	58	63	63	60	119	99	152	122
*	Amerika	Mill. EUR	247	291	260	325	299	355	271	381	405
	darunter aus USA	Mill. EUR	189	219	181	224	217	234	201	280	255
*	Asien	Mill. EUR	516	666	700	788	618	837	685	894	800
	darunter aus China	Mill. EUR	260	344	370	337	313	420	361	429	427
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	7	7	6	7	10	7	7	7

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	2 620	2 836	2 636	2 418	2 423	2 659	2 423
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	437	456	470	444	444	462	443
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	1 760	1 838	1 678	1 520	1 556	1 750	1 567
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	1 950	1 974	2 009	1 974	1 926	2 058	1 999
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	372	277	303	259	307	306	310
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 092	1 212	1 228	1 301	1 240	1 339	1 287

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	280	452	474	455	439	388	420	401	402
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	49	46	43	44	55	57	57
* Verbraucher	Anzahl	146	294	298	289	296	229	255	236	263
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	106	105	88	96	99	88	69
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	16	20	21	15	12	19	11	20	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	54	48	45	57	149	45	58

Handwerk²

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	99,3	98,5	X	98,1	98,0	99,7	98,4	97,6	97,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	100,0	100,8	X	81,2	101,3	104,3	117,9	94,1	108,2

Preise

Preise	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	109,5	109,6	109,6	116,2	117,2	118,4	120,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	107,0	107,1	107,3	108,7	108,8	108,9	109,0

Verdienste⁷

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	4 328	3 919	3 867	3 970	4 017	4 053
* Frauen	EUR	3 761	3 894	3 548	3 527	3 602	3 661	3 698
* Männer	EUR	4 360	4 506	4 072	4 008	4 121	4 164	4 199
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 891	8 054	7 072	7 039	7 151	7 164	7 189
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 932	5 041	4 611	4 566	4 652	4 697	4 740
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 569	3 695	3 379	3 308	3 416	3 475	3 505
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 888	2 997	2 757	2 698	2 809	2 828	2 868
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 450	2 522	2 369	2 283	2 369	2 453	2 458

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

**noch: Verdienste¹**

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 391	4 542	4 034	3 943	4 103	4 113	4 149
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 039	4 194	3 857	3 830	3 789	3 825	3 930
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 567	4 726	4 152	4 112	4 225	4 229	4 279
* Energieversorgung	EUR	5 790	5 869	5 130	5 153	5 299	5 214	5 212
* Wasserversorgung ²	EUR	3 846	3 882	3 652	3 562	3 622	3 637	3 642
* Baugewerbe	EUR	3 744	3 891	3 586	3 307	3 655	3 699	3 676
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 048	4 181	3 842	3 816	3 878	3 952	3 989
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 826	4 006	3 491	3 401	3 547	3 708	3 724
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 100	3 199	2 961	2 934	2 960	2 999	3 100
* Gastgewerbe	EUR	1 977	2 029	(1 871)	(1 395)	1 631	2 379	2 375
* Information und Kommunikation	EUR	5 396	5 527	4 994	5 026	5 093	5 158	5 187
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 645	5 666	4 861	4 894	4 875	4 954	4 963
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(4 408)	4 592	(4 056)	(3 969)	4 031	(4 047)	(4 107)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 969	5 234	4 609	4 624	4 669	4 702	4 783
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 914	3 105	2 876	2 801	2 954	3 008	3 033
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 175	4 248	4 070	4 096	4 128	4 128	4 128
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 752	4 848	4 659	4 694	4 703	4 692	4 728
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 192	4 279	4 034	3 970	4 037	4 044	4 084
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 939	2 918	(2 633)	(2 273)	(2 482)	3 117	3 160
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 871	3 930	3 718	3 591	3 678	3 732	3 777

Geld und Kredit³

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	126 521	120 254	121 852	123 861	124 993	127 152	127 965	130 771	133 534
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 028	7 893	7 260	7 836	7 658	7 822	7 268	8 279	8 960

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit¹**

Einheit	2019	2020		2021				2022	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 769	7 786	7 561	7 487	7 165	7 282	7 289
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	106 823	108 239	109 774	111 843	113 532	115 210	117 285
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	118 999	121 013	122 220	124 234	125 171	127 715	130 486
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	111 247	113 250	114 535	116 732	117 688	120 128	122 766
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 752	7 763	7 685	7 502	7 483	7 587	7 720
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 853	2 848	2 773	2 918	2 794	3 056	3 048

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	133 504	134 822	134 646	137 653	138 529	139 990	140 220
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	90 972	92 738	93 083	96 046	96 165	97 267	97 619
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 545	15 147	14 741	14 917	15 662	16 062	16 211
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 772	1 638	1 505	1 458	1 410	1 422	1 438
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 215	25 299	25 317	25 232	25 292	25 239	24 952
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	131 613	133 021	132 836	135 790	136 322	137 789	137 907
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	118 494	123 943	127 164	129 363	129 059	131 459	131 609	133 238	133 312
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	4 449	3 658	3 777	4 331	4 713	4 551	4 595
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 891	1 801	1 810	1 863	2 207	2 201	2 313

Steuern

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	3 476	8 046	5 568	2 824	11 528	5 815	6 376
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	2 395	1 577	1 529	1 625	3 011	1 277	1 366
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	917	849	1 351	1 585	1 044	853	1 478
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	-	-	611	642	-	-	686
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	580	373	35	-23	714	11	-6
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	547	187	62	55	477	481	52

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



noch: Steuern

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	2	9	68	96	-3	5	41
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	-	-	61	91	-	-	36
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	349	159	13	-89	779	-72	-200
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-	-	-21	-102	-	-	-108
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	1 080	6 469	4 039	1 199	8 518	4 537	5 011
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	499	560	734	559	527	-78	731
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	581	5 908	3 305	640	7 991	4 616	4 280

Zölle

Mill. EUR	223	254	225	242	248	285	310	301	305
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	87	49	24	31	16	21	79	12	11
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	-31	8	7	1	-13	-1	1
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	54	22	9	20	92	14	9

Landessteuern

Landessteuern	Mill. EUR	104	110	131	105	120	103	151	92	110
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	38	30	32	28	27	20	28
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	69	67	63	54	55	55	63
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	21	4	21	14	64	13	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	3	2	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	3	3	3	3	2

Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	722	673	713	866	1 570	1 545	1 047
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	135	143	161	162	140	151	162
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	564	514	536	682	1 407	1 369	859
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	14	20	12	10	16	19	21	21

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

verbände	Mill. EUR	1 157	1 475	1 759	660	1 239	1 334	2 668	1 544	1 545
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	428	730	490	497	490	633	1 299	1 295	718
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	899	7	491	430	1 007	72	554
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	211	-4	82	87	199	1	84

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 136	1 386	1 764	1 135	1 587	1 143	2 003	1 041	1 184
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	131	105	120	103	151	92	110
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	526	725	953	612	593	555	1 293	493	458
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	348	258	280	497	542	363	282	514
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	85	114	247	158	15	-10	304	5	-2
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	110	273	91	45	25	239	240	28
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	14	1	4	30	42	-1	2	18
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	51	139	175	79	6	-45	389	-36	-100
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	497	541	680	390	874	458	559	409	613
Umsatzsteuer	Mill. EUR	334	374	477	352	461	354	482	-50	463
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	162	167	203	38	413	104	77	458	150
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	-	20	0	19	-	34	2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	-	8	0	8	-	14	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 140	2 631	1 591	4 064	2 676	1 261	5 855	3 030	3 095
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	24	31	16	21	79	12	11
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	1 085	696	656	689	1 373	573	569
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	483	3 318	2 004	532	4 403	2 411	2 513
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	-	20	0	19	-	34	2

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2022

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2022 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. März 2022)
Kennziffer: B3023 202221

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im August 2022
Kennziffer: C2013 202204

Ernteberichterstattung über Obst im August 2022
Kennziffer: C2033 202203

Wachstumstand der Reben im August 2022
Kennziffer: C2063 202201

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2022
Kennziffer: C3053 202242

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2022 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202207

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juli 2022
Kennziffer: E1033 202207

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2022
Kennziffer: E1113 202207

Bauhauptgewerbe im Juli 2022 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202207

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 2. Vierteljahr 2022
Kennziffer: E5023 202242

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2022
Kennziffer: F2033 202207

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Juni 2022
Kennziffer: G1023 202206

Aus- und Einfuhr im Juli 2022
Kennziffer: G3023 202207

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2022
Kennziffer: G4023 202207

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2022
Kennziffer: H1023 202206

Dienstleistungen, Geld, Kredit

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2020
Kennziffer: J1023 202000

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2022 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202242

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2021
Kennziffer: L3033 202100

Das lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2018
Kennziffer: L4043 201800

Erbschaft- und Schenkungsteuer 2021
Kennziffer: L4093 202100

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 4. Vierteljahr 2021
Kennziffer: N1013 202144

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2020
Kennziffer: N3033 202001



Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2022
Kennziffer: Z1013 202206

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2020 –
Ergebnisse der Flächenerhebung (tatsächliche Nutzung)
Kennziffer: A5013 202000

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich –
Ausgabe 2021
Kennziffer: B1015 202100

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2022
Kennziffer: Z2201 202209

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © Krakenimages.com – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte